



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF November 2008



Monatsbericht des BMF November 2008

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	11
Finanzwirtschaftliche Lage	15
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	23
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	26
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008	30
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	32
Termine, Publikationen	35
Analysen und Berichte	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008	39
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2008	57
Internationale Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte	61
Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs	65
Statistiken und Dokumentationen	69
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	72
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

nach Jahren eines stetigen wirtschaftlichen Aufschwungs mit sich verringernden staatlichen Defiziten und sinkender Arbeitslosenzahl hat sich seit dem Frühjahr 2008 die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland deutlich abgeschwächt. Dies ist vor allem auf eine weltweite Abkühlung der Konjunktur zurückzuführen, die durch die globale Finanzmarktkrise noch verstärkt wurde. Obwohl der Arbeitsmarkt derzeit noch in sehr guter Verfassung ist, dürfte sich die konjunkturelle Verlangsamung 2009 auch auf die Beschäftigung negativ auswirken.

Bei den Steuereinnahmen des laufenden Jahres ist die Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit bislang noch kaum sichtbar. In den ersten neun Monaten des Jahres stiegen die kassenmäßigen Steuereinnahmen von Bund und Ländern um +5,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die gute Gewinnsituation der Unternehmen und der hohe Beschäftigungsstand ließen insbesondere die Steuern vom Einkommen wachsen. Die Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz entsprach den Erwartungen der Mai-Steuerschätzung.

Auch für das Gesamtjahr 2008 sieht die aktuelle November-Steuerschätzung für alle Gebietskörperschaften in Summe deutliche Zuwächse. Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2008 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2008 voraussichtlich um +7,4 Mrd. € höher ausfallen. Von diesen erwarteten Mehreinnahmen sind allein 6 Mrd. € der Gewerbesteuer zuzurechnen, die sich zur Freude insbesondere der Kommunen sehr viel besser entwickelt hat als erwartet. Für den Bund ergeben sich Mehreinnahmen von lediglich +0,4 Mrd. €. Im Jahr 2009 wird das Steueraufkommen aller Gebietskörperschaften mit einem Plus von +1,0 Mrd. € trotz reduzierter Wach-



tumsannahmen voraussichtlich noch etwas über dem Schätzergebnis vom Mai 2008 liegen. Allerdings wird der Bund bereits im kommenden Jahr deutliche Mindereinnahmen in Höhe von –2,2 Mrd. € verkraften müssen.

Selbstverständlich ist es ein zentrales Ziel der Bundesregierung, die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der konjunkturellen Abkühlung für Deutschland zu minimieren. Für den Bundeshaushalt bedeutet dies, dass aufgrund der Maßnahmen zur Wachstumsstützung der bisher angestrebte Budgetausgleich bis zum Jahre 2011 aus heutiger Sicht nicht zu erreichen sein wird. Gleichwohl darf die Notwendigkeit einer langfristigen Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verloren werden. Schließlich hat gerade die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre finanzielle Freiräume eröffnet, um jetzt die richtigen Antworten auf die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung geben zu können.

So wurden bereits im Oktober Entlastungen für Bürger und Unternehmen beschlossen, die zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Dazu gehören beispielsweise die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ab 2009 sowie weitere Unterstützungen für Familien. Allein die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 2,8% für die Jahre 2009 und 2010 führt in diesen Jahren zu einer Entlastung von rund 30 Mrd. € im Vergleich mit 2006.

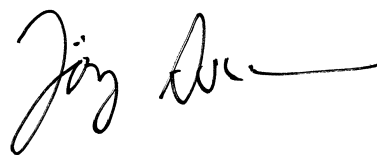
Zusätzlich hat das Bundeskabinett am 5. November 2008 ganz konkrete Schritte zur

Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung beschlossen. Anstelle eines breit angelegten Konjunkturprogramms werden 15 gezielte Maßnahmen aufgelegt, die langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam sind. Die ausgewählten Instrumente sind überwiegend befristet und vor allem darauf ausgerichtet, durch kräftige Impulse für private und öffentliche Investitionen die Beschäftigung zu sichern. So werden beispielsweise das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW und das Infrastrukturprogramm für strukturschwache Kommunen aufgestockt, denn der Wirkungshebel dieser Programme ist besonders groß. Die Finanzierung von Unternehmen wird gesichert, damit sie Investitionen tätigen und Beschäftigung sichern können. Das Sicherheitsnetz für Beschäftigte umfasst u.a. eine Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes und 1000 zusätzliche Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit. Die Maßnahmen sollen zu einer raschen Überwindung der Konjunkturschwäche und zum Erhalt von Arbeitsplätzen auch in schwierigeren wirtschaftlichen Zeiten beitragen.

International abgestimmte Schritte zur Bewältigung der gegenwärtigen Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf die Realwirtschaft waren auch das beherrschende Thema der Beratungen sowohl beim Weltfinanzgipfel als auch bei der jüngsten Weltbank- und IWF-Jahrestagung und dem G7-Finanzminister-Treffen in Washington. Mit dem im Oktober beschlossenen G7-Aktionsplan haben die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure ein wichtiges Signal gegeben, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und den Kreditfluss wieder in Gang zu bringen. Die Staats- und Regierungschefs der größten Industrie- und Schwellenländer (G20) haben am 15. November nun einen Fahrplan für Reformen ausgearbeitet, die in Zukunft die Stabilität der Finanzmärkte sicherstellen und ähnliche Krisen verhindern sollen. Zu den wichtigsten

Elementen gehören die Einrichtung von Frühwarnsystemen auf internationaler Ebene, eine bessere internationale Koordinierung der Finanzmarktregulierung, das Schließen von Regulierungslücken, größere Transparenz bei komplexen Finanzprodukten und stärkere Eigenkapitalpuffer. Der Plan beinhaltet auch eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die noch bis zum Frühjahr 2009 umgesetzt werden sollten.

Am 21. Oktober trafen sich – auf Initiative des französischen Haushaltsministers und des Bundesministers der Finanzen – in Paris die Finanzminister von 17 OECD-Mitgliedstaaten, um zu erörtern, wie der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung unter Nutzung von Steueroasen und Finanzzentren wirkungsvoll entgegenzutreten ist. Mit dem Pariser Treffen haben die teilnehmenden Staaten eine neue Phase in der Abwehr des schädlichen Steuerwettbewerbs eingeläutet. Die Finanzzentren, die auch weiterhin vom Steuerhinterziehungsgeschäft profitieren wollen, haben eine klare politische Botschaft erhalten: Die versammelten Staaten werden nicht zögern, Maßnahmen einzuleiten, um ihre Besteuerungsbasis zu schützen, wenn sich diese Finanzzentren weiterhin den Standards der OECD zu Transparenz und Auskunftsaustausch in Steuersachen verweigern. Für ein Land mit einem Finanzdienstleistungsstandort darf es sich nicht auszahlen, wenn es eine Blockadehaltung gegen die Standards fairen Verhaltens bei der Besteuerung einnimmt. Dagegen müssen die Staaten und Gebiete, die die Standards einhalten, darauf vertrauen können, dass sie dadurch nicht benachteiligt werden.



Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	11
Finanzwirtschaftliche Lage	15
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	23
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	26
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008	30
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	32
Termine, Publikationen	35

Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung

Maßnahmenpaket der Bundesregierung

Am 5. November 2008 hat die Bundesregierung das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen. Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegen ein Übergreifen der Finanzkrise zu stärken und die konjunkturelle Entwicklung insbesondere durch kräftige Impulse für private und öffentliche Investitionen zu unterstützen.

Das Maßnahmenpaket ist eingebettet in die Gesamtstrategie der Bundesregierung zur Stabilisierung von Konjunktur und Beschäftigung: Am 7. Oktober 2008 wurde eine Reihe von Entlastungen für Bürger und Unternehmen, etwa beim Familienleistungsausgleich, sowie durch die erneute Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 % zum 1. Januar 2009 beschlossen. In den Jahren 2009 und 2010 wirken zudem die Entlastungen durch den bisherigen Abbau beim Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung (von 6,5 % in 2006 auf 3,3 % in 2008) sowie die Unternehmensteuerreform fort.

Bereits am 12. November 2008 hat die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung die gesetzliche Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und Formulierungshilfen für die Koalitionsfraktionen beschlossen, um die rasche gesetzliche Umsetzung der steuerrechtlichen Regelungen des Maßnahmenpakets sicherzustellen. Darüber hinaus wurde das Maßnahmenpaket im Bereich der Kfz-Steuer weiter konkretisiert:

- Wer bis zum 30. Juni 2009 einen neuen PKW erstmals zulässt, muss ein Jahr lang keine Kfz-Steuer zahlen. Wird in diesem Zeitraum ein umweltfreundlicher PKW mit Euro-5- oder Euro-6-Norm erstmals zugelassen, dann verlängert sich die Entlastung sogar bis auf maximal zwei Jahre. Der Zeitraum der Nichterhebung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010. Je früher man also ein Euro-5-Auto kauft, umso länger profitiert man von der Steuerbefreiung.
- Zusätzlich erhalten alle Bürgerinnen und Bürger, die bereits einen besonders schadstoffar-

men Euro-5-PKW fahren, ab dem 1. Januar 2009 eine Steuerentlastung für ein Jahr. Voraussetzung: Der PKW muss seit dem Tag der Erstzulassung nach dieser Abgasstufe genehmigt sein.

- Die Bundesregierung wird ab dem 1. Januar 2011 eine Besteuerung einführen, die sich am Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids ausrichtet. Je niedriger der CO₂-Ausstoß, desto niedriger wird die Steuerbelastung sein. Festgelegt wurde, dass diejenigen, die in den nächsten Monaten einen Neuwagen kaufen, sicher sein können, dass sie dann höchstens eine Steuerbelastung wie nach geltendem Recht trifft. Für besonders verbrauchs- und damit CO₂-arme PKW wird bei der Festsetzung der Kfz-Steuer die für die Halterinnen und Halter günstigere Regelung angewendet.

Wortlaut des Kabinettsbeschlusses vom 5. November 2008:

A. Ziele

In Anbetracht der weltweiten Konjunkturabschwächung als Folge der ersten Krise auf den globalen Finanzmärkten sieht die Bundesregierung es als vorrangige Aufgabe an, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern.

Mit dem „Maßnahmenpaket zur Senkung der steuerlichen Belastung, Stabilisierung der Sozialversicherungsausgaben und für Investitionen in Familien“ vom 7. Oktober 2008 hat die Bundesregierung bereits einen Entlastungsrahmen von über 6 Mrd. € in 2009 und von jährlich fast 14 Mrd. € für die Jahre ab 2010 beschlossen. Kindergeld und Kinderfreibetrag werden erhöht und weitere Unterstützungen für Familien eingeführt. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird für die Jahre 2009 und 2010 noch einmal deutlich auf 2,8 % gesenkt; im Vergleich zu 2006, als dieser Satz noch 6,5 % betrug, entlasten wir damit Bürger und Unternehmen um

jährlich rund 30 Mrd. €. Die Entlastung durch die 2008 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform wird dadurch sinnvoll ergänzt; diese führt allein in 2009 zu einer Steuererleichterung von 7 Mrd. €. Entlastend wirkt derzeit auch die Entwicklung der Öl- und Kraftstoffpreise. So sind die Ölpreise seit ihrem Höchststand im Sommer dieses Jahres erheblich zurückgegangen. Die Bundesregierung erwartet, dass die gesunkenen Preise auf den Weltenergiemärkten nun schnell an Verbraucher und Unternehmen weitergegeben werden.

Mit dem vor kurzem in Kraft getretenen Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte werden Stabilität und Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems gewährleistet. Damit wird auch eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, dass für Industrie und Handel die notwendige Versorgung mit Liquidität und Krediten sichergestellt bleibt. So werden die finanziellen Grundlagen für unternehmerisch notwendige Investitionen gefestigt, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen notwendig sind. Dies ist wichtig, um das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in die Soziale Marktwirtschaft zu bewahren.

Das heute beschlossene Maßnahmenpaket der Bundesregierung schafft eine Perspektive für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die Maßnahmen sind – im Sinne einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik – langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam. Sie geben kräftige Impulse für öffentliche und private Investitionen. Bürger und Unternehmen werden entlastet, der Konsum wird belebt, und die Beschäftigungserfolge werden gesichert.

Die neuen Maßnahmen werden eingebettet in ein glaubwürdiges Finanzierungskonzept, das an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhält und konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben in vollem Umfang hinnimmt. Aufgrund der veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird ein Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung in 2011 aus heutiger Sicht nicht zu realisieren sein. Dies bedeutet keine Aufgabe des Ziels, vielmehr wird die Bundesregierung alles tun, um einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung baldmöglichst zu erreichen.

Die Maßnahmen der Bundesregierung fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. €. Darüber hinaus gewährleisten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität bei Unternehmen die Finanzierung von Investitionen im Umfang von gut 20 Mrd. €. Zusammen mit den vom Kabinett am 7. Oktober 2008 beschlossenen Maßnahmen werden allein in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt rd. 32 Mrd. € aus den öffentlichen Gesamthaushalten zur Verfügung gestellt.



B. Maßnahmen

I. Finanzierung sichern

(1) Um die Kreditversorgung der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstands auch bei Engpässen im Bankenbereich zu sichern, wird bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zeitlich befristet bis Ende 2009 ein zusätzliches Finanzierungsinstrument mit einem Volumen von bis zu 15 Mrd. € geschaffen, mit dem das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt wird. In diesem Zusammenhang sind auch Haftungsübernahmen durch die KfW von bis zu 80 % und eine Abdeckung des Bankenrisikos der KfW vorgesehen, die durch eine entsprechende Bundesgarantie unterlegt werden. Die EU-Kommission wird in das Vorhaben eingebunden.

II. Impulse für Investitionen

(2) Die Bundesregierung wird zeitlich befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 % zum 1. Januar 2009 einführen.

(3) Zusätzlich zur degressiven Abschreibung wird die Bundesregierung befristet für zwei Jahre die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen

(KMU) erweitern (durch Erhöhung der dafür relevanten Betriebsvermögens- und Gewinngrenzen auf 335 000 € bzw. 200 000 €).

(4) Die Bundesregierung will zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anstoßen und stockt deshalb die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. € für die Jahre 2009 bis 2011 auf. Dies beinhaltet die Initiative der Bundesregierung „Wirtschaftsfaktor Alter“ durch die Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnraum durch die KfW sowie den Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sportstätten und sonstiger sozialer Infrastruktur sowie Großsiedlungen.

(5) Zur Verstetigung der Investitionen bei wichtigen Infrastrukturvorhaben werden die Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen um 3 Mrd. € aufgestockt. Die Zinskonditionen werden dabei für einen befristeten Zeitraum besonders günstig gestaltet. Die Bundesregierung appelliert an die Länder, im Rahmen der Kommunalaufsicht Sorge dafür zu tragen, dass auch finanzschwache Kommunen auf das Programm zugreifen können.

(6) Die Bundesregierung wird dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umsetzen. Dazu wird ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ mit einem Volumen von jeweils 1 Mrd. € in 2009 und 2010 aufgelegt. Es berücksichtigt das Innovations- und Investitionsprogramm „Schiene“ sowie Maßnahmen für Lärmschutz, zur Instandhaltung und zum Ausbau der Bundesfernstraßen und zur Substanzerhaltung der Wasserstraßen. Damit werden gezielte konjunkturelle Akzente eingebettet in die auf Dauer angelegte verkehrspolitische Strategie der Bundesregierung.

Darüber hinaus werden Straßenbauprojekte, die bereits grundsätzlich als geeignet für eine öffentlich-private Partnerschaft identifiziert worden sind, beschleunigt umgesetzt werden, wenn deren Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Weitere Infrastrukturvorhaben – auch über den Straßenbau hinaus – sollen auf ihre Partnerschaftseignung geprüft werden.

(7) Die Bundesregierung wird ab 01.01.2009 die Finanzmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschafts-

struktur“ erhöhen. Zu diesem Zweck stellt der Bund den Ländern im Rahmen eines Sonderprogramms für 2009 einmalig 200 Mio. € zusätzlich zur Verfügung, davon 100 Mio. € als Barmittel und 100 Mio. € als Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Folgejahre.

III. Anpassung flankieren – Haushalte entlasten

(8) Die Bundesregierung wird die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausweiten und den Steuerbonus auf 20 % von 6 000 € (= 1 200 €) zum 1. Januar 2009 verdoppeln. Zwei Jahre nach Inkrafttreten wird die Bundesregierung die Wirksamkeit der verbesserten Absetzbarkeit evaluieren.

Um die Entwicklung und Verbreitung ökoeffizienter Fahrzeuge zu fördern und gleichzeitig den Anpassungsprozess der Automobilbranche zu erleichtern, wird die Bundesregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

– (9) Die Bundesregierung wird für PKW mit Erstzulassung ab Kabinettschluss über den Gesetzentwurf befristet bis zum 31. Dezember 2010 eine Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr einführen, um die Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010. Gleichzeitig wird die Bundesregierung die Umstellung der Kfz-Steuer auf eine CO₂- und schadstoffbezogene Besteuerung mit Wirkung ab 2011 zügig vorantreiben und auf eine Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund hinwirken.

– (10) Die Bundesregierung wird auf der Grundlage der bisher abgestimmten Position mit Nachdruck auf europäischer Ebene darauf drängen, die angestrebte Regelung der CO₂-Emissionen von PKW ab 2012 so auszugestalten, dass die Belastungen für die Automobilindustrie verkraftbar sind. Besonders wichtig ist, dass die zu erbringenden CO₂-Minderungen über mehrere Jahre stufenweise eingeführt werden und dass unangemessene Strafzahlungen bei Nichterfüllung

vermieden werden. Alle von den Unternehmen erbrachten Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung sollen berücksichtigt werden.

- (11) Die Bundesregierung wird darauf drängen, die Finanzierungsziele der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Forschungs-, Entwicklungs-, und Innovationskredite von 7,2 Mrd. € in 2007 auf 10 Mrd. € in 2009 aufzustocken, um u.a. die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie voranzutreiben. Darüber hinaus wird angestrebt, das jährliche Kreditvolumen der EIB zur Unterstützung von KMU von ca. 5 Mrd. € in 2007 auf jeweils 8 Mrd. € in 2009 und 2010 zu erhöhen, wovon kleinere Zuliefererbetriebe der Automobilindustrie profitieren können. Schließlich wird die Bundesregierung darauf hinwirken, Beschränkungen bei der Kreditvergabe an Großunternehmen für die Dauer der Finanzkrise zu lockern.

(12) Um insbesondere auch in schwierigeren Zeiten generell Innovationen und Energieeffizienz zu fördern, wird die KfW ihre bisherigen Maßnahmen im Bereich der Innovationsförderung und -umsetzung deutlich verstärken. Gleichzeitig wird die KfW ihr Angebot an Beteiligungskapital aufstocken, damit junge innova-

tive Unternehmen einfacher zu einer Anschlussfinanzierung finden.

Die Bundesregierung wird ein zusätzliches Sicherheitsnetz für Beschäftigte schaffen, das in der Krise greift. Ziel ist es, die Beschäftigungssicherung mit einer Weiterqualifizierung zu verknüpfen. Dazu ergreift die Bundesregierung die folgenden von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Maßnahmen:

- (13) Die Bundesregierung wird das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WeGebAU) flächendeckend ausbauen, um durch berufsbegleitende Weiterbildung Entlassungen zu verhindern.
- (14) Mit 1 000 zusätzlichen Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit wird die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert, die sich in der Kündigungsphase befinden (Job-to-Job-Vermittlung).
- (15) Die Bundesregierung wird befristet auf ein Jahr die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher zwölf Monaten auf 18 Monate verlängern. Kurzarbeit soll auch für eine Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt werden können.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Entwicklung der Ausgaben des Bundes bis einschließlich Oktober veränderte sich zum Vormonat nur wenig. So beliefen sich die Ausgaben auf 239,7 Mrd. € und lagen damit um 12,1 Mrd. €

über dem Vorjahresergebnis, die Veränderungsrate lag weiterhin bei + 5,3 %. Der Ausgabenanstieg ist weiterhin vor allem auf die Ende 2007 wieder aufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an

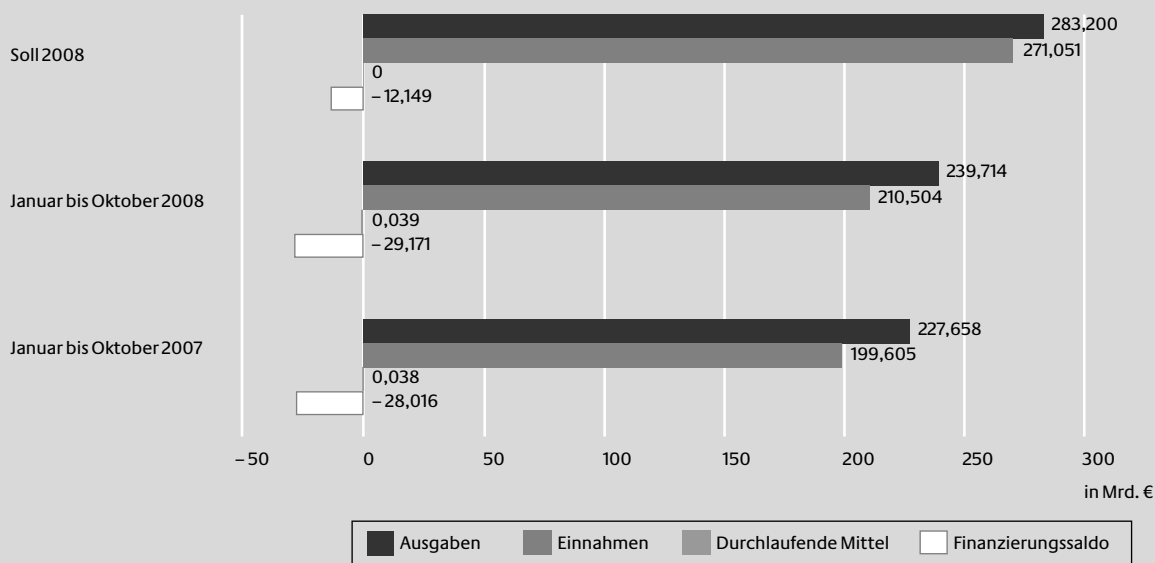
Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Oktober 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	239,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	5,3
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	210,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	5,5 ²
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	187,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	5,3 ²
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 29,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 22,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	- 6,4

¹ Buchungsergebnisse.

² Im Vorjahr wurden die EU-Abführungen für Oktober und November bereits im Oktober verbucht. Die Veränderungsrate zum Vorjahr bereinigt um die November-Werte betragen für die Einnahmen 4,6 %, für die Steuereinnahmen 4,4 %.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



die Postbeamtenversorgungskasse, die zu Jahresbeginn erfolgte Darlehenszusage an die KfW im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Kapitalmaßnahme zugunsten der IKB Deutsche Industriebank AG sowie eine Rückzahlung einer Beihilfe an die Deutsche Post AG zurückzuführen.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 210,5 Mrd. € um 10,9 Mrd. € (+ 5,5 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 9,4 Mrd. € (+ 5,3 %). Aufgrund von Buchungsbesonderheiten bei den EU-Abführungen im

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	49 353	50 045	40 577	16,9	39 376	17,3	3,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	4 298	1,8	3 821	1,7	12,5
Verteidigung	28 540	29 299	24 148	10,1	22 550	9,9	7,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	4 844	2,0	6 451	2,8	- 24,9
Finanzverwaltung	3 093	3 471	2 555	1,1	2 422	1,1	5,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 837	13 758	10 187	4,2	9 580	4,2	6,3
BAföG	1 092	1 297	1 036	0,4	968	0,4	7,0
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	5 441	2,3	4 952	2,2	9,9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	139 751	140 322	121 789	50,8	119 243	52,4	2,1
Sozialversicherung	75 520	75 664	68 121	28,4	68 128	29,9	0,0
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	6 320	2,6	5 390	2,4	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	28 758	12,0	29 743	13,1	- 3,3
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	18 291	7,6	19 235	8,4	- 4,9
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	3 254	1,4	3 610	1,6	- 9,9
Wohngeld	876	1 000	714	0,3	803	0,4	- 11,1
Erziehungsgeld/Elterngeld	3 710	4 514	4 113	1,7	2 919	1,3	40,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	2 035	0,8	2 238	1,0	- 9,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	853	999	711	0,3	625	0,3	13,8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	1 771	1 168	0,5	1 277	0,6	- 8,5
Wohnungswesen	1 225	1 223	890	0,4	1 017	0,4	- 12,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 605	5 975	4 376	1,8	4 082	1,8	7,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	599	0,2	613	0,3	- 2,3
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 816	0,8	1 660	0,7	9,4
Gewährleistungen	697	1 065	472	0,2	456	0,2	3,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	11 149	8 647	3,6	8 221	3,6	5,2
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	4 364	1,8	4 233	1,9	3,1
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 904	15 319	12 760	5,3	7 109	3,1	79,5
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	3 175	1,3	4 039	1,8	- 21,4
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	2 310	1,0	2 787	1,2	- 17,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	43 862	39 499	16,5	38 144	16,8	3,6
Zinsausgaben	38 721	41 818	38 433	16,0	37 373	16,4	2,8
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	239 714	100,0	227 658	100,0	5,3

Monatswechsel Oktober/November des Vorjahres ist der Zuwachs bei der relativen Betrachtung überzeichnet; nach Bereinigung um diesen Faktor liegt die Veränderungsrate der Gesamteinnahmen bei + 4,6 % und die der Steuereinnahmen bei + 4,4 %. Die Verwaltungseinnahmen legten im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis einschließlich Oktober 2007 um 6,9 % zu.

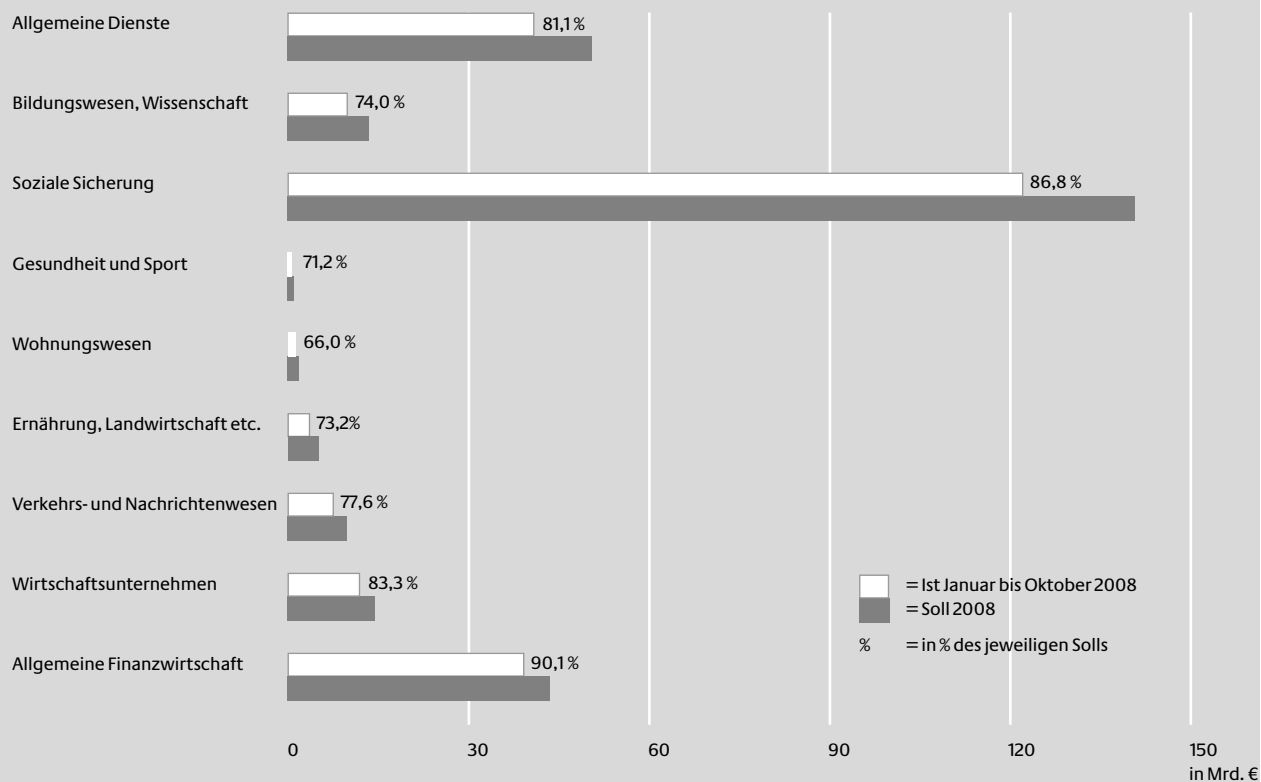
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 29,2 Mrd. €. Die Entwicklung des Bundeshaushalts 2008 bleibt von der aktuel-

len Finanzmarktkrise nicht gänzlich unbeeinflusst. Aufgrund der aktuellen Marktsituation werden 2008 deutlich weniger Privatisierungserlöse vereinnahmt werden können als im Haushaltsplan mit 10,7 Mrd. € veranschlagt wurden. Eine zuverlässige Prognose zur voraussichtlichen NKA im Jahresabschluss des Bundeshaushalts ist derzeit noch nicht möglich. Dies gilt umso mehr, als die weitere Jahresentwicklung stark von der Entwicklung der Steuereinnahmen abhängig ist, die gerade im Dezember einen überproportional hohen Anteil am Jahresergebnis ausmachen.

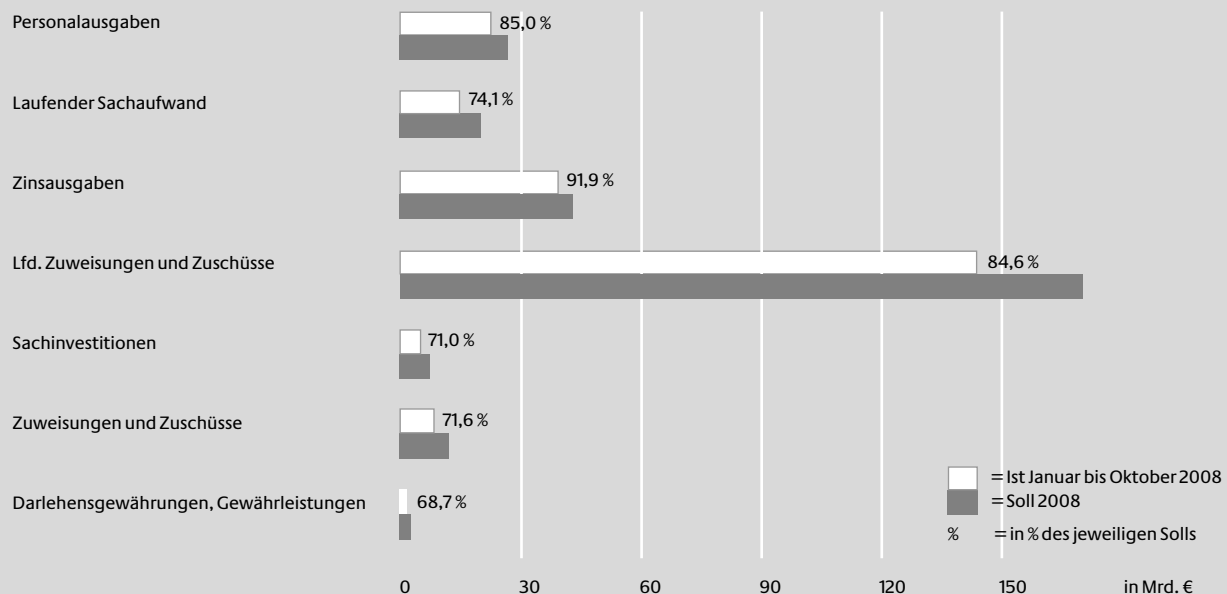
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	244 235	258 509	222 044	92,6	210 074	92,3	5,7
Personalausgaben	26 038	26 762	22 753	9,5	21 766	9,6	4,5
Aktivbezüge	19 662	20 276	16 903	7,1	16 194	7,1	4,4
Versorgung	6 376	6 486	5 851	2,4	5 572	2,4	5,0
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	14 649	6,1	13 841	6,1	5,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	1 041	0,4	983	0,4	5,9
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	7 040	2,9	6 348	2,8	10,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	6 568	2,7	6 511	2,9	0,9
Zinsausgaben	38 721	41 818	38 433	16,0	37 373	16,4	2,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	160 352	169 769	143 603	59,9	136 759	60,1	5,0
an andere Bereiche	14 003	14 463	10 346	4,3	11 311	5,0	– 8,5
darunter:	146 349	155 307	133 332	55,6	125 526	55,1	6,2
Unternehmen	15 399	23 740	17 370	7,2	11 572	5,1	50,1
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	24 831	10,4	24 636	10,8	0,8
Sozialversicherungen	97 712	98 521	87 260	36,4	86 032	37,8	1,4
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	2 605	1,1	335	0,1	677,6
Investive Ausgaben	26 215	24 658	17 671	7,4	17 584	7,7	0,5
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	12 506	5,2	12 644	5,6	– 1,1
Zuweisungen und Zuschüsse	16 580	13 924	9 975	4,2	10 386	4,6	– 4,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 100	2 717	1 866	0,8	1 633	0,7	14,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	666	0,3	625	0,3	6,6
Sachinvestitionen	6 903	7 273	5 165	2,2	4 940	2,2	4,6
Baumaßnahmen	5 478	5 783	4 220	1,8	3 993	1,8	5,7
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	585	0,2	566	0,2	3,4
Grunderwerb	516	480	359	0,1	381	0,2	– 5,8
Globalansätze	0	32	0		0		
Ausgaben insgesamt	270 450	283 200	239 714	100,0	227 658	100,0	5,3

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2008



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Oktober 2008



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	230 043	237 955	187 264	89,0	177 865	89,1	5,3¹
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	153 731	73,0	145 259	72,8	5,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	74 148	35,2	68 155	34,1	8,8
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	46 310	22,0	42 824	21,5	8,1
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	9 827	4,7	6 845	3,4	43,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	6 849	3,3	5 975	3,0	14,6
Zinsabschlag	4 918	5 317	5 050	2,4	4 110	2,1	22,9
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	6 112	2,9	8 402	4,2	- 27,3
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	78 734	37,4	76 079	38,1	3,5
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	849	0,4	1 024	0,5	- 17,1
Energiesteuer	38 955	40 335	27 217	12,9	27 318	13,7	- 0,4
Tabaksteuer	14 254	14 050	10 695	5,1	11 289	5,7	- 5,3
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	10 433	5,0	9 703	4,9	7,5
Versicherungsteuer	10 331	10 540	9 049	4,3	8 943	4,5	1,2
Stromsteuer	6 355	6 600	5 130	2,4	5 292	2,7	- 3,1
Branntweinabgaben	1 962	2 163	1 757	0,8	1 597	0,8	10,0
Kaffeesteuer	1 086	980	809	0,4	874	0,4	- 7,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	- 11 093	- 5,3	- 11 262	- 5,6	- 1,5
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 12 166	- 5,8	- 12 516	- 6,3	- 2,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 3 118	- 1,5	- 3 368	- 1,7	- 7,4
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 5 563	- 2,6	- 5 592	- 2,8	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	25 675	33 096	23 240	11,0	21 740	10,9	6,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	4 225	2,0	3 881	1,9	8,9
Zinseinnahmen	924	702	642	0,3	723	0,4	- 11,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	4 230	2,0	6 033	3,0	- 29,9
Einnahmen zusammen	255 718	271 051	210 504	100,0	199 605	100,0	5,5¹

¹ Im Vorjahr wurden die EU-Abführungen für Oktober und November bereits im Oktober verbucht. Die Veränderungsraten zum Vorjahr bereinigt um die November-Werte betragen für die Einnahmen 4,6 %, für die Steuereinnahmen 4,4 %.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt lagen im Oktober wie erwartet nur wenig über dem im Vorjahr erzielten Ergebnis. In dem vergleichsweise schwachen Anstieg (+ 1,7 %) schlagen sich aber ähnlich wie im September Sondereffekte nieder, die sich in diesem Fall vor allem aus der Auszahlung von Altkapitalguthaben bei der Körperschaftsteuer ergeben. Dabei legten die gemeinschaftlichen Steuern in diesem Monat mit + 3,7 % zu, während bei den Bundessteuern (– 2,3 %) wie bei den Ländersteuern (– 11,7 %) ein Rückgang zu registrieren war.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Oktober 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt bei + 4,9 %. Sie hat sich seit August 2008 um etwa einen Prozentpunkt vermindert.

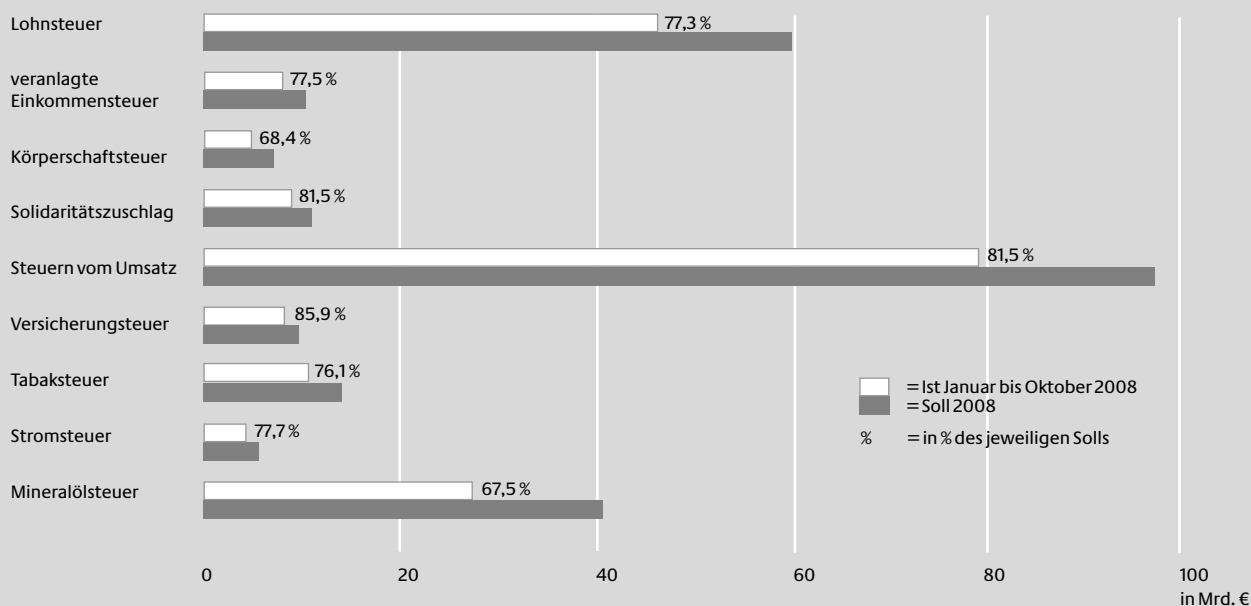
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) blieben im Oktober um – 1,4 % hinter dem Vorjahr zurück. Das Minus hat seinen Grund nicht zuletzt in deutlich höheren EU-Abführungen im Vorjahresvergleich. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2008 ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von + 4,3 %.¹

Die Einnahmenentwicklung bei der Lohnsteuer bleibt weiter von einer stabilen Aufwärtsbewegung gekennzeichnet. Der Anstieg im Oktober (+ 7,6 %) fiel, auch unterstützt durch einen Rückgang beim Kindergeld von – 2,7 %, kaum schwächer aus als in den ersten zehn Monaten des Jahres zusammengekommen (+ 7,9 %).

Bei den Veranlagungssteuern ergab sich kein einheitliches Bild. Bei der veranlagten Einkommensteuer lag das Aufkommen im Berichtsmonat zwar um fast + 400 Mio. € über dem Vorjahr, wovon sich ein knappes Drittel auf verringerte Arbeitnehmererstattungen zurückführen lässt. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer blieben aber um etwa – 1 Mrd. € hinter dem im Oktober 2007 erreichten Stand zurück. Die Verschlechterung hat ihre Ursache vor allem in der Auszahlung von Altkapitalguthaben nach § 37 Abs. 5 Körperschaftsteuergesetz. Diese Auszahlungen, die jeweils zum 30. September in zehn gleichen Jahresraten erfolgen, sind pro Jahr mit etwa – 1,5 Mrd. € zu veranschlagen, wovon im September 2008 nur etwa die Hälfte kassenwirksam geworden war. Die Verbuchung der restlichen Beträge hat die Körperschaftsteuereinnahmen im Oktober (nach Abzug entsprechender Rückforderungen) um 650 Mio. € vermindert.

¹ Abweichung zur Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. S. 18, Fußnote 1).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Oktober 2008



Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde mit + 35,4 % wieder ein Plus erzielt, das auf einen ganz erheblichen Zuwachs bei den Ausschüttungen der Unternehmen hindeutet.

Beim Zinsabschlag liegt der Anstieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mit mehr als einem Fünftel (+ 22,1 %) etwa so hoch wie im bisherigen Jahresdurchschnitt. Darin könnte sich nicht zuletzt ein verändertes Anlegerverhalten (zum Beispiel Umschichtungen von Aktien hin zu festverzinslichen Wertpapieren) niederschlagen.

Nach dem von Sondereinflüssen geprägten Auf und Ab in den beiden Vormonaten (+ 10,4 % im August gegenüber – 0,2 % im September) bewegt sich die Veränderung bei den Steuern vom Umsatz (+ 3,8 %) nun wieder in der erwarteten deutlich ruhigeren Bahn. Dabei hat sich der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer mit + 14,3 % etwas zurückgebildet. Er wirkt sich über erhöhte Vorsteuerabzüge auf die kassenmäßigen Einnahmen aus der Umsatzsteuer aber weiter dämpfend aus. Mit + 0,1 % wurde das Vorjahresniveau hier nur so eben erreicht.

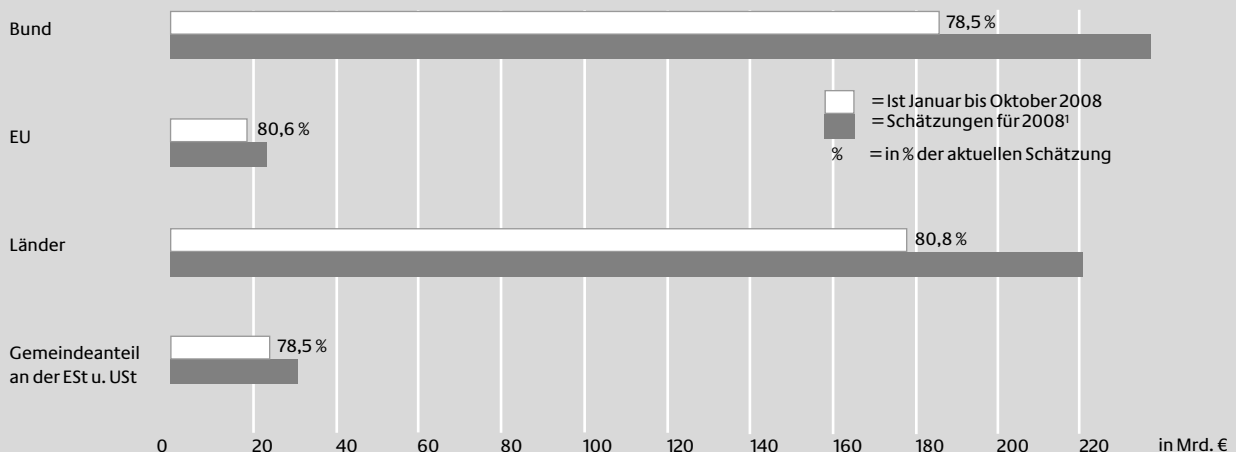
Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern blieben in der Summe hinter dem Ergebnis vom Oktober 2007 zurück. Hinter der Verringerung um – 2,3 % verbergen sich positive wie negative Veränderungen von Einzelsteuern, die sich wegen buchungstechnischer Besonderheiten aus dem Vorjahr zum Teil gegenseitig bedingen: So spiegelt die auffällige Zunahme bei der Strom-

steuer (+ 59,4 %) die Tatsache wider, dass die Vorjahresbasis durch damals erforderliche Korrekturbuchungen erheblich vermindert worden war. Die Gegenbuchung erfolgte bei der Energiesteuer auf Erdgas, deren Niveau sich im Oktober 2007 entsprechend erhöhte. Gemessen daran haben sich die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas nun beträchtlich verringert (– 71,0 %). Als Folge ging auch das Energiesteueraufkommen insgesamt zurück (– 13,0 %).

Bei der Tabaksteuer ergab sich im Berichtsmonat mit + 8,2 % zwar ein Plus gegenüber dem Vorjahr, von Januar bis Oktober 2008 kumuliert aber weiter ein merklicher Rückgang (– 5,3 %). Der Anstieg beim Solidaritätszuschlag mit + 7,6 % entsprach exakt der Zunahme bei der Lohnsteuer. Die einander entgegengesetzten Effekte bei der Körperschaftsteuer einerseits und den übrigen Bemessungsgrundlagen andererseits glichen sich demnach gerade aus.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern verringerte sich im Oktober 2008 um – 11,7 %. Dabei macht sich vor allem ein starkes Minus bei der Grunderwerbsteuer (– 33,2 %) bemerkbar. Die Kraftfahrzeugsteuer (– 1,2 %) und die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 12,2 %) fielen im Vergleich zum Vorjahresmonat nicht ganz so stark ab. Biersteuer (+ 6,8 %) und Erbschaftsteuer (+ 2,5 %) legten zu. Bei einem Vergleich der kumulierten Werte werden aber bei allen Ländersteuern – mit Ausnahme der Erbschaftsteuer – negative Raten geschrieben.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Oktober 2008



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2008).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 680	7,6	112 236	7,9	141 800	7,6
veranlagte Einkommensteuer	160	X	23 104	43,4	32 450	29,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	578	35,4	13 664	14,3	14 950	8,4
Zinsabschlag	914	22,1	11 478	22,9	13 590	21,6
Körperschaftsteuer	- 1 428	X	12 206	- 27,4	17 250	- 24,8
Steuern vom Umsatz	14 022	3,8	144 543	3,9	175 850	3,7
Gewerbesteuerumlage	520	- 13,1	2 329	- 12,2	3 234	- 16,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	611	11,4	2 426	10,2	3 316	6,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	26 058	3,7	321 986	6,5	402 440	5,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 172	- 13,0	27 217	- 0,4	39 500	1,4
Tabaksteuer	1 231	8,2	10 695	- 5,3	13 400	- 6,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	162	- 8,5	1 755	10,1	2 130	8,7
Versicherungsteuer	482	0,8	9 049	1,2	10 450	1,1
Stromsteuer	524	59,4	5 130	- 3,1	6 200	- 2,4
Solidaritätszuschlag	679	7,6	10 433	7,5	13 050	5,7
übrige Bundessteuern	120	- 4,5	1 194	- 0,9	1 458	- 2,0
Bundessteuern insgesamt	6 370	- 2,3	65 472	0,2	86 188	0,6
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	354	2,5	4 103	15,8	4 780	13,7
Grunderwerbsteuer	425	- 33,2	4 960	- 16,3	5 770	- 17,0
Kraftfahrzeugsteuer	668	- 1,2	7 598	- 0,2	8 850	- 0,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	123	- 12,2	1 310	- 4,3	1 648	- 3,1
Biersteuer	60	6,8	629	- 1,7	740	- 2,2
sonstige Ländersteuern	16	62,7	277	- 1,7	315	- 2,9
Ländersteuern insgesamt	1 645	- 11,7	18 878	- 2,6	22 103	- 3,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	385	6,1	3 307	- 0,9	4 000	0,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	278	- 20,0	3 118	1,8	3 740	- 4,8
BNE-Eigenmittel	1 714	35,3	12 166	8,2	15 330	6,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 377	20,2	18 591	5,4	23 070	3,7
Bund³	15 004	- 1,4	187 416	4,3	238 683	3,7
Länder³	15 062	1,3	179 072	4,7	221 699	4,0
EU	2 377	20,2	18 591	5,4	23 070	3,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 016	10,9	24 564	12,0	31 279	10,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	34 458	1,7	409 643	4,9	514 731	4,2

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2008.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

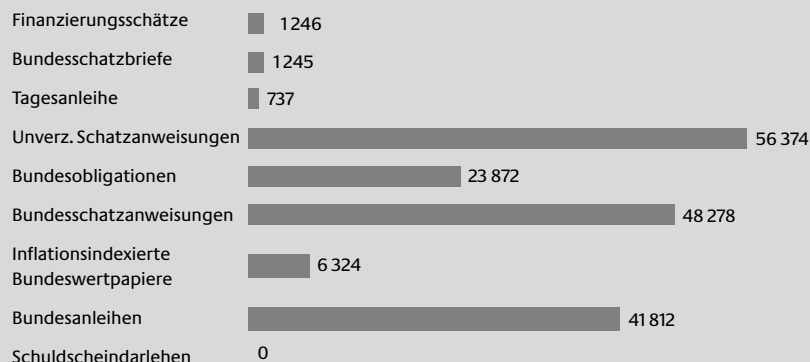
Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Oktober weiter gesunken. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende September bei 3,98 % lag, notierte Ende Oktober bei 3,77 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 5,28 % Ende September auf 4,76 % Ende Oktober. Die Europäische Zentralbank hat am 6. November 2008 beschlossen, die Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken. Mit Wirkung vom 12. November liegt der Min-

destbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,75 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,75 %.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im Oktober deutlich nach; der Deutsche Aktienindex notierte Ende Oktober bei 4 988 Punkten gegenüber 5 831 Punkten Ende September, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 sank im gleichen Zeitraum von 3 038 auf 2 592 Punkte.

Kreditaufnahme des Bundes bis September 2008 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.

Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 2 813 Mio. €.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. September 2008

Medium Term Notes Treuhand (0,0 %)

Schuldscheindarlehen (0,0 %)

Finanzierungsschätze (0,1 %)

Unverzinsliche Schatzanweisungen (0,2 %)

Bundessobligationen (1,0 %)

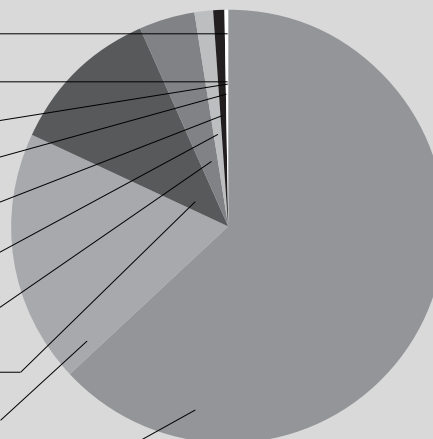
Tagesanleihe (1,4 %)

Bundesschatzanweisungen (4,0 %)

Bundesschatzbriefe (11,2 %)

Inflationsindexierte Bundeswertpapiere (18,3 %)

Anleihen (61,6 %)



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände:
963,8 Mrd. €;
darunter Eigenbestände:
37,054 Mrd. €

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im September auf 8,6 % (nach 8,8 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Juli 2008 bis September 2008 betrug 8,9 %, verglichen mit 9,2 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im September auf 10,1 % (nach 10,8 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums ist damit trotz der Finanzkrise immer noch relativ kräftig. In Deutschland sank diese Kreditwachstumsrate von 6,6 % im August 2008 auf 6,5 % im September 2008.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich September 179,9 Mrd. €. Davon

wurden 165 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Tenderverfahren die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE 0001030518 – am 5. März 2008 um 3 Mrd. € und am 9. Juli 2008 um 2 Mrd. € sowie die 1,5 %ige inflationsindexierte Anleihe des Bundes – ISIN DE 0001030500 – am 11. Juni 2008 um 2 Mrd. € aufgestockt. Wegen der Kapitalmarktentwicklung wurde statt der zunächst angekündigten Aufstockung der Bundesanleihe vom 23. Juli 2008 – ISIN DE 0001135325 – um 4 Mrd. € eine Neuemission einer Bundesanleihe mit einer 30-jährigen Laufzeit – ISIN DE 0001135366 – um 4 Mrd. € begeben. Drei Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes (Bubills) mit Fälligkeiten 14. Januar 2009, 18. Februar 2009 und 18. März 2009 (ISIN DE0001115186 / WKN 111518, ISIN DE0001115194 / WKN 111519, ISIN DE0001115202 / WKN 111520) wurden am 22. September 2008 um jeweils 1 Mrd. € auf jeweils 7 Mrd. € aufgestockt und von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH im Rahmen der Marktpflege platziert. Die übrige

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Summe insgesamt
	in Mrd. €									
Anleihen	15,6	–	–	–	–	–	22,8	–	–	38,2
Bundessobligationen	–	14,0	–	14,0	–	–	–	–	–	28,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	–	–	14,0	–	–	15,0	45,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	52,9
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,4	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	2,1
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	1,8
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen	1,0	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,3	0,1	0,6	2,5
Tagesanleihe							0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	23,2	20,4	22,7	20,2	6,2	20,2	29,3	6,6	22,0	170,6

Zinszahlungen

	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Summe insgesamt
	in Mrd. €									
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	3,4	0,2	1,7	13,7	0,3	1,3	36,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 2,8 Mrd. €).

Die im letzten Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht

über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008“.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich bis einschließlich September 2008 auf rund 170,7 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ betrugen rund 36,3 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137230 WKN 113 723	Aufstockung	8. Oktober 2008	2 Jahre fällig 10. September 2010 Zinslaufbeginn: 10. September 2010 erster Zinstermin: 10. September 2009	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114153	Aufstockung	22. Oktober 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Neuemission	12. November 2008	10 Jahre fällig 4. Januar 2009 Zinslaufbeginn: 14. November 2008 erster Zinstermin: 4. Januar 2010	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114 153	Aufstockung	19. November 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	ca. 4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137248 WKN 113724	Neuemission	10. Dezember 2008	2 Jahre fällig 10. Dezember 2010 Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2008 erster Zinstermin: 10. Dezember 2009	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2008 insgesamt				ca. 30 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115210 WKN 111 521	Neuemission	13. Oktober 2008	6 Monate fällig 22. April 2009	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115228 WKN 111 522	Neuemission	17. November 2008	6 Monate fällig 13. Mai 2009	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115236 WKN 111 523	Neuemission	8. Dezember 2008	6 Monate fällig 17. Juni 2009	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2008 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Bruttoinlandsprodukt ging im 3. Quartal erneut zurück.
- Entwicklungstendenz der Industrieproduktion bleibt abwärts gerichtet.
- Arbeitslosenzahl erstmals seit November 1992 unterhalb von drei Millionen Personen.
- Inflationsrate im Oktober deutlich gesunken.

Die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland hält an. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts ist das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal in saison-, kalender- und preisbereinigter Rechnung um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. In der wirtschaftlichen Abschwächung werden die Bremsspuren der abgekühlten Weltkonjunktur sichtbar.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität wurde in starkem Maße durch die deutlich rückläufige Produktionstätigkeit in der Industrie beeinträchtigt. Das Statistische Bundesamt vermeldete, dass dagegen von der Inlandsnachfrage positive Wachstumsimpulse kamen, und zwar durch einen leichten Anstieg der privaten und öffentlichen Konsumausgaben sowie durch zunehmende Vorräte. Vom Außenbeitrag sei – bei stark zunehmenden Importen und sich abschwächenden Exporten – eine negative Wirkung auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ausgegangen.

Die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren signalisieren, dass die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität bis in das Jahr 2009 hinein anhalten dürfte. Die Auftragseingänge in der Industrie gehen deutlich zurück, die Stimmungsindikatoren in der gewerblichen Wirtschaft sind abwärts gerichtet.

Auch auf dem Arbeitsmarkt werden erste Anzeichen der konjunkturellen Abkühlung sichtbar. Die derzeitige Lage ist jedoch noch robust. Dies spiegelt sich auch im Lohnsteueraufkommen wider, das von Januar bis Oktober

gegenüber der Vorjahresperiode um 7,9 % angestiegen ist. Im gleichen Zeitraum stiegen die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz um 3,9 % an. Dieser Zuwachs entspricht etwa dem für das Gesamtjahr 2008 geschätzten Zuwachs.

Die fortschreitende Abkühlung der Weltwirtschaft führt zu erhöhten Belastungen für die Exporte. Im 3. Quartal kam es zu einer Stagnation der Ausfuhren gegenüber dem Vorquartal. Von Januar bis September betrug der Exportanstieg 6,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei war die Ausfuhrzunahme in Drittländer (+ 8,4 %) deutlich überdurchschnittlich im Vergleich zum Exportanstieg in den Nichteuroraum der EU (+ 6,4 %) und in den Euroraum (+ 4,4 %). Für die nächsten Monate haben sich die Exportaussichten merklich verschlechtert. So hat der IWF in der Aktualisierung seiner Prognose die Schätzungen für das Weltwirtschaftswachstum weiter nach unten korrigiert. Der IWF geht nun davon aus, dass die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 3,7 % wachsen wird, während für 2009 ein Wachstum von 2,2 % zu erwarten ist. Diese Zuwachsraten sind deutlich niedriger als in den Jahren 2006 und 2007, in denen das Weltwirtschaftswachstum jeweils rund 5 % betragen hat. Deutschland ist insbesondere durch eine konjunkturelle Abschwächung in den wichtigsten Handelspartnerländern betroffen. So sind die Auslandsaufträge in der Industrie deutlich rückläufig und die vom ifo-Institut befragten Unternehmen gehen davon aus, dass sich der Export weiter abschwächen wird.

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1.Q.08	2.Q.08	3.Q.07	1.Q.08	2.Q.08	3.Q.08
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,7	+ 2,5	+ 1,4	- 0,4	- 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,3
jeweilige Preise	2 423	+ 4,4	+ 1,8	- 0,1	- 0,0	+ 3,1	+ 4,5	+ 2,7
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 827	+ 3,5	+ 1,4	+ 0,4	.	+ 3,5	+ 5,0	.
Arbeitnehmerentgelte	1 184	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,8	.	+ 3,5	+ 3,5	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	644	+ 4,5	+ 1,2	- 0,4	.	+ 3,5	+ 8,0	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 515	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,7	.	+ 2,5	+ 2,6	.
Bruttolöhne und -gehälter	958	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,0	.	+ 4,0	+ 3,9	.
Sparen der privaten Haushalte	167	+ 5,1	+ 2,4	+ 0,5	.	+ 6,6	+ 8,1	.
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Drei- monats- durch- schnitt			Drei- monats- durch- schnitt		
			Aug 08	Sep 08		Aug 08	Sep 08	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	- 0,6	+ 1,4	.	- 3,3	- 0,9	.	+ 3,3
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	965	+ 8,1	- 0,3	+ 0,7	+ 0,0	- 2,2	+ 6,9	+ 4,1
Waren-Importe	770	+ 4,9	- 2,7	+ 0,9	+ 4,9	+ 3,0	+14,1	+10,9
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)²	116,3	+ 5,9	+ 3,2	- 3,6	- 1,2	+ 1,5	- 2,3	- 0,2
Industrie ³	121,1	+ 6,9	+ 3,3	- 3,8	- 1,2	+ 2,0	- 2,0	+ 0,2
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,8	+ 6,4	- 1,7	+ 0,1	+ 1,3	- 0,5	- 0,9
Umsätze im Produzierenden Gewerbe²								
Industrie (Index 2000 = 100) ³	121,6	+ 6,4	+ 4,5	- 4,0	- 1,3	+ 2,6	- 1,9	- 0,1
Inland	107,2	+ 4,5	+ 5,3	- 4,7	- 1,0	+ 3,4	- 0,9	+ 0,8
Ausland	144,9	+ 8,7	+ 3,5	- 3,1	- 1,7	+ 1,7	- 3,2	- 1,1
Auftragseingang (Index 2000 = 100)²								
Industrie ³	130,7	+ 9,8	+ 3,5	- 8,0	- 3,9	- 1,1	- 9,0	- 4,6
Inland	113,0	+ 7,1	+ 2,8	- 4,3	- 3,0	+ 0,3	- 3,9	- 2,3
Ausland	152,8	+12,5	+ 4,3	-11,4	- 4,8	- 2,4	-13,6	- 6,7
Bauhauptgewerbe	77,6	+ 4,1	- 10,0	.	- 2,7	- 3,0	.	- 1,0
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(einschl. Kfz und Tankstellen)	100,5	- 3,7	+ 3,3	- 3,1	- 0,5	- 5,3	+ 0,5	- 1,7
Großhandel (ohne Kfz)	109,2	- 0,5	+ 0,8	+ 0,5	- 0,7	- 4,0	+ 7,5	+ 2,0
Arbeitsmarkt	2007 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Aug 08	Sep 08	Okt 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	- 40	- 28	- 26	- 510	- 463	- 437
Erwerbstätige, Inland	39,77	+ 1,7	+ 36	+ 20	.	+ 591	+ 552	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26,97	+ 2,2	+ 20			+ 552		
Preisindizes	2007 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Aug 08	Sep 08	Okt 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08
2000 = 100								
Importpreise	108,0	+ 1,2	- 0,8	- 1,0	.	+ 9,3	+ 7,6	.
Erzeugerpreise gewerbli. Produkte	119,1	+ 2,0	- 0,6	+ 0,3	.	+ 8,1	+ 8,3	.
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,4
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Mrz 08	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08
Klima	+ 8,5	+ 3,8	+ 5,9	+ 1,5	- 6,0	- 11,2	- 14,9	- 20,2
Geschäftslage	+ 18,6	+12,4	+15,7	+12,2	+ 7,0	+ 2,5	- 4,2	- 3,9
Geschäftserwartungen	- 1,1	- 4,5	- 3,5	- 8,7	- 18,2	- 23,9	- 24,9	- 35,1

¹ Quartale Rechenstand August 2008. ² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ³ Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Die nominalen Warenimporte stiegen im 3. Quartal kräftig an. Beim Saldo der Handelsbilanz gab es in saisonbereinigter Rechnung im September keine Veränderung gegenüber dem Vormonat. Im 3. Quartal lag der Saldo mit einem Überschuss von 39,3 Mrd. Euro um 9,9 Mrd. € unter dem Saldo der Vorperiode. Das Vorjahresergebnis wurde um 10,9 Mrd. € unterschritten.

Die Gesamterzeugung im Produzierenden Gewerbe nahm im 3. Quartal saisonbereinigt um 1,2% gegenüber dem Vorquartal ab. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 0,2 % unterschritten. Die Industrieproduktion wurde für alle drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter) zurückgefahren. Besonders deutlich war der Rückgang im Investitionsgüterbereich (– 2,1% gegenüber Vorquartal, nach – 0,6% im 2. Quartal). Bei der Konsumgüterherstellung kam es dagegen zu einer Dämpfung der Abwärtsbewegung. Der Umsatz mit den hergestellten Erzeugnissen ging im 3. Quartal deutlich zurück (– 1,3 % gegenüber Vorquartal). Dabei schwächten sich die Auslandsumsätze etwas stärker ab als die Inlandsumsätze (–1,0 %). Im Investitionsgüterbereich war der Unterschied zwischen Umsätzen im Inland und im Ausland besonders deutlich.

Der Rückgang der Auftragseingänge hat sich im 3. Quartal – sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland – nochmals beschleunigt. In allen drei Gütergruppen nahmen die Bestellungen ab. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Ausland (– 7,6 %). Der Auftragsrückgang deutet darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Schwäche bis in das Jahr 2009 hinein fortsetzen dürfte. Dafür spricht auch das ifo-Geschäftsklima, das sich im Oktober weiter abgekühlt hat.

Im Bauhauptgewerbe blieb die Erzeugung im 3. Quartal nahezu auf dem Niveau des 2. Quartals. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Bauproduktion um 0,9% zurück.

Der private Konsum ist nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts im 3. Quartal leicht angestiegen. Gleichwohl sind die Einzelhandelsumsätze, die etwa 30 % zu den Konsumausgaben beitragen, leicht zurückgegangen (im 3. Quartal – 0,5% gegenüber dem Vorquartal). Die mit den rückläufigen Energie-

preisen einhergehenden Kaufkraftentlastungen dürften zusammen mit dem Beschäftigungsaufbau den privaten Konsum im 3. Quartal begünstigt haben. Es ist jedoch ungewiss, ob damit bereits eine grundlegende Tendenzwende zum Besseren eingeleitet wurde. Die Auswirkung der im September/Okttober eingetretenen Verschärfung der internationalen Finanzkrise und die jüngsten Produktionseinbußen in der Automobilindustrie haben die Verbraucher wahrscheinlich verunsichert. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust könnte das Konsumentenvertrauen beeinträchtigen. Auch die schlechte Stimmung im Einzelhandel (ifo-Geschäftsklima) deutet darauf hin, dass die Konsumschwäche anhalten könnte.

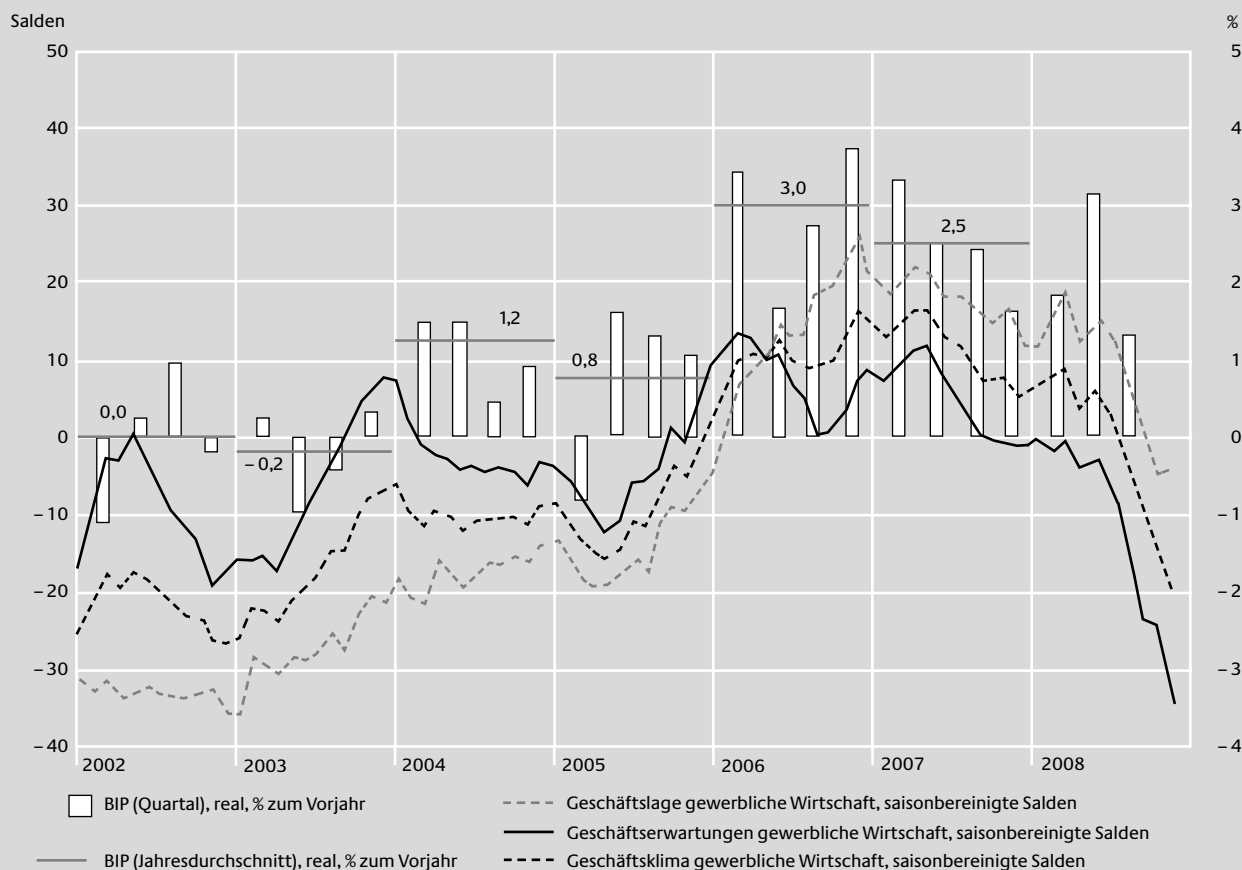
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt sich zurzeit noch günstig dar. So sank die saisonbereinigte Zahl der arbeitslosen Personen im Oktober merklich (29 000 gegenüber dem Vormonat). Nach Ursprungszahlen ist die registrierte Arbeitslosigkeit im Oktober im Vorjahresvergleich um 437 000 auf 2,997 Mio. Personen zurückgegangen. Damit liegt die Arbeitslosenzahl erstmal seit November 1992 wieder unterhalb von drei Millionen Personen. Für die Arbeitslosenquote bedeutete dies einen Rückgang um 1,0 Prozentpunkte auf 7,2% (West 6,0%, Ost 11,8 %). Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im September um 20 000 an und damit um wesentlich weniger als im Monatsdurchschnitt Januar bis August (+ 47 000). Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl noch spürbar (+ 552 000 Personen auf 40,72 Mio. Personen). Der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzte sich im August ebenfalls fort (saisonbereinigt ca. + 38 000 gegenüber dem Vormonat und ca. + 586 000 gegenüber dem Vorjahr). Allerdings zeigen sich in der deutlichen Abflachung des Beschäftigungsaufbaus erste Bremsspuren der Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Die Nachfrage nach Arbeitskräften dürfte in den kommenden Monaten weiter nachlassen. Darauf deutet der nur geringfügige Anstieg des BA-X Stellenindex hin (Oktober: saisonbereinigt + 2 gegenüber dem Vormonat auf 248 Punkte). Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe dürfte der Beschäftigungsaufbau allmählich

zum Stillstand kommen. So liegt der Beschäftigungsindex laut der Befragung der Einkaufsmanager nur noch knapp über der Expansionsmarke und auch die vom ifo-Institut befragten Industrieunternehmen signalisieren, dass sie nicht mehr mit zusätzlichem Personalbedarf planen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise (VPI) hat sich im Oktober mit 2,4 % gegenüber dem Vorjahr deutlich abgemildert. Nachdem die Jahresteuerungsrate in den Monaten Juni und Juli 2008 mit jeweils 3,3 % ihren Höchststand erreicht hatte, ist seit August eine Entspannung eingetreten. Auch im Vergleich zum Vormonat sind die Preise leicht gesunken. Gut die Hälfte der Rückbildung der Inflationsrate im Jahresvergleich ist auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da im Herbst 2007 der drastische Preis-

anstieg für Energie und Nahrungsmittel begonnen hatte. Hinzu kommt der dämpfende Effekt der stark rückläufigen Rohölpreise. Im Jahresvergleich erhöhten sich zwar die Preise für leichtes Heizöl noch um 22,6 % und für Kraftstoffe um 2,7 % (darunter Diesel: + 8,7 % und Super: + 0,6 %). Die Preiserhöhungen fielen aber deutlich geringer aus als in den Vormonaten. Bei den anderen Haushaltsenergien verteuerte sich binnen Jahresfrist vor allem Gas (+ 21,4 %). Ohne Energie und Nahrungsmittel lag die Teuerungsrate bei 1,5 % (Kerninflation). Die etwas nachlassende Inflation bedeutet aber noch keine Entwarnung für den privaten Konsum. Das Niveau der Verbraucherpreise liegt immer noch in etwa auf dem Stand zur Jahresmitte 2008. Die Kaufkraft der privaten Haushalte ist damit noch deutlich belastet.

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich September 2008 vor.

Bis Ende September 2008 stiegen die Einnahmen der Länder insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um +4,2 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Steuereinnahmen um +5,6 %. Dem standen im Berichtszeitraum gestiegene Ausgaben von +3,0 % gegenüber. Die Länder konnten insgesamt bis Ende September 2008 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von rund 4,5 Mrd. € erwirtschaften. Das bedeutet eine Verbesserung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von rund 2,5 Mrd. €.

In den Flächenländern West stiegen die Ausgaben etwas stärker als geplant um +3,2 %, die Einnahmen erhöhten sich um +4,2 %, darunter die Steuereinnahmen um +5,3 %. Die Ausgaben der Flächenländer Ost entwickelten sich mit +1,8 % moderater als in der Haushaltsplanung (+3,0 %) vorgesehen. Die Einnahmen der Flächenländer Ost stiegen um +1,8 %, die Steuereinnahmen um +5,7 %. Am günstigsten fiel die Einnahmeentwicklung in den Stadtstaaten aus (+8,2 %). Dem stand ein Ausgabenzuwachs von +3,9 % gegenüber, der um 2,0 Prozentpunkte höher lag als der Haushaltsansatz 2008.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Ende September 2008 stellen sich insgesamt wie folgt dar:

Länder insgesamt

Bereinigte Ausgaben

Personalausgaben

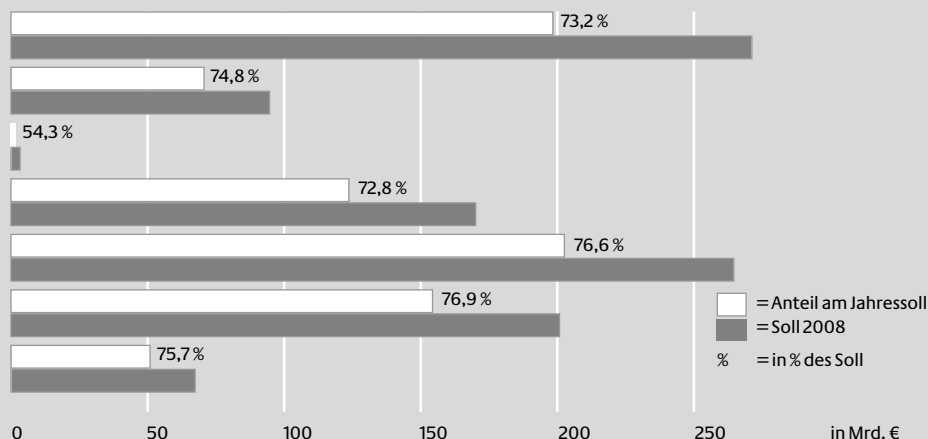
Baus Ausgaben

übrige Ausgaben

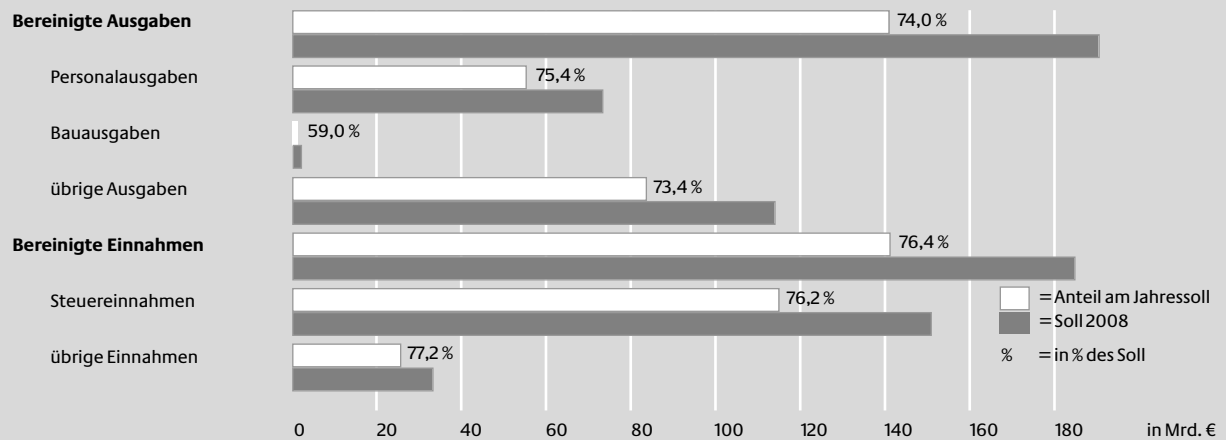
Bereinigte Einnahmen

Steuereinnahmen

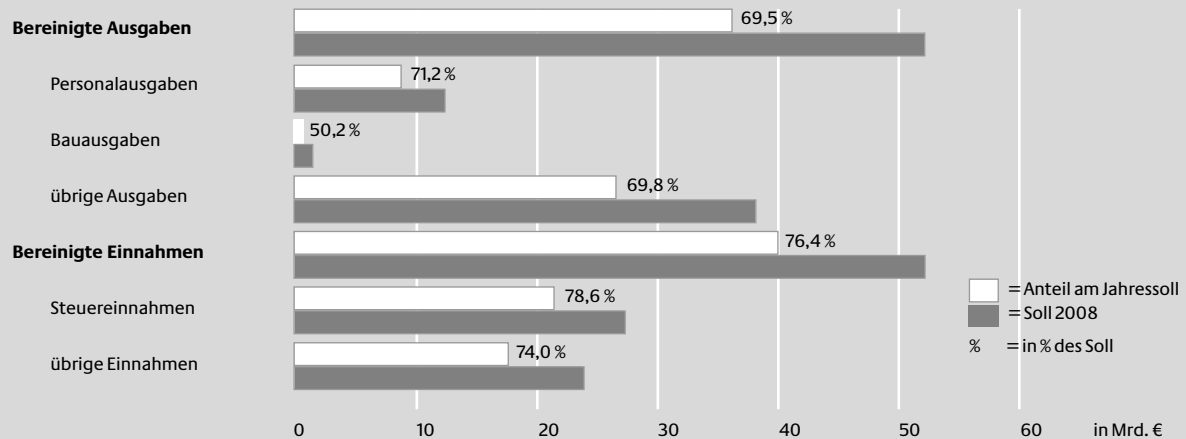
übrige Einnahmen



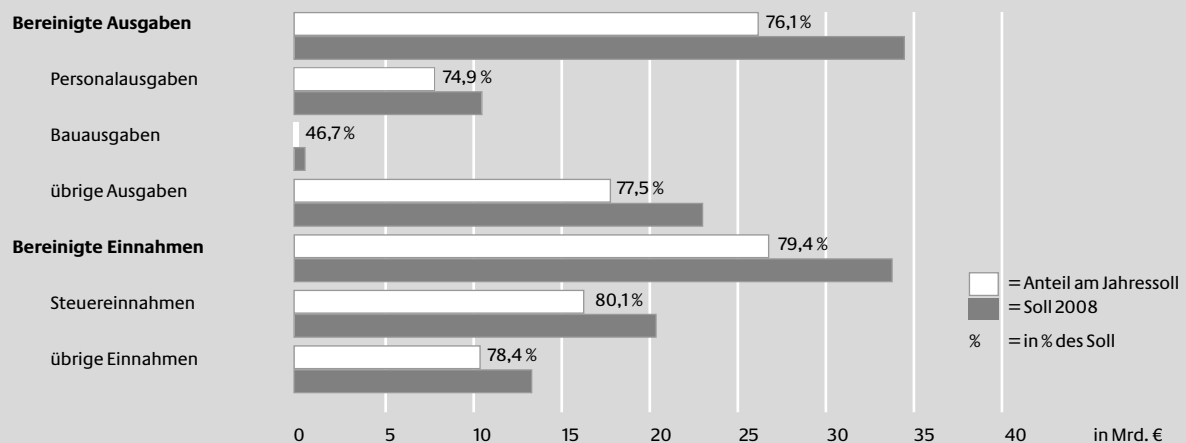
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 4. November 2008 in Brüssel

Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2008

a) Vorbereitung der internationalen Initiativen zur Reaktion auf die Finanzmarktkrise

Die Beratungen des ECOFIN-Rates dienten zur Vorbereitung des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU am 7. November 2008 und damit auch einer gemeinsamen europäischen Position für den ersten Weltfinanzgipfel der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Erarbeitung einer neuen internationalen Finanzmarktarchitektur am 15. November 2008 in Washington. Frankreich hatte zu diesem Tagesordnungspunkt ein Präsidentschaftspapier vorgelegt. Die ECOFIN-Vorsitzende Christine Lagarde erklärte, in diesem Papier ginge es um die Bekräftigung der Grundwerte der freien Marktwirtschaft. Protektionismus sei zu bekämpfen. Alle Finanzmarktakteure seien in die Regelungs- und Aufsichtssysteme einzubeziehen und die Anreizsysteme auf den Finanzmärkten müssten neu ausgerichtet werden. Sie sprach sich ausdrücklich dafür aus, dass dem Internationalen Währungsfonds eine wichtige Rolle bei der internationalen Finanzmarktarchitektur zukommen solle. Das Präsidentschaftspapier wurde von vielen Mitgliedstaaten als gute Diskussionsgrundlage gewürdigt. Die darin enthaltenen elf Grundsätze, auf die sich der Weltfinanzgipfel einigen solle, fanden – mit Ausnahme eines Grundsatzes – überwiegend die Unterstützung der Finanzminister; kein Einvernehmen bestand zu dem Vorschlag, „eine international abgestimmte Reaktion auf künftige makroökonomische Problemstellungen zu fördern“. Die ECOFIN-Vorsitzende kündigte die Übersendung einer überarbeiteten Fassung des Präsidentschaftspapiers an das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU am 7. November 2008 an.

b) Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit in Europa

Die französische Präsidentschaft hatte diesen Tagesordnungspunkt kurz vor dem ECOFIN-Rat zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen. Grundlage war die Mitteilung der Kommission „Aus der Finanzkrise in den Aufschwung: Ein Aktionsrahmen für Europa“ vom 29. Oktober 2008. Diese Mitteilung umfasst drei Kapitel: 1. Eine neue Finanzmarktarchitektur auf EU-Ebene, 2. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft begrenzen: Rahmen für die Erholung, und 3. Globale Reaktion auf die Finanzkrise.

Die Diskussion im ECOFIN-Rat konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Der luxemburgische Premierminister und Vorsitzende der Eurogruppe Jean-Claude Juncker betonte in der Sitzung des ECOFIN-Rates, dass niemand den SWP in Frage stelle. Die ECOFIN-Vorsitzende Christine Lagarde fasste die Diskussion wie folgt zusammen: Der SWP sei einzuhalten. Bei der Anwendung des SWP solle die Flexibilität genutzt werden, die der Pakt biete. Soweit Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, sollten diese drei Kriterien erfüllen. Sie sollten zeitnah, gezielt und vorübergehend sein. Kommissar Almunia kündigte für den 26. November 2008 eine Konkretisierung der Vorschläge der Kommission an.

Steuern

a) Ermäßigte Mehrwertsteuersätze

Erwartungsgemäß konnte die französische Präsidentschaft kein Einvernehmen des ECOFIN-Rates über ihren Kompromissvorschlag zur Änderung der Mehrwertsteuer-Richtlinie 2006/112/EG erzielen. Mit dem Kompromissvorschlag wollte Frankreich noch über die Vorschläge der Kommission vom 7. Juli 2008 zur Ausweitung des

Anwendungsbereiches für ermäßigte Mehrwertsteuersätze hinausgehen. Betroffen sind vor allem, aber nicht ausschließlich, arbeitsintensive und lokal erbrachte Dienstleistungen einschließlich Dienstleistungen des Gaststättengewerbes. Bundesminister Steinbrück machte in der Sitzung am 4. November 2008 deutlich, dass in der kurzen Grundsatzdiskussion über die Sinnhaftigkeit ermäßigter Mehrwertsteuersätze in der vorangegangenen ECOFIN-Tagung viele Fragen offen geblieben seien. Er erklärte, er vermisse einen systematischen Ansatz zur Änderung der Richtlinie und könne dem vorliegenden Vorschlag nicht zustimmen. Deutschland wurde von mehreren anderen Mitgliedstaaten unterstützt; andere Mitgliedstaaten hingegen befürworteten den Präsidentschaftsansatz. Die ECOFIN-Vorsitzende beendete diesen Tagesordnungspunkt mit der Aufforderung an die Ratsarbeitsgruppe und den Ausschuss der Ständigen Vertreter, ihre Arbeiten entschlossen fortzusetzen, damit der ECOFIN-Rat am 2. Dezember 2008 zu einem Ergebnis kommen könne.

b) Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs; Vorschläge für Änderungen der Mehrwertsteuer-Richtlinie und der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zum Zweck der Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen

Der ECOFIN-Rat erzielte Einvernehmen über die Vorschläge für Änderungen der Mehrwertsteuer-Richtlinie und der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zum Zweck der Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen. Der Kompromiss sieht im Unterschied zum Vorschlag der Kommission vor, dass die Mitgliedstaaten vom Grundsatz der monatlichen Abgabe der Zusammenfassenden Meldung abweichen und die quartalsweise Abgabe der Zusammenfassenden Meldungen betreffend Dienstleistungen generell zulassen können. Die quartalsweise Abgabe für innergemeinschaftliche Warenlieferungen können die Mitgliedstaaten dann zulassen, wenn die innergemeinschaftlichen Warenlieferungen eines Unternehmers einen

Schwellenwert in Höhe von 100 000 € im laufenden oder einem der vier vorangegangenen Quartale nicht überschreiten. Die Festlegung des Schwellenwertes auf 100 000 € soll ab dem 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2012 gelten, danach reduziert sich der Schwellenwert auf 50 000 €. Die Kommission wird im Jahr 2011 einen Bericht über die Effekte der Regelungen auf die Betrugsbekämpfung vorlegen. Bundesminister Steinbrück bedauerte, dass die Fristverkürzung damit deutlich weniger ambitioniert ausgefallen sei als von der Kommission vorgeschlagen, stimmte im Kompromisswege aber zu. Die Rechtstexte sollen nun bis zur Tagung des ECOFIN-Rates am 2. Dezember 2008 finalisiert werden.



c) Allgemeines Verbrauchsteuersystem

Der ECOFIN-Rat erzielte im Wesentlichen Einvernehmen über den vorliegenden Kompromissvorschlag für eine Richtlinie über das allgemeine Verbrauchsteuersystem, die die entsprechende Richtlinie aus dem Jahre 1992 ersetzen soll. Ziel ist vor allem die Schaffung eines Rechtsrahmens für den Einsatz eines EDV-Systems zur Kontrolle der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren. Zu der von einem Mitgliedstaat angestrebten Übergangsregelung für Duty-Free-Geschäfte an Landgrenzen, nach der diese bis 2017 weiterbetrieben werden dürfen, konnte ein Einvernehmen im Grundsatz hergestellt werden. Ein anderer Mitgliedstaat konnte jedoch aus innenpolitischen Gründen sein Parlament noch nicht mit dem Vorgang befassen. Die ECOFIN-Vorsitzende kündigte an, die Stellungnahme dieses Mitgliedstaates abwarten zu wollen.

d) Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein

Dieser Tagesordnungspunkt war auf deutschen Wunsch in die Tagesordnung aufgenommen

worden. Die EU-Kommission verhandelt seit Sommer 2007 mit Liechtenstein über ein Betrugsbekämpfungsabkommen, das Liechtenstein unter anderem zum steuerlichen Informationsaustausch verpflichten soll. Bundesminister Steinbrück machte in der Sitzung deutlich, dass der bisher zwischen der Kommission und Liechtenstein ausgehandelte Abkommensentwurf für Deutschland inakzeptabel sei. Ein umfassender Informationsaustausch auch im allgemeinen Besteuerungsverfahren (und nicht nur bei Steuerbetrug) würde nicht sichergestellt. Ziel müsse es sein, mit Liechtenstein ein Abkommen abzuschließen, dass mit Artikel 26 des OECD-Musterabkommens vereinbar sei. Er wies darauf hin, dass die USA ein weitergehendes Abkommen mit Liechtenstein ausgehandelt habe und forderte die Kommission auf, die Verhandlungen fortzuführen. Eine Reihe von Mitgliedstaaten unterstützten Deutschland; zwei Mitgliedstaaten erklärten hingegen ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluss des Abkommens. Kommissar Kovacs vertrat die Auffassung, das bestehende Verhandlungsmandat der Kommission sei ausgeschöpft. Für weitergehende Verhandlungen sei ein neues Mandat erforderlich. Die ECOFIN-Vorsitzende zog die Schlussfolgerung, die Verhandlungen seien auf der Grundlage des bestehenden Mandats fortzuführen, um weitere Zusicherungen für eine effektive Amtshilfe insbesondere in Bezug auf Stiftungen zu erreichen.

Klimawandel und Stabilisierung der Ausgleichspreise im Rahmen des Emissionshandelssystems nach 2012

Der polnische Finanzminister informierte seine Kollegen über seine Befürchtung, dass die Einführung des Emissionshandelssystems nach 2012 zu einer signifikanten Preiserhöhung sowie zu übermäßigen Preisschwankungen bei Emissionszertifikaten führen könnte. Die ECOFIN-Vorsitzende kündigte an, den federführenden Umwelttrat zu informieren. Sie bat den Wirtschafts- und Finanzausschuss, für den ECOFIN-Rat am 2. Dezember 2008 eine Analyse der zu erwartenden Effekte auf die Preise vorzulegen.

Lissabon-Strategie

Die ECOFIN-Vorsitzende kündigte weitere Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und der Kommission zur Lissabon-Strategie an. Diese könnten dann der kommenden tschechischen Präsidentschaft als Basis für die Fortführung der Diskussion der Lissabon-Strategie dienen.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar: http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 1./2. Dezember 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 11./12. Dezember 2008 – Europäischer Rat in Brüssel
- 19./20. Januar 2009 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 28. Januar bis 1. Februar 2009 – World Economic Forum in Davos

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 20. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 27. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 2. Juli 2008 – Kabinettsbeschluss
- 2. Juli 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4. und 5. November 2008 – Steuerschätzung
- 20. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008
Januar 2009	Dezember 2008	30. Januar 2009
Februar 2009	Januar 2009	20. Februar 2009
März 2009	Februar 2009	20. März 2009
April 2009	März 2009	23. April 2009
Mai 2009	April 2009	20. Mai 2009
Juni 2009	Mai 2009	22. Juni 2009
Juli 2009	Juni 2009	20. Juli 2009
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
 Referat Bürgerangelegenheiten
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin
 buergerreferat@bmf.bund.de
 www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
 telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
 per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>



Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008	39
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2008	57
Internationale Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte	61
Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs	65

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008

1	Vorbemerkungen	39
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	39
2.1	Gesamtwirtschaftliche Annahmen der Steuerschätzung und Gesamtergebnis	39
2.2	Abweichungen von der Mai-Schätzung	40
2.3	Entwicklung wichtiger Einzelsteuern	42
3	Fazit	43

- Das Schätzergebnis liegt für 2008 deutlich und für 2009 knapp über dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung. Der Bund muss für 2009 allerdings mit Mindereinnahmen rechnen.
- Der Gewerbesteuer-Boom führt zu hohen Mehreinnahmen insbesondere bei den Kommunen.
- Die Konjunkturabschwächung schlägt in 2009 vor allem bei den gewinnabhängigen Steuern negativ zu Buche.

1 Vorbemerkungen

Vom 4. bis 5. November 2008 fand in Hildesheim auf Einladung des Finanzministeriums des Landes Niedersachsen die 132. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2008 und 2009. Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für das Jahr 2009 wurden gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2008 die finanziellen Auswirkungen des Eigenheimrentengesetzes und des Gesetzes zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes berücksichtigt. Die in der Mai-Schätzung für die Jahre 2008 bis 2010 unterstellten finanziellen Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“ verschieben sich um ein weiteres Jahr nach hinten. Grund ist ein vor dem Finanzgericht Köln anhängiges Verfahren, in dem es insbesondere um Formerfordernisse an die von ausländischen Gesellschaften ausgestellten Steuerbescheinigungen geht.

2 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

2.1 Gesamtwirtschaftliche Annahmen der Steuerschätzung und Gesamtergebnis

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt. Danach werden für den Schätzzeitraum 2008 und 2009 für das nominale Bruttoinlandsprodukt Zuwachsraten von + 3,0 % bzw. + 2,0 % erwartet (vgl. Tabelle 1, siehe S. 40). Dies entspricht gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2008 Abwärtskorrekturen von – 0,4 bzw. – 0,7 Prozentpunkten.

Auch bei für die Steuerschätzung relevanten Einzelaggregaten sind in der Herbstprojektion deutliche Anpassungen vorgenommen worden. Dies betrifft in besonderem Maße die erwarteten Steigerungsraten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die für die Jahre 2008 und

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ für die Steuerschätzungen Mai 2008 und November 2008

	2008		2009	
	Steuerschätzung Mai 2008	Steuerschätzung Nov. 2008	Steuerschätzung Mai 2008	Steuerschätzung Nov. 2008
BIP nominal in % gegenüber Vorjahr	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,0
BIP real in % gegenüber Vorjahr	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme in % gegenüber Vorjahr	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,8	+ 2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen in % gegenüber Vorjahr	+ 5,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 1,2
Modifizierte letzte inländische Verwendung in % gegenüber Vorjahr	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7

2009 deutlich zurückgenommen wurden: Für 2008 erfolgte eine Absenkung von + 5,5 % auf + 2,8 % und für 2009 von + 3,4 % auf + 1,2 %.

Auch die Entwicklung des privaten Verbrauchs wird jetzt schwächer eingeschätzt als im Mai. Die sogenannte modifizierte inländische Verwendung wird in beiden Jahren voraussichtlich nur um + 2,7 % zunehmen.

Dagegen ist der Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltssumme im Jahr 2008 im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung von + 3,6 % auf + 3,9 % nach oben korrigiert worden. Für 2009 wird hier nur ein geringfügig schwächerer Zuwachs unterstellt als im Mai angenommen.

Unter diesen gesamtwirtschaftlichen Prämissen geht der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ davon aus, dass sich die Steuereinnahmen im Jahr 2008 auf insgesamt 561,8 Mrd. € belaufen werden (vgl. Tabelle 2, siehe S. 41). Das sind + 4,4 % mehr als im Vorjahr. Für 2009 wird eine weitere Steigerung des Aufkommens um + 1,8 % auf 572,0 Mrd. € erwartet. Die Konjunkturabschwächung kommt somit auch in den angenommenen Zuwachsraten des Gesamtsteueraufkommens bereits deutlich zum Ausdruck.

2.2 Abweichungen von der Mai-Schätzung

Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2008 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2008 voraussichtlich um + 7,4 Mrd. € höher ausfallen (vgl. Tabelle 3, siehe S. 41). Davon entfallen allein 6,0 Mrd. € auf die Gewerbesteuer (vgl. Tabelle 4, siehe S. 42), die sich völlig anders entwickelt hat als im Mai angenommen. Für den Bund ergeben sich Mehreinnahmen von lediglich + 0,4 Mrd. €. Die Länder profitieren im Vergleich zum Bund mit einem Aufkommenszuwachs von + 1,7 Mrd. € stärker, weil sich die reinen Ländersteuern etwas besser entwickeln als die reinen Bundessteuern. Die großen Gewinner sind jedoch die Gemeinden, die über + 5,7 Mrd. € mehr verfügen können als noch im Mai zu erwarten war.

Auch im Jahr 2009 wird das Steueraufkommen voraussichtlich über dem Schätzergebnis vom Mai 2008 liegen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat seinen Schätzansatz für 2009 leicht um + 1,0 Mrd. € angehoben. Bei der Interpretation dieses Zuwachses ist allerdings zu berücksichtigen, dass die erneute Verschiebung der Auswirkungen der Rechtssache „Meilicke“ um ein Jahr zu Mehreinnahmen von + 3,2 Mrd. € im Vergleich zur Mai-Schätzung führt.

Während der Bund u.a. aufgrund eines deutlichen Rückgangs bei den reinen Bundessteuern

Tabelle 2: Ergebnisse der Steuerschätzung November 2008

	Ist	Schätzung	
	2007	2008	2009
1. Bund (Mrd. €)	230,1	238,7	246,9
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	12,9	3,7	3,5
2. Länder (Mrd. €)	213,2	221,7	225,5
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	9,3	4,0	1,7
3. Gemeinden (Mrd. €)	72,7	78,3	77,9
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,0	7,8	-0,5
4. EU (Mrd. €)	22,2	23,1	21,7
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	0,5	3,7	-5,9
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	538,2	561,8	572,0
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	10,2	4,4	1,8

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2008 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008 – Ebenen

2008	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung November 2008
			davon:			
			Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
	in Mrd. €					
Bund ³	238,3	0,4	0,1	0,1	0,1	238,7
Länder ³	220,0	1,7	0,1		1,6	221,7
Gemeinden ³	72,6	5,7	0,0		5,7	78,3
EU	23,5	– 0,4	0,0	– 0,1	– 0,2	23,1
Steuereinn. insg.	554,4	7,4	0,3	0,0	7,1	561,8
2009	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung November 2008
			davon:			
			Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
	in Mrd. €					
Bund ³	249,1	– 2,2	1,5	– 0,6	– 3,0	246,9
Länder ³	225,7	– 0,3	1,3		– 1,6	225,5
Gemeinden ³	74,6	3,3	0,3		3,0	77,9
EU	21,6	0,1	0,0	0,6	– 0,5	21,7
Steuereinn. insg.	571,1	1,0	3,1	0,0	– 2,1	572,0

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ 2008 ff: Finanzielle Auswirkungen EuGH-Urteil "Meilicke".

2009 ff: Eigenheimrentengesetz.

Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Mindereinnahmen von – 2,2 Mrd. € verkraften muss und die Länder leichte Einbußen von – 0,3 Mrd. € zu verzeichnen haben, können die Gemeinden im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung mit deutlich höheren Steuereinnahmen (+ 3,3 Mrd. €) rechnen.

2.3 Entwicklung wichtiger Einzelsteuern

Die Einschätzung der Lohnsteuerentwicklung hat sich seit Mai wenig geändert. Der alte Ansatz wird voraussichtlich in beiden Schätzjahren ganz leicht übertroffen (vgl. Tabelle 4).

Die veranlagte Einkommensteuer hat sich im Jahre 2008 ausgesprochen positiv entwickelt. Ihr Aufkommen dürfte um + 2,4 Mrd. € über dem Ansatz vom Mai liegen. Ausgehend von dieser höheren Basis unter Berücksichtigung des bereits angesprochenen „Meilicke-Effekts“ wird für 2009 sogar ein Zuwachs von + 4,8 Mrd. € erwartet.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und der Zinsabschlag profitieren in diesem Jahr von hohen Dividenden- und Zinszahlungen. Für

das kommende Jahr ergibt sich jedoch ein differenziertes Bild: Der Rückgang der Gewinne wird im Jahr 2009 aller Voraussicht nach zu geringeren Ausschüttungen und damit auch zu geringeren Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag führen als im Mai angenommen. Beim Zinsabschlag dürften sich hingegen noch leichte Mehreinnahmen ergeben, insbesondere auch infolge der Umschichtung von Aktienanlagen in festverzinsliche Wertpapiere.

Starke Einbußen erwartet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ im Jahr 2009 bei der Körperschaftsteuer, deren Aufkommen bereits in diesem Jahr den Zielwert der Mai-Schätzung nicht erreichen dürfte.

Bei der Gewerbesteuer wurde im Mai – auch angesichts der Unternehmensteuerreform – von einem deutlichen Aufkommensrückgang im Jahre 2008 ausgegangen. Tatsächlich haben sich die Einnahmen jedoch kräftig erhöht. Hierzu ist anzumerken, dass die Schätzung des Gewerbesteueraufkommens deshalb besonders schwierig ist, weil Zahlen über die Ist-Einnahmen nur vierteljährlich und mit einer Verzögerung von drei Monaten verfügbar sind. Daher lagen im Mai noch keine Zahlen für das laufende Jahr vor.

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2008 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008 – Einzelsteuern

Steuerart	Abweichung (Beträge in Mio. €)	
	2008	2009
Lohnsteuer	100	250
veranlagte Einkommensteuer	2 400	4 800
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	320	–1 975
Zinsabschlag	955	906
Körperschaftsteuer	–1 590	–3 620
Steuern vom Umsatz	– 350	–1 050
Gewerbesteuer	6 000	2 750
Bundessteuern zusammen	– 443	– 713
Energiesteuer	– 400	– 700
Stromsteuer	– 150	– 150
Tabaksteuer	– 20	110
Versicherungsteuer	50	50
Solidaritätszuschlag	100	0
sonstige Bundessteuern	– 23	– 23
Ländersteuern zusammen	21	– 25
Gemeindesteuern zusammen	180	150
Zölle	– 240	– 510
Steuereinnahmen insgesamt	7 353	963

Die Steuern vom Umsatz liegen für 2008 weitgehend im Soll, werden aber 2009 angesichts des schwächeren gesamtwirtschaftlichen Umfeldes um gut – 1 Mrd. € unter den Erwartungen vom Mai liegen.

Die Bundessteuern liegen für beide Schätzjahre unter den Ansätzen aus dem Mai. Ein wichtiger Einflussfaktor hierfür sind die hohen Energiepreise, die zu Verbrauchseinschränkungen geführt haben und sich in entsprechend geringeren Einnahmen aus der Energiesteuer und der Stromsteuer niederschlagen.

Bei den reinen Länder- und Gemeindesteuern sind kaum Abweichungen von der Mai-Steuer-schätzung zu verzeichnen.

3 Fazit

Sieht man von der deutlichen Unterschätzung des Gewerbesteueraufkommens ab, erreicht das Steueraufkommen in diesem Jahr insgesamt etwa das im Mai unterstellte Niveau. Die Konjunkturabschwächung führt dazu, dass insbesondere die Ansätze für die gewinnabhängigen Steuern im Jahre 2009 kräftig nach unten revidiert werden mussten. Die insgesamt höhere Ausgangsbasis 2008 und der Sonderfall „Meilicke“ lassen das Ergebnis für 2009 mit einem Plus von + 1 Mrd. € aber noch vergleichsweise positiv erscheinen. In vollem Umfang wird sich der Konjunkturéinbruch erst im Aufkommen der Folgejahre widerspiegeln.



Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bis September 2008

1	Zusammenfassung der Entwicklung bis zum 3. Quartal 2008	45
2	Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ..	47
3	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008	49
4	Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen bis September 2008	52
5	Entwicklung der Einnahmen bis September 2008	55

- Die mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz getroffenen Maßnahmen wirken sich nicht auf den Bundeshaushalt 2008 aus.
- Gleichwohl bleibt auch die Entwicklung des Bundeshaushaltes 2008 von der aktuellen Finanzmarktkrise nicht gänzlich unbeeinflusst. Aufgrund der aktuellen Marktsituation werden 2008 deutlich weniger Privatisierungserlöse vereinnahmt werden können, als im Haushaltsplan mit 10,7 Mrd. € veranschlagt sind.
- Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts kann erst später als vorgesehen erreicht werden. An dem eingeschlagenen und äußerst erfolgreichen Konsolidierungskurs hält die Bundesregierung jedoch unverändert fest.

1 Zusammenfassung der Entwicklung bis zum 3. Quartal 2008

Das Haushaltsgesetz 2008 wurde am 30. November 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 22. Dezember 2007 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3227) verkündet.

Ausgaben: Zum Ende des 3. Quartals 2008 betrugen die Ausgaben des Bundes 216,8 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Steigerung um 10,9 Mrd. € (+ 5,3 %). Der Ausgabenanstieg ist vor allem auf die Ende 2007 wieder aufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse (4,2 Mrd. €), die zu Jahresbeginn erfolgte Darlehenszusage an die KfW im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Kapitalmaßnahme zugunsten der IKB Deutsche Industriebank AG (1,2 Mrd. €) sowie eine Rückzahlung

einer Beihilfe an die Deutsche Post AG (1,1 Mrd. €) zurückzuführen (vgl. auch Tabelle 8, siehe S. 55).

Die investiven Ausgaben lagen in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 bei 15,4 Mrd. € und sind im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,2 Mrd. € leicht gestiegen.

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) lagen bis Ende September 2008 bei 192,2 Mrd. €. Sie übertrafen damit das Ergebnis für den Vergleichszeitraum des Vorjahres um 9,5 Mrd. € (+ 5,2 %). Mit Mehreinnahmen in Höhe von 8,0 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben sich die Steuereinnahmen weiter positiv entwickelt. Bis Ende September lagen diese bei 171,1 Mrd. € (+ 4,9 %). Entscheidenden Anteil am Zuwachs haben die Bundesanteile an den Gemeinschaftssteuern: Lohnsteuer + 3,2 Mrd. € (+ 8,2 %), Veranlagte Einkommensteuer + 2,8 Mrd. € (+ 40,6 %) sowie Steuern vom Umsatz + 2,3 Mrd. € (+ 3,4 %).

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	283,2	216,8	205,9	+ 10,9	+ 5,3
2. Einnahmen	271,1	192,2	182,8	+ 9,5	+ 5,2
– Steuereinnahmen	238,0	171,1	163,1	+ 8,0	+ 4,9
– Verwaltungseinnahmen	33,1	21,1	19,6	+ 1,5	+ 7,6
Einnahmen ./.. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 12,1	– 24,5	– 23,1	– 1,5	+ 6,3
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo ²	11,9	1,5	– 6,8	+ 8,3	X
Kassenmäßiger Fehlbetrag	–	22,9	29,6	– 6,7	– 22,6
Münzeinnahmen	0,2	0,1	0,2	– 0,1	– 54,8
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	24,7	15,4	15,2	+ 0,2	+ 1,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Soll: Nettokreditaufnahme, unterjährig: aktueller Kapitalmarktsaldo.

Die Verwaltungseinnahmen sind um 1,5 Mrd. € bzw. +7,6 % gestiegen. Hier wirkte sich besonders der erstmalig in diesem Jahr von der Bundesagentur für Arbeit (BA) an den Bund zu leistende Eingliederungsbeitrag positiv aus. Bis Ende September 2008 beliefen sich die Abschlagszahlungen auf 3,75 Mrd. €. Im Gegenzug sind die Einnahmen des Ende 2007 abgeschafften Aussteuerungsbetrages der BA weggefallen (–1,5 Mrd. €).

Finanzierungssaldo: Der Finanzierungssaldo für die ersten drei Quartale des Jahres 2008 lag bei –24,5 Mrd. €. Dies sind 1,5 Mrd. € bzw. +6,3 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dem stehen ein aktueller Kapitalmarktsaldo von 1,5 Mrd. € und ein kassenmäßiger Fehlbetrag von 22,9 Mrd. € gegenüber.

Bei der Bewertung der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Haushaltsentwicklung innerhalb eines Jahres nicht gleichmäßig verläuft. Aufgrund der aktuellen Finanzmarktsituation muss davon ausgegangen werden, dass in 2008 deutlich weniger Privatisierungserlöse vereinbart werden können, als im Haushaltsplan mit 10,7 Mrd. € veranschlagt sind. Eine gesicherte Prognose zur voraussichtlichen Nettokreditaufnahme im Jahresabschluss des Bundeshaushalts ist derzeit noch nicht möglich. Dies gilt umso mehr, als die tatsächlichen kassenmäßigen Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der eingetrübten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

auf die Steuereinnahmen des letzten Quartals, welches erfahrungsgemäß mit einem Volumen von knapp 70 Mrd. € einen überproportional hohen Anteil am Jahresergebnis ausmacht, nur schwer greifbar sind.

Ausblick: Der Bundeshaushalt 2009 befindet sich in der Beratung. Die 2./3. Lesung im Bundestag findet in der Zeit vom 25. bis 28. November 2008 statt. Die zweite Beratung im Bundesrat ist für den 19. Dezember vorgesehen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise und den verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss damit gerechnet werden, dass sich die für 2009 vorgesehene Nettokreditaufnahme nicht halten lässt und sich auch das bisherige Ziel eines Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung in 2011 nicht realisieren lassen wird. Gleichwohl wird die Bundesregierung den von der Großen Koalition festgelegten Konsolidierungskurs beibehalten und alles tun, um baldmöglichst einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne neue Schulden zu erreichen.

2 Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

In Tabelle 2 sind wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Zeitraum Januar bis einschließlich September 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum dargestellt:

Postbeamtenversorgungskasse: Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Leistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Die Postbeamtenversorgungskasse konnte durch den Verkauf ihrer Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen ihren Bedarf in den Jahren 2005 bis 2007 fast vollständig ohne Bundeszuschüsse decken. Ab 2008 setzen nunmehr die gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen des Bundes wieder in vollem Umfang ein.

Elterngeld/Erziehungsgeld (Neuregelung der Familienförderung): Ab dem 1. Januar 2007 wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt. Eltern, deren Kinder bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben aber weiterhin Anspruch auf Erziehungsgeld. Die bis September 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,3 Mrd. € gestiegenen Ausgaben beim Elterngeld ergeben sich hauptsächlich aus dem größeren Bezieherkreise. Im Laufe des Jahres 2008 wird annähernd die volle Berechtigtenzahl erreicht. Demgegenüber gehen die Ausgaben für das Erziehungsgeld wegen sinkender Berechtigtenzahlen zurück.

Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung: Der Anstieg der Ausgaben spiegelt die Erhöhung der Ausgabenansätze 2008 im Einzelplan 14 um über 1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr wider. Im Jahresverlauf fließen die Mittel nicht gleichmäßig ab.

Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile: Der Bund hatte die KfW im Februar 2008 beauftragt, zur Rettung der IKB Deutsche Industriebank AG kapitalstärkende

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	4,2	–	+ 4,2	X
Elterngeld	4,0	3,2	0,8	+ 2,3	X
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	21,8	20,2	+ 1,6	+ 7,7
Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile	–	1,2	–	+ 1,2	X
Erstattungen an die Deutsche Post AG im Rah- men eines Beihilfeverfahrens	–	1,1	–	+ 1,1	X
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Erziehungsgeld	0,5	0,6	1,7	– 1,1	– 64,0
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	34,9	25,8	26,7	– 1,0	– 3,7
Bundeseisenbahnvermögen	5,1	2,8	3,6	– 0,8	– 22,7
nachrichtlich: Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	–	–

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Anmerkung: Unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabeänderungen haben oftmals lediglich buchungstechnische Gründe. Ursache hierfür sind ggf. ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im weiteren Jahresverlauf aufheben.

Maßnahmen zu ergreifen, um Risiken für den Finanzsektor und die deutsche Volkswirtschaft abzuwenden. Zum Ausgleich daraus entstehender Verluste erhielt die KfW vom Bund ein bedingt rückzahlbares unverzinsliches Darlehen im Nominalwert von 1,2 Mrd. €.

Erstattungen an die Deutsche Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens: Der Bund hat der Deutschen Post AG (DP-AG) am 1. August 2008 einen Betrag in Höhe von 1,067 Mrd. € erstattet. Hintergrund ist ein Beihilfeverfahren der EU-Kommission. Das Europäische Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften hatte kurz zuvor eine Beihilfeentscheidung der EU-Kommission aus dem Jahre 2002 aufgehoben. Daraus ergab sich ein Rückerstattungsanspruch der DP-AG.

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Der Rückgang der Ausgaben spiegelt die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wider. Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bis zum Ende des 3. Quartals um 0,8 Mrd. € geringeren Ausgaben für das Arbeitslosengeld II ergeben sich aus dem Sinken der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Der Rückgang der Ausgaben für die Beteiligung des Bundes an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung um 0,3 Mrd. € hat zwei Ursachen. Zum einen ist dies grundsätzlich die sinkende Anzahl an Bedarfsgemeinschaften und zum anderen ist aus diesem Grund die durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung im Jahr 2008 mit 29,2% um 2,6 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2007 mit 31,8%. Die Verwaltungskosten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind um 0,1 Mrd. € geringer als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die um 0,3 Mrd. € gestiegenen Ausgaben für Eingliederung (+ 0,3 Mrd. €) bei einem Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften unterstreichen die Anstrengungen der Träger, die Hilfebedürftigen entsprechend der Intention des SGB (Sozialgesetzbuch) II bei der Integration in Erwerbstätigkeit zu unterstützen (vgl. auch Tabelle 3, S. 51).

Bundeseisenbahnvermögen: Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 0,8 Mrd. € niedrigere Erstattung resultiert im Wesentlichen aus dem Zahlungseingang der Erlöse aus

der Privatisierung des Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH, der zu einer Absenkung der Erstattungsleistung des Bundes führt.

Bundesbankgewinn: Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 11. März 2008 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 festgestellt. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 4,285 Mrd. € ist von der Deutschen Bundesbank am selben Tag an den Bund abgeführt worden. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Es wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. € im Bundeshaushalt vereinnahmt. Der überschießende Betrag von 0,785 Mrd. € wurde – wie es die gesetzliche Regelung seit 1999 vorschreibt – zur Schuldentilgung beim Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt.



3 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Steuerpolitik

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912), welches zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland deutlich erhöht. Nationalen wie internationalen Investoren werden attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen wird langfristig gesichert und ein weiterer Verlust an der Steuerbasis verhindert. Für das Jahr 2008 werden Steuermindereinnahmen in Höhe von 6,6 Mrd. € erwartet. Auf mittlere Sicht soll eine jährliche steuerliche Entlastung von 5 Mrd. € nicht überschritten werden.

Die Kernelemente der Reform sind:

- die **Senkung des Körperschaftsteuersatzes** von 25 % auf 15 % sowie die gleichzeitige Senkung der Messzahl für die Berechnung der Gewerbesteuer auf 3,5 %, sodass einschließlich Solidaritätszuschlag eine nominale steuerliche Gesamtbelastung von 29,83 % (bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 400 %), also eine Senkung um fast 9 Prozentpunkte erreicht wird;
- eine **Tarifvergünstigung für thesaurierte Gewinne** von Personenunternehmen, die Belastungsgleichheit mit Kapitalgesellschaften herstellt;
- als besondere Mittelstandskomponente die Umgestaltung der bisherigen Ansparabschreibung nach § 7g EStG in einen verbesserten und einfacher zu handhabenden Investitionsabzugsbetrag für kleine und mittlere Unternehmen;
- die Erhöhung des Faktors zur **Anrechnung der Gewerbesteuer** auf die Einkommensteuer von 1,8 % auf 3,8 % – damit werden die meisten Personenunternehmen im wirtschaftlichen Ergebnis vollständig von der Gewerbesteuer entlastet;
- die Einführung einer **„modifizierten Zins-schranke“** bei einer Freigrenze in Höhe von 1 Mio. € mit dem Ziel, einen im Verhältnis zu den

geltend gemachten Finanzierungsaufwendungen angemessenen Gewinn zu versteuern, sowie – eine Hinzurechnung in Höhe von 25 % aller Zinsen und der Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen bei der Ermittlung des Gewerbeertrags (bei Gewährung eines Freibetrags in Höhe von 100 000 €).

Mit dem **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2332) wurden die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vereinbarungen insbesondere zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement durch eine Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts umgesetzt („Hilfen für Helfer“). Bürgerschaftliches Engagement wird rückwirkend ab Januar 2007 mit einem Volumen von rund 490 Mio. € jährlich stärker steuerlich gefördert als vorher.

Mit dem **„Zweiten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“** vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) wurden die Gewinn Grenzen für die Buchführungspflicht für kleine und mittlere Unternehmen von 30 000 € auf 50 000 € angehoben.

Im Rahmen des **Jahressteuergesetzes 2008 vom 20. Dezember 2007** (BGBl. I S. 3150) wurde eine Vielzahl von Regelungen beschlossen, die insbesondere den Bürokratieabbau und die Steuerrechtsvereinfachung, die Umsetzung europarechtlicher Vorgaben sowie fachliche Einzelmaßnahmen zum Gegenstand haben.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung: Nachdem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt wurden (Haushaltsbegleitgesetz 2006), werden beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssatzsenkung um 0,9 Prozentpunkte auf dann 3,3 % nachhaltig entlastet (bei gleichzeitiger Erhöhung des Pflegebeitrages um 0,25 Prozentpunkte zum 1. Juli 2008). Möglich wurde diese weitere Beitragssatzsenkung durch die mit der erfreulichen

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einhergehende positive Entwicklung des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Ab 2009 wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung dauerhaft auf 3,0 % festgelegt und zusätzlich vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2010 vorübergehend auf 2,8 % abgesenkt. Damit können die Ziele einer größtmöglichen Beitragssenkung sowie einer langfristig stabilen Finanzplanung für den Haushalt der BA vereint werden.

Aussteuerungsbetrag/Eingliederungsbeitrag: Der von der BA an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag nach § 46 Abs. 4 SGB II wurde zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen wurde die BA ab dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag zur Hälfte an den vom Bund zu tragenden Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt. Dies sind 5 Mrd. € in 2008. Mit dem reformierten Instrument sollen Anreize für die BA gesetzt werden, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag entsprechend zu vermindern. Weiterhin bleibt eine Ausgleichskomponente erhalten, weil die BA durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von bis dahin erbrachten Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen für Langzeitarbeitslose entlastet worden ist.

Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für Ältere (7. Gesetz zur Änderung des SGB III vom 8. April 2008, BGBl. I vom 11. April 2008 S. 681): Die Reformen am Arbeitsmarkt und die gute konjunkturelle Entwicklung haben dazu beigetragen, dass die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer deutlich gestiegen ist. Gleichwohl gestaltet sich die berufliche Wiedereingliederung für viele ältere Arbeitnehmer nach wie vor schwierig. Deshalb soll die soziale Sicherung der älteren Arbeitnehmer und ihre Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Als zusätzliches Förderinstrument wurde ein Eingliederungsgutschein eingeführt. Dieser unterstützt die betroffenen älteren Arbeitnehmer bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. In den Eingliederungsvereinbarungen, die die Agenturen für Arbeit mit den betroffenen älteren Arbeitnehmern treffen, werden gleichzeitig notwendige Eigenbemühun-

gen festgehalten. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose hat sich wie folgt verlängert: 15 Monate ab 50 Jahren (30 Monate Vorversicherungszeiten (VVZ) innerhalb der letzten fünf Jahre), 18 Monate ab 55 Jahren (36 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre) und 24 Monate ab 58 Jahren (48 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre).

Für **Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit** ist das Programm „Kommunal-Kombi“ seit dem 1. Januar 2008 in Kraft: Bis 31. Dezember 2009 sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Förderfähig sind insgesamt 79 Regionen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von mindestens 15 %. Das Programm richtet sich an Menschen, die seit mindestens einem Jahr Arbeitslosengeld II beziehen und seit zwei oder mehr Jahren arbeitslos sind.

Weitere wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Mit dem **22. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)** vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254) erhöhten Bund und Länder ihre Leistungen erheblich. Durch die Kombination von Maßnahmen werden rund 100 000 Studenten (einschl. Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung erreicht. Dies macht es für viele attraktiver, ein Studium aufzunehmen, und trägt somit zum Ziel einer breiteren Beteiligung an Hochschulbildung erheblich bei. Im Ergebnis steigen die BAföG-Bedarfssätze um 10 %. Die Freibeträge werden um 8 % angehoben. Außerdem wurde die Hinzuverdienstgrenze für alle Auszubildenden auf die auch für sog. „Minijobs“ geltende Einkommensgrenze von 400 € monatlich ausgedehnt. Diese Änderungen sind zum 1. Oktober 2008 in Kraft getreten. Sofort nach Inkrafttreten der BAföG-Novelle wirksam ist der für Auszubildende mit Kindern gezahlte Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von 113 € monatlich für das erste und 85 € für jedes weitere Kind.

Kinderzuschlag: Der Kinderzuschlag, der monatlich bis zu 140 € pro Kind beträgt, ist eine gezielte ergänzende Sozialleistung für Familien zur Vermeidung einer durch Kinder entstehenden

den Hilfebedürftigkeit nach SGB II. Das Instrument ist zum 1. Oktober 2008 weiterentwickelt worden. Die Mindesteinkommensgrenze ist deutlich abgesenkt und einheitlich festgelegt worden. Die Anrechnung für Einkommen aus Erwerbstätigkeit wurde von 70 % auf 50 % abgesenkt. Außerdem wurde ein Wahlrecht neu eingeführt zwischen der Inanspruchnahme von

Kinderzuschlag und Leistungen der Grundsicherung für jenen Personenkreis, der bei Beantragung von Arbeitslosengeld II Anspruch auf Leistungen für einen Mehrbedarf hätte. Damit profitieren rund 150 000 Kinder mehr vom Kinderzuschlag. Dies führt im Bundeshaushalt zu Mehrausgaben in Höhe von 49 Mio. € für das Jahr 2008 und in Höhe von 232,5 Mio. € für das Jahr 2009.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,2	64,0	64,0	+ 0,02	+ 0,03
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,2	31,8	31,8	+ 0,02	+ 0,1
– zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,2	15,2	14,9	+ 0,3	+ 1,8
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	8,6	8,7	– 0,1	– 0,6
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,4	0,4	– 0,03	– 8,6
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche/hüttenknappschaftliche RV	6,2	5,1	5,2	– 0,2	– 2,9
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	2,2	2,1	+ 0,01	+ 0,5
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondernversorgungssysteme in die RV	1,6	1,3	1,3	– 0,02	– 1,9
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	1,3	–	–
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	3,1	2,9	+ 0,2	+ 6,7
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	1,7	1,7	– 0,03	– 1,6
– Krankenversicherung	1,2	1,0	0,9	+ 0,03	+ 2,8
– Unfallversicherung	0,1	0,4	0,2	+ 0,2	X
Arbeitsmarktpolitik	42,9	31,9	32,1	– 0,3	– 0,9
darunter:					
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,6	5,7	4,9	+ 0,8	+ 17,3
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,4	0,4	0,6	– 0,1	– 25,4
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	34,9	25,8	26,7	– 1,0	– 3,7
darunter:					
– Arbeitslosengeld II	20,9	16,6	17,4	– 0,8	– 4,7
– Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,9	2,9	3,3	– 0,3	– 9,7
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	3,6	2,6	2,6	– 0,1	– 2,6
– Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,4	3,6	3,3	+ 0,3	+ 7,6
Elterngeld	4,0	3,2	0,8	+ 2,3	X
Erziehungsgeld	0,5	0,6	1,7	– 1,1	– 66,8
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,1	0,1	+ 0,01	+ 8,2
Wohngeld	1,0	0,7	0,8	– 0,1	– 10,9
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,4	0,4	+ 0,003	+ 0,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,3	1,8	2,0	– 0,2	– 9,5

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

4 Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen bis September 2008

Soziale Sicherung

In Tabelle 3 (siehe S. 51) sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt

2008 insgesamt 140,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 49,5 % an den Gesamtausgaben.

Allgemeine Dienste

Bei den in Tabelle 4 dargestellten wesentlichen Ausgaben des Bundes für „Allgemeine Dienste“ handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2008 mit 50,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 17,7 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Verteidigung einschl. Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	21,8	20,2	+ 1,6	+ 7,7
– Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	9,5	6,3	5,5	+ 0,8	+ 15,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,0	4,0	3,6	+ 0,4	+ 11,8
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammen- arbeit	2,1	1,7	1,5	+ 0,1	+ 9,3
– Beteiligung an Einrichtungen der Weltbank- gruppe	0,5	0,5	0,4	+ 0,1	+ 20,5
– Beitrag zu den „Europäischen Entwicklungs- fonds“	0,8	0,7	0,6	+ 0,1	+ 8,4
– Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Son- derorganisationen sowie andere internatio- nale Einrichtungen und internationale Nicht- regierungsorganisationen	0,3	0,3	0,2	+ 0,1	+ 69,0
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	7,0	5,2	6,5	– 1,4	– 21,0
– Zivildienst	0,6	0,4	0,4	+ 0,04	+ 9,6
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,6	2,4	2,3	+ 0,1	+ 3,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,4	2,4	2,0	+ 0,3	+ 15,6
nachrichtlich:					
Ausgaben für Versorgung	7,0	5,7	6,8	– 1,1	– 16,3
– Ziviler Bereich	2,8	2,2	3,5	– 1,3	– 37,4
– Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,2	3,5	3,3	+ 0,2	+ 6,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,5	0,4	0,7	- 0,3	- 40,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,8	4,7	4,3	+ 0,4	+ 8,2
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,0	1,7	1,6	+ 0,1	+ 8,3
darunter:					
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,4	0,3	+ 0,1	+ 19,3
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) in München	0,4	0,2	0,2	+ 0,03	+ 18,4
– Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,4	0,8	0,8	- 0,01	- 0,9
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumpro- gramm und ESA	1,0	0,7	0,7	+ 0,02	+ 3,0
– Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,3	0,3	+ 0,01	+ 4,4
– Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,6	0,3	0,3	+ 0,01	+ 4,4
– Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschi- chen Gesundheit	0,3	0,1	0,1	+ 0,01	+ 11,0
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	1,3	0,9	0,9	+ 0,1	+ 6,2
Hochschulen	2,5	1,6	1,4	+ 0,2	+ 13,9
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,5	0,5	-	-
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,8	0,5	0,5	- 0,01	- 1,0
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,1	0,1	+ 0,0002	+ 0,1
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,1	0,1	+ 0,1	+ 87,3
– Hochschulpakt 2020	0,2	0,2	0,1	+ 0,1	X
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	- 0,01	- 13,0
nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,7	1,2	1,2	+ 0,03	+ 2,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2008 insgesamt 13,8 Mrd. € vorgesehen. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Straßen	6,0	3,7	3,6	+ 0,1	+ 3,8
– Bundesautobahnen	3,3	2,1	2,0	+ 0,1	+ 3,8
– Bundesstraßen	2,4	1,4	1,4	+ 0,02	+ 1,1
Wasserstraßen und Häfen	1,5	1,1	0,9	+ 0,1	+ 15,4
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,0	1,0	– 0,004	– 0,3
Finanzhilfen an die Länder und Investitionszuschüsse	0,3	0,2	0,1	+ 0,1	+ 47,5
nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunter- nehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	2,0	2,4	– 0,4	– 14,7
– Bundeseisenbahnvermögen	5,1	2,8	3,6	– 0,8	– 22,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7²	0,5	0,5	– 0,02	– 3,2
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirt- schaftsstruktur“	0,6	0,5	0,5	+ 0,02	+ 4,2
Förderung des Kohlenbergbaus	2,0	1,9	1,8	+ 0,1	+ 8,2
Mittelstandsförderung³	0,8	0,5	0,4	+ 0,1	+ 15,0
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,3	0,2	+ 0,1	+ 52,3
Gewährleistungen	1,1	0,4	0,4	+ 0,01	+ 2,1
Landwirtschaft	1,0	0,5	0,4	+ 0,1	+ 14,7
– Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,6	0,2	0,2	– 0,01	– 6,8

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Soll 2008 ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

³ Ohne Altprogramme.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In Tabelle 6 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die

Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2008 auf 11,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 3,9 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,6 Mrd. € werden 30,6 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Zinsen	41,8	35,6	34,8	+ 0,8	+ 2,3
Wohnungswesen	1,2	0,7	0,8	- 0,1	- 13,0
darunter die Schwerpunkte:					
– Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,4	0,4	+ 0,001	+ 0,4
– Energetische Sanierungs- und Wohnraummo- dernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,3	0,3	- 0,03	- 8,7
Städtebauförderung	0,5	0,2	0,2	+ 0,02	+ 11,7
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,0	0,6	0,6	+ 0,1	+ 14,8
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	4,2	-	+ 4,2	X
Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile	-	1,2	-	+ 1,2	X
Erstattungen an die Deutsche Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens	-	1,1	-	+ 1,1	X
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,2	0,2	- 0,01	- 4,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Wirtschaftsförderung

In Tabelle 7 (siehe S. 54) sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft aufgeführt. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2008 auf 6,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,1% an den Gesamtausgaben.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis September 2008	Januar bis September 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹				in %
Einnahmen	271,1	192,2	182,8	+ 9,5	+ 5,2
darunter:					
Steuern	238,0	171,1	163,1	+ 8,0	+ 4,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	191,7	141,4	133,3	+ 8,1	+ 6,1
– Lohnsteuer	59,9	41,8	38,6	+ 3,2	+ 8,2
– Veranlagte Einkommensteuer	12,7	9,8	6,9	+ 2,8	+ 40,6
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,1	6,6	5,8	+ 0,8	+ 13,6
– Zinsabschlag	5,3	4,6	3,8	+ 0,9	+ 23,0
– Körperschaftsteuer	8,9	6,8	8,6	– 1,8	– 20,9
– Steuern vom Umsatz	96,6	71,1	68,7	+ 2,3	+ 3,4
– Gewerbesteuerumlage	1,2	0,7	0,9	– 0,1	– 16,0
Bundessteuern	87,9	59,1	58,8	+ 0,3	+ 0,5
– Energiesteuer	40,3	24,0	23,7	+ 0,4	+ 1,6
– Tabaksteuer	14,1	9,5	10,2	– 0,7	– 6,8
– Solidaritätszuschlag	12,8	9,8	9,1	+ 0,7	+ 7,5
– Versicherungssteuer	10,5	8,6	8,5	+ 0,1	+ 1,2
– Stromsteuer	6,6	4,6	5,0	– 0,4	– 7,2
– Branntweinsteuer	2,2	1,6	1,4	+ 0,2	+ 12,4
– Kaffeesteuer	1,0	0,7	0,8	– 0,1	– 8,1
– Schaumweinsteuer	0,5	0,3	0,3	+ 0,1	+ 19,6
– Sonstige Bundessteuern	0,001	0,002	0,002	0,0003	+ 21,1
Abzugsbeträge²	– 41,7	– 29,4	– 29,0	– 0,4	+ 1,4
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,7	– 11,1	– 11,3	+ 0,2	– 1,5
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	– 6,6	– 5,0	– 5,0	+ 0,03	– 0,5
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 4,1	– 2,8	– 2,7	– 0,1	+ 4,6
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,2	– 10,5	– 10,0	– 0,5	+ 4,8
Sonstige Einnahmen	33,1	21,1	19,6	+ 1,5	+ 7,6
darunter:					
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	–	–
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	12,5	3,3	5,1	– 1,9	– 36,2
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	–	–	1,5	– 1,5	x
– Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,0	3,8	–	+ 3,8	x

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

5 Entwicklung der Einnahmen bis September 2008

In Tabelle 9 sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2008 aufgeführt. Den weitaus größten Anteil (87,8 %) haben die im Soll 2008 mit 238,0 Mrd. € veranschlagten Steuereinnahmen. Sonstige Ein-

nahmen sind im Jahr 2008 in Höhe von 33,1 Mrd. € vorgesehen, was einem Anteil von 12,2 % an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,2 Mrd. € veranschlagt.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. bis 3. Quartal 2008

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2008	57
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2008	59
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	60

- Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen ggü. dem Vorjahreszeitraum um + 5,3 %.
- Die gute Gewinnsituation und ein höherer Beschäftigungsstand lassen die Steuern vom Einkommen wachsen.
- Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz entspricht den Erwartungen der Mai-Steuerschätzung für das Gesamtjahr 2008.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2008

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. bis 3. Quartal 2008

375 186 Mio. €, das sind + 18 729 Mio. € bzw. + 5,3 % mehr als im 1. bis 3. Quartal 2007.

Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2008 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. bis 3. Quartal 2008 im Vorjahresvergleich um + 6,8 % zu. Der Zuwachs im 3. Quartal fiel -

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2008

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. bis 3. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	295 928	277 145	18 783	6,8
reine Bundessteuern	59 102	58 821	281	0,5
reine Ländersteuern	17 232	17 517	– 285	– 1,6
Zölle	2 923	2 973	– 51	– 1,7
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	375 186	356 457	18 729	5,3

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

allerdings mit + 5,3 % etwas verhaltener aus als in den beiden Vorquartalen (+ 9,7 % bzw. + 5,6 %), wobei aber zu berücksichtigen ist, dass sich der Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs aus der Eigenheimzulage im 1. Quartal 2008 deutlich bemerkbar machte.

Die Einnahmen aus der **Lohnsteuer** stiegen im Berichtszeitraum um + 7,9 %. Die im Vorjahresvergleich gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der damit verbundene höhere Beschäftigungsstand haben ebenso zu diesem Ergebnis beigetragen wie die von den Tarifpartnern vereinbarten Lohnsteigerungen. Die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen gingen um rd. – 450 Mio. € zurück.

Das Aufkommen aus der **veranlagten Einkommensteuer** hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um + 40,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum erhöht. Der Zuwachs ist überwiegend auf die deutlich verbesserte Gewinnsituation der Personenunternehmen zurückzuführen. Die Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, blieb um – 1,4 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (§ 46 EStG) nahmen infolge von Steuerrechtsänderungen um – 6,3 % bzw. – 2,2 Mrd. € ab.

Die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** zeigen in den drei Quartalen des Berichtszeitraums aufgrund der Unternehmensteuerreform eine stetige Abnahme: Nach – 13,0 % und – 22,5 % im 1. bzw. 2. Quartal 2008 sank das Aufkommen im 3. Quartal nochmals um – 26,7 %, so dass das Vorjahresergebnis insgesamt um – 20,9 % unterschritten wurde. Der Rückgang im 3. Quartal ist deshalb vergleichsweise stark, weil zum Stichtag 30. September 2008 die Auszahlung der ersten Jahresrate von Altkapitalguthaben bei der Körperschaftsteuer nach § 37 Abs. 5 Körperschaftsteuergesetz erfolgte. Die Investitionszulagen gingen im 3. Quartal 2008 um – 14,1 % zurück, blieben aber kumuliert bis September um + 8,5 % über dem Vorjahresergebnis.

Der **Zinsabschlag** zeigt ein sehr positives Bild: Nach einer Zunahme um + 29,0 % im 1. Quartal und einer Verlangsamung im 2. Quartal auf + 15,1 % konnte der Vorjahresabstand im 3. Quartal 2008 wieder auf + 19,3 % ausgedehnt werden.

Kumuliert ergibt sich somit eine Veränderungsrate von + 23,0 %.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** stiegen im Berichtszeitraum um + 13,6 % von 11,5 Mrd. € auf 13,1 Mrd. €. Sie hängen von der Gewinnentwicklung der Unternehmen im Vorjahr und den daraus resultierenden Gewinnausschüttungen im laufenden Jahr ab. Der Anstieg hat sich im 3. Quartal 2008 etwas verlangsamt: von + 10,2 % im 1. Quartal über + 16,2 % im 2. Quartal auf + 9,9 % im 3. Quartal.

Auch die Kasseneinnahmen der **Steuern vom Umsatz** entwickelten sich im Jahresverlauf uneinheitlich mit + 5,4 % im 1. Quartal 2008, + 2,2 % im 2. Quartal 2008 und + 4,1 % im 3. Quartal 2008. Insgesamt wurde das Vorjahresergebnis bei den Steuern vom Umsatz in den ersten neun Monaten des Jahres um + 3,9 % übertroffen. Dabei nahm das Aufkommen der Umsatzsteuer mit + 1,9 % deutlich schwächer zu als die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern, die getrieben durch hohe Ölpreise + 9,9 % zulegte.

Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern entwickelten sich die **Bundessteuern** mit + 0,5 % im 1. bis 3. Quartal 2008 nur sehr verhalten. Ursache hierfür ist der schwache Anstieg der Einnahmen aus der Energiesteuer. Die mit Abstand aufkommensstärkste Bundessteuer hatte nach Zuwächsen im 1. und 2. Quartal 2008 um + 2,8 bzw. + 3,7 % im 3. Quartal 2008 einen Rückgang um – 1,0 % aufzuweisen. Der Absatz von Heizöl war im 1. bis 3. Quartal 2008 schwach, sodass die darauf entfallende Energiesteuer um – 23,3 % zurückging.

Das Tabaksteueraufkommen unterschritt in den ersten neun Monaten das Vorjahresniveau um – 6,8 %. Dabei verlangsamte sich die Abnahme von – 12,7 % und – 5,6 % im 1. bzw. 2. Quartal 2008 auf – 3,3 % im 3. Quartal 2008.

Der Solidaritätszuschlag stieg von Januar bis September insgesamt um + 7,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum aufgrund der Ausdehnung seiner Bemessungsgrundlagen. Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer expandierten leicht um + 1,2 %, während die Stromsteuer ein Minus von – 7,2 % meldete.

Die Ländersteuern entwickelten sich im 1. bis 3. Quartal 2008 wegen der Abnahme ihres Aufkommens um – 1,6 % negativ. Im Gegensatz zur Erbschaftsteuer (+ 17,2 %) und zur Feuerschutz-

steuer (+1,8 %) mussten hier die beiden aufkommensstärksten Steuern Kraftfahrzeugsteuer (– 0,1 %) und Grunderwerbsteuer (– 4,3 %) Einnahmeeinbußen hinnehmen. Auch die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 3,4 %) und die Biersteuer (– 2,5 %) unterschritten das Vorjahresergebnis.

33	19.321	19.308	18.493	18.697
8	3.464	3.437	3.418	3.438
	1.800	1.800	1.800	1.800
	424	271		

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) haben im **Juli 2008** gegenüber dem Vorjahresmonat um + 5,6 % zugelegt. Getragen wurde diese positive Entwicklung von den gemeinschaftlichen Steuern (+ 7,3 %, allen voran die gewinnabhängigen Steuern). Die Bundessteuern stiegen um + 1,7 %, während die Ländersteuern mit – 2,5 % hinter ihrem Vorjahresergebnis zurückblieben.

Auch im **August 2008** wurde eine Zunahme des Steueraufkommens insgesamt um + 6,8 % registriert. Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern stiegen mit + 9,8 % erneut kräftig an. Hier spielten insbesondere die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 38,2 %), der Zinsabschlag (+ 16,4 %) und die Steuern vom Umsatz (+ 10,4 %) eine Rolle. Die Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz ist jedoch von kassentechnischen Sondereinflüssen geprägt, die im September wieder ausgeglichen wurden. Die Bundessteuern konnten das Vorjahresergebnis um + 1,3 % übertreffen, die Ländersteuern verzeichneten einen zweistelligen Rückgang (– 11,5 %).

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2008** lagen die Steuereinnahmen insgesamt um + 0,8 % über dem Vorjahreswert. Dieser vergleichsweise geringe Zuwachs ist allerdings noch kein Anzeichen für dämpfende Auswirkungen der Konjunkturabschwächung auf das Steueraufkommen. Vielmehr ist die Entwicklung im September geprägt von Sondereinflüssen wie die Auszahlung von Altkapitalguthaben bei der Körperschaftsteuer und den Ausgleich des bereits angesprochenen Sondereffektes bei der Umsatzsteuer. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen mit + 0,9 % infolgedessen eher verhalten zu, während die Bundessteuern das Niveau des Vorjahres sogar um – 0,8 % unterschritten. Die Ländersteuern verzeichneten mit + 3,4 % anders als in den Vormonaten wieder einen Anstieg.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Insgesamt konnten Bund, Länder und Gemeinden im 1. bis 3. Quartal 2008 einen Einnahmenezuwachs im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnen. Dabei erhöhte sich das Steueraufkommen von Bund und Ländern mit rd. +5% in etwa gleichem Umfang.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2008 auf Bund, EU, Länder und Gemein-

den und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2008 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. bis 3. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Bund ¹	172 412	164 523	7 889	4,8
EU	16 214	15 662	552	3,5
Länder ¹	164 011	156 154	7 856	5,0
Gemeinden ²	22 549	20 117	2 431	12,1
Zusammen	375 186	356 457	18 729	5,3

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

Internationale Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte

Ergebnisse des Weltfinanzgipfels, der Weltbank- und IWF-Jahrestagung und des G7-Finanzminister-Treffens in Washington

1	Einleitung	61
2	G7-Aktionsplan und weitere Maßnahmen	61
3	Themen des International Monetary and Financial Committee (IMFC)	63
4	Der Weltfinanzgipfel	64

- Der verabschiedete G7-Aktionsplan stellt ein koordiniertes Vorgehen zur Stabilisierung der Finanzmärkte dar. Deutschland stellt acht „Verkehrsregeln“ bei G7-Finanzministern zur Diskussion.
- Der Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität (FSF) sowie die Erarbeitung eines Programms für weitere Arbeiten wurde diskutiert. Deutschland hat ein Positionspapier zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen IWF und FSF als Beitrag zur Krisenprävention vorgelegt.
- Die Überarbeitung der IWF-Kreditinstrumente und die schnelle Bereitstellung eines neuen Liquiditätsinstruments wurden beschlossen. Gemeinsame Prinzipien und Praktiken für Staatsfonds wurden vorgestellt.
- Auf dem Weltfinanzgipfel wurden Maßnahmen für eine wirkungsvollere Regulierung der Weltfinanzmärkte beschlossen.

1 Einleitung

Vom 10. bis 13. Oktober fanden das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie die gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington statt.

Sowohl bei dem Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure als auch bei der Sitzung des International Monetary and Financial Committee (IMFC) stand die Finanzmarktkrise im Mittelpunkt der Diskussionen.

Die Finanzminister der G7-Länder trafen sich zu einem sogenannten „Outreach“ gemeinsam mit ihren Notenbankgouverneuren sowie dem EZB-Präsidenten, dem Eurogruppen-Präsidenten, dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, dem Weltbankpräsidenten, dem Europäischen Kommissar Almunia sowie dem Gouverneur der schwedischen Zentralbank. Hierbei standen die

Erfahrungen mit Bankenkrisen in Schweden und Japan im Fokus.

Die Staats- und Regierungschefs der größten Industrie- und Schwellenländer (G20)¹ griffen bei ihrem Gipfel am 15. November einige Ergebnisse der IWF-Jahrestagung und des G7-Finanzministertreffens auf und vereinbarten einen Fahrplan, um möglichst rasch notwendige Reformen umzusetzen, damit sich eine Finanzkrise dieser Art nicht wiederholen kann.

2 G7-Aktionsplan und weitere Maßnahmen

Die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure beschlossen in ihrem Aktionsplan, durch koordiniertes Vorgehen die Finanzmärkte zu

¹ Die G-20 ist als informelles Forum der Finanzminister und Notenbankchefs bereits seit vielen Jahren etabliert. Zu den G-20 zählen die sieben führenden Industrieländer und wichtige Schwellenländer wie Russland, China, Indien und Brasilien sowie Indonesien, Korea, Australien, Argentinien, Mexiko, Türkei, Südafrika und Saudi-Arabien.

stabilisieren und den Kreditfluss wieder in Gang zu bringen.

Im Einzelnen vereinbarten die G7:

- systemisch relevante Finanzinstitute zu stützen und ihren Zusammenbruch zu verhindern;
- alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Geld- und Kreditmärkte wieder funktionsfähig werden und Banken und andere Finanzinstitute breiten Zugang zu Liquidität und Refinanzierung erhalten;
- sicherzustellen, dass Banken und andere Finanzintermediäre aus öffentlichen und privaten Quellen frisches Kapital bekommen;
- sicherzustellen, dass die Einlagensicherungssysteme „robust“ sind;
- die Märkte für hypothekenbesicherte Wertpapiere und andere verbriefte Produkte wieder zu beleben.



Der Aktionsplan stellt einen einheitlichen Rahmen dar, der individuelle und gemeinsame Schritte der einzelnen Länder leiten soll. Die Maßnahmen sollen so gewählt werden, dass die Steuerzahler geschützt und mögliche schädliche Auswirkungen auf andere Länder vermieden werden.

Bundesfinanzminister Steinbrück erläuterte die bereits im Vorfeld bei den G7-Finanzministerkollegen vorgeschlagenen acht „Verhaltensregeln“. Die G7 machten in ihrem Aktionsplan erneut deutlich, dass über das aktuelle Krisenmanagement hinaus das Finanzsystem für die Zukunft gestärkt werden muss und hierzu die umfassende und rasche Umsetzung der im Frühjahr beschlossenen Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität (FSF) notwendig ist.

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass das FSF den G7 einen umfassenden Bericht zum Stand der Umsetzung der FSF-Empfehlungen vorgelegt hatte. Die in 2008 umzusetzenden Maßnahmen sind bereits implementiert bzw. sind auf den Weg gebracht. Darüber hinaus hat das FSF bereits ein Programm für

weitere Arbeiten aufgestellt, das u. a. auch eine Überprüfung der Vergütungssysteme enthält, wie in den acht „Verhaltensregeln“ gefordert, sowie eine Überprüfung der bisher unregulierten Institute, Märkte und Instrumente, womit letztlich die unter deutscher G7-Präsidentschaft angestoßene Transparenzinitiative für Hedgefonds aufgegriffen wird.

Auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen IWF und FSF kann zur Krisenprävention beitragen. Hierzu hat das BMF zusammen mit der Bundesbank ein Positionspapier erstellt, das ebenfalls im G7-Kreis diskutiert wurde. Eine engere Zusammenarbeit von IWF und FSF fand breite Unterstützung.

3 Themen des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Auch die Mitglieder des IMFC unterstützten den Aktionsplan der G7. Darüber hinaus sieht der IMFC eine zentrale Rolle des IWF darin, die in der momentanen Krise notwendige multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Außerdem muss der IWF in der Lage sein, einzelne in Not geratene Mitgliedsländer schnell und effektiv mit Krediten zu unterstützen. Hierzu ist eine Überarbeitung der Kreditinstrumente des IWF erforderlich, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Außerdem wurde im IMFC die Erarbeitung gemeinsamer Prinzipien und Praktiken für Staatsfonds ausdrücklich begrüßt und ihre Veröffentlichung unterstützt.

Überprüfung der Kreditvergabepolitik des IWF

Angesichts der aktuellen Finanzkrise hat das IMFC darauf hingewiesen, dass der IWF eine wichtige Rolle für die Unterstützung seiner Mitglieder einnehmen muss. Gleichzeitig sind die Ressourcen des IWF durch adäquate Kreditvergabepolitik zu sichern. Hierzu sind die vorhandenen Kreditfazilitäten für Notfälle und außergewöhnlichen Zugang zu nutzen. Darüber hinaus ist eine Überprüfung der Kreditinstrumente notwendig, um auf neue Anforderungen der Mitglieder angemessen reagieren zu können. Erste Arbeiten hierzu haben bereits stattgefunden und sollen in folgenden Bereichen fortgeführt werden:

- Überprüfung des gesamten Kreditrahmens mit dem Ziel, einen konsistenten und effektiven Rahmen zu schaffen, der Raum für Innovationen und neue Anforderungen lässt;
- Schaffung eines neuen Liquiditätsinstrumentes;
- Überprüfung der Konditionalität;
- Überarbeitung der Fazilitäten für Niedrigeinkommensländer;
- Erhöhung der Zugangsgrenzen und Finanzierungsbedingungen.

Hierbei soll nach Dringlichkeit vorgegangen werden und eine Liquiditätsfazilität umgehend

eingerrichtet werden. Das Exekutivdirektorium hat der Einführung dieser Fazilität (Short Term Liquidity Facility) am 29. Oktober zugestimmt. Die Überarbeitung des gesamten Kreditrahmens soll bis zur Herbsttagung 2009 abgeschlossen werden.

Gemeinsame Prinzipien und Praktiken für Staatsfonds

Der IWF hat im Rahmen einer internationalen Arbeitsgruppe in enger Konsultation mit den größten Staatsfonds gemeinsame Prinzipien und Praktiken für Staatsfonds entwickelt.

Die Regelungen zielen auf eine erhöhte Transparenz von Strukturen, Verfahren und Investitionsstrategien der Staatsfonds. Zudem werden Rahmenbedingungen gesetzt, die ein verantwortungsbewusstes Handeln seitens der Verantwortlichen fördern sollen. Die Prinzipien sind somit geeignet, das gegenseitige Vertrauen zwischen Staatsfonds und Empfängerländern zu fördern und können einen wichtigen Beitrag zu einem offenen globalen Investitionsklima leisten. Der Text fand im IMFC breite Unterstützung und ist zwischenzeitlich auch veröffentlicht worden.

4 Der Weltfinanzgipfel

Die Staats- und Regierungschefs der G20 stellten am 15. November bei ihren Beratungen in Washington einen Fahrplan auf, um bei der Krise deutlich gewordene Schwächen des Weltfinanzsystems möglichst rasch mit geeigneten Reformen zu beseitigen und die Folgen für die Realwirtschaft einzudämmen. Ein Folgetreffen ist bis spätestens 30. April 2009 geplant. Bundeskanzlerin Merkel vertrat Deutschland auf dem Gipfel zusammen mit Bundesfinanzminister Steinbrück. Der Gipfel wurde von den G20-Finanzministern und -Notenbankgouverneuren bei ihrem Treffen in São Paulo Anfang November vorbereitet.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben sich auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, die Maßnahmen zur Verbesserung der Stabilität der Weltfinanzmärkte basierend auf fünf Reformgrundsätzen enthält:

- Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht: Finanzmarktakteure müssen umfassend informieren, dies gilt auch für hochkomplexe Finanzprodukte.
- Erweiterung und Verbesserung der Regulierung: Regulierung und Aufsicht sollen alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Marktteilnehmer umfassen. Dies schließt auch Ratingagenturen ein.
- Stärkung der Integrität der Finanzmärkte: Hierzu gehören ein besserer Investoren- und Anlegerschutz, die Vermeidung von Interessenkonflikten sowie der Kampf gegen Marktmanipulation und Betrug.
- Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Aufruf zu Koordinierung und Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden zur Krisenprävention, beim Krisenmanagement und bei der Krisenlösung.
- Reform der internationalen Finanzinstitutionen: Erweiterung des FSF um wichtige Schwellenländer. Der IWF soll in Zusammenarbeit mit dem FSF seine Frühwarnkapazitäten stärken und bei der Bewältigung von Krisen eine zentrale Rolle spielen. Entwicklungs- und Schwellenländer sollen ein größeres Mitspracherecht in IWF und Weltbank bekommen.

Angelehnt an diese fünf Reformgrundsätze

haben die G20 in einem Aktionsplan detaillierte Einzelmaßnahmen festgelegt.

Aus Sicht des Bundesfinanzministeriums sind die Ergebnisse des Gipfels ein Erfolg. Insbesondere das Bekenntnis zu einer umfassenden Regulierung ist ein wichtiges deutsches Anliegen. Das Ausnutzen bestehender Regulierungslücken war eine der zentralen Ursachen für die Krise. Eine transparentere Bewertung der Risiken komplexer Finanzprodukte und bessere Risikoversorge entsprechen den Vorstellungen, die das BMF bereits während der deutschen G7/G8-Präsidentschaft im vergangenen Jahr eingebracht hat. Die vorgesehene Stärkung der Rolle des IWF in Zusammenarbeit mit dem FSF hatte der Bundesfinanzminister bereits im G7-Kreis beim Treffen in Washington am Rande der IWF-Jahrestagung besprochen.

Zu begrüßen ist zudem die gemeinsam bekundete Entschlossenheit, geld- und finanzpolitische Maßnahmen gegen eine drohende globale Rezession unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der G20-Mitgliedsländer einzusetzen. Die G20 waren sich bei ihrem Treffen auch über die wichtige Rolle des IWF und der Weltbank einig, Schwellen- und Entwicklungsländern in der gegenwärtigen Krise den Zugang zu den Kapitalmärkten zu sichern.

Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs

1	Einleitung	65
2	Die Bemühungen der OECD zur Durchsetzung fairen Verhaltens bei der Besteuerung	66
3	Die Pariser Konferenz am 21. Oktober 2008	67
4	Schlussbemerkung	68

- Für die Finanzplätze der Welt muss gelten: Funktionierender Wettbewerb, auch Steuerwettbewerb, erfordert faire Rahmenbedingungen.
- Alle Finanzplätze müssen die OECD-Standards zu Transparenz und Auskunftsaustausch für Besteuerungszwecke akzeptieren und umsetzen.
- Finanzplätze, die dies nicht tun, müssen mit Gegenreaktionen betroffener Staaten rechnen.

1 Einleitung

Offene Finanzmärkte, neue Kommunikationstechnologien und die Tatsache, dass ein wesentlicher Teil des grenzüberschreitenden Handels in Dienstleistungen besteht, eröffnen neue Möglichkeiten der Steuerhinterziehung. Besonders problematisch ist es, wenn sich Staaten oder Gebiete für mobile Aktivitäten wie Finanz- und andere Dienstleistungen auch dadurch attraktiv machen, dass sie Rahmenbedingungen unterhalten, die die Steuerhinterziehung durch Bürger anderer Staaten noch fördern oder begünstigen. Zwar ist anzuerkennen, und das ist auch Konsens unter den Mitgliedstaaten der OECD, dass jeder Staat über sein Steuersystem frei nach seinen Bedürfnissen entscheidet. Dies darf aber nicht dazu führen, andere Staaten dadurch an der Durchsetzung ihres Steuerrechts zu hindern. Rahmenbedingungen, die andere Staaten an der Durchsetzung ihres Steuerrechts hindern, sind

1. der fehlende Zugang der Steuerbehörden zu Bankinformationen, zu Informationen über die Eigentumsverhältnisse bei intransparenten Rechtsträgern und zu Informationen über Finanzdaten nicht natürlicher Personen, insbesondere inaktiver Rechtsträger,

2. die fehlende Bereitschaft, ausländischen Steuerbehörden bei ihren Ermittlungen die für die Besteuerung erforderlichen Informationen, einschließlich Informationen der unter 1. genannten Art, zu überlassen.

Staaten und Gebiete, die diese Rahmenbedingungen unterhalten, betreiben schädlichen Steuerwettbewerb.

Deutschland sowie die überwiegende Zahl der OECD-Mitgliedstaaten und viele weitere Staaten, einschließlich Entwicklungsländer, sehen in diesen Rahmenbedingungen, die vor allem von Finanzzentren vorgehalten werden, eine Bedrohung ihrer Besteuerungsbasis mit dem Ergebnis erheblicher Steueraufkommensverluste. Die OECD-Mitgliedstaaten haben schon frühzeitig erkannt, dass

- gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der Besteuerungsbasis notwendig sind,
- solche Maßnahmen unmittelbar bei den Staaten und Gebieten ansetzen müssen, die derartige Rahmenbedingungen unterhalten.

Daher hat der Ministerrat der OECD bereits 1996 die Organisation beauftragt, Maßnahmen

zu entwickeln, um den schädlichen Auswirkungen des Steuerwettbewerbs auf Investitions- und Finanzierungsentscheidungen sowie auf die Besteuerungsbasis zu begegnen. In Ausführung dieses Auftrags hat die OECD 1998 einen umfassenden Bericht zum schädlichen Steuerwettbewerb vorgelegt. Der Bericht enthielt gleichzeitig ein Arbeitsprogramm, das zum Ziel hatte, schädlichen Steuerwettbewerb einzudämmen und letztlich zu beseitigen.



2 Die Bemühungen der OECD zur Durchsetzung fairen Verhaltens bei der Besteuerung

Hauptziel der Bemühungen im Rahmen der OECD war und ist, die von der OECD entwickelten Standards fairen Verhaltens bei der Besteuerung international durchzusetzen. Diese Standards (Standards zu Transparenz und Auskunftsaustausch) besagen im Kern:

- Für die Besteuerung relevante Informationen müssen zugänglich sein (das gilt besonders für Bankinformationen), und zwar auch dann, wenn noch keine strafrechtlichen Ermittlungen eingeleitet sind.
- Diese Informationen müssen ausländischen Steuerbehörden auf Ersuchen zur Verfügung gestellt werden können.

Zwar haben nahezu 40 Staaten und Gebiete die OECD-Standards formal akzeptiert; nur wenige haben sie aber auch durch Vereinbarungen mit OECD-Mitgliedstaaten implementiert. Die Gründe für die Zurückhaltung bei der Implementierung liegen auf der Hand: Die Staaten und Gebiete fürchten um ihre Finanzplätze. Sie verweisen darauf, dass die großen Finanzzentren, die teilweise selbst Mitgliedstaaten der OECD und der EU sind, die Anerkennung und Umsetzung der Standards nach wie vor verweigern. Damit ist die Forderung nach Herstellung eines „level playing field“ verbunden, also die Durchsetzung gleicher Verhältnisse für alle. Dieses Anliegen erkennen wir an. Nur wenn sichergestellt ist, dass alle Staaten und Gebiete die gleichen Informationen erhalten können, um ihre Besteuerungsansprüche durchzusetzen, wird niemand benachteiligt.

3 Die Pariser Konferenz am 21. Oktober 2008

Nach fast zehnjährigen Bemühungen im Rahmen der OECD ist es jetzt an der Zeit, dass auch die großen Finanzzentren, nicht zuletzt diejenigen, die Mitglieder der OECD oder der EU sind, die OECD-Standards akzeptieren und sich fair verhalten. Wenn es noch eines Grundes bedurft hätte, dann haben die Steuerhinterziehungsskandale dieses Jahres noch einmal schlagartig gezeigt: Steuern gehen in großem Ausmaß mit Hilfe der Staaten und Gebiete verloren, die schädlichen Steuerwettbewerb betreiben. Dies kann und darf weder toleriert noch den rechtstreuen Bürgern zugemutet werden.

Zwar wird die OECD weiterhin das Mögliche tun, um ihre Standards durchzusetzen und ein „level playing field“ zu erreichen. Dazu ist sie im Juli 2008 von den Staats- und Regierungschefs der G8 ausdrücklich aufgefordert worden. Maßnahmen zur Durchsetzung der Standards können jedoch nur die Mitgliedstaaten selbst ergreifen. Deshalb trafen sich auf Initiative des französischen Haushaltsministers und des deutschen Bundesministers der Finanzen am 21. Oktober 2008 in Paris die Finanzminister von 17 OECD-Mitgliedstaaten, um zu erörtern, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung unter Nutzung von Steueroasen und Finanzzentren wirkungsvoller entgegenzutreten.

Die Minister stellten fest:

- Staaten und Gebiete, die in hohem Maße von den Vorteilen eines freien internationalen Kapitalverkehrs und offener Märkte profitieren, müssen auch die damit einhergehende Verantwortung für die Wahrung der Rechtsordnung – auch im Bereich der Besteuerung – wahrnehmen.
- Fehlende Transparenz und mangelnder Auskunftsaustausch fördern die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung. Anlageentscheidungen, die nur aus Gründen der Steuerumgehung getroffen werden, führen zu Wettbewerbsverzerrungen. Sie führen zu höheren Steuerlasten für die ehrlichen Steuerbürger.

- Es sind nicht zuletzt die bedeutenden Finanzzentren innerhalb und außerhalb der Mitgliedschaft der OECD, die die OECD-Standards nicht akzeptieren.

Die Minister machten deutlich, dass sie

- keine neuen oder revidierten Doppelbesteuerungsabkommen mit Staaten abschließen werden, die die OECD-Standards nicht akzeptieren;
- die Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen in Betracht ziehen, wenn sich Abkommenspartner weigern, die OECD-Standards in Doppelbesteuerungsabkommen aufzunehmen;
- gewillt sind, Maßnahmen gegen Staaten und Gebiete zu ergreifen, die die Steuerhinterziehung ermöglichen oder fördern, indem sie die OECD-Standards nicht anerkennen oder nicht umsetzen;
- nachdrücklich für die Verbesserung der EU-Zinsrichtlinie und ihre geographische Ausdehnung eintreten und sie den Quellensteuerabzug, der einigen Staaten eingeräumt wurde, als Übergangslösung ansehen.

Schließlich forderten die Minister die OECD auf, deutlich zwischen den Ländern und Gebieten zu unterscheiden, die die OECD-Standards umgesetzt haben und solchen, die diese ablehnen. Sie erwarten die Vorlage der entsprechenden Schlussfolgerungen für das kommende Jahr. Schließlich sollen künftig nur noch solche Länder Mitglied der OECD werden können, die die OECD-Standards zu fairem Verhalten für Besteuerungszwecke akzeptieren.

Finanzminister Steinbrück ließ keinen Zweifel, dass auch Deutschland Maßnahmen zur Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs vorbereitet. Dazu gehören im Bereich der Finanzmarktaufsicht

- aufsichtsrechtliche Maßnahmen gegenüber Banken und Versicherungen, die Niederlassungen in sogenannten Offshore-Finanzzentren unterhalten;
- die Konkretisierung der Einhaltung der Sorgfaltspflichten der Kreditinstitute für den gesamten Konzernbereich einschließlich der Niederlassungen in Offshore-Finanzzentren.

Im Bereich des Steuerrechts gehört hierzu im Hinblick auf Staaten und Gebiete, die die OECD-Standards zu Transparenz und Auskunftsaustausch nicht gewährleisten, die Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass

- die Steuerbefreiung für Dividenden ausgesetzt werden kann,
- der Betriebsausgabenabzug bei Geschäftsbeziehungen eingeschränkt werden kann,
- die Entlastung von deutschen Abzugsteuern versagt werden kann, wenn Dividenden und Lizenzgebühren an Gesellschaften gezahlt werden, deren Anteilseigner in solchen Staaten ansässig sind.

Darüber hinaus werden auch die innerstaatlichen Ermittlungs- und Prüfungskompetenzen und Beweisregeln verbessert werden.

Schließlich ist zu prüfen, in welchem Umfang die bei der Bargeldkontrolle durch den Zoll gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen bestehender gesetzlicher Möglichkeiten oder durch ergänzende Neuregelungen effektiver genutzt werden können.

4 Ausblick

Mit dem Pariser Treffen haben die teilnehmenden Staaten eine neue Phase in der Abwehr des schädlichen Steuerwettbewerbs eingeläutet. Die Finanzzentren, die auch weiterhin vom Steuerhinterziehungsgeschäft profitieren wollen, haben eine klare politische Botschaft erhalten: Die versammelten Staaten werden nicht zögern, Maßnahmen einzuleiten, um ihre Besteuerungsbasis zu schützen, wenn die Finanzzentren weiterhin Transparenz und Auskunftsaustausch in Steuersachen verweigern. Für einen Finanzstandort darf es sich nicht auszahlen, wenn er eine Blockadehaltung gegen die Standards fairen Verhaltens bei der Besteuerung einnimmt. Dagegen müssen die Staaten und Gebiete, die die Standards einhalten, darauf vertrauen können, dass sie dadurch nicht benachteiligt werden.

Der Bundesminister der Finanzen hat die teilnehmenden Länder zu einem weiteren Treffen für 2009 nach Berlin eingeladen. Dort wird zu erörtern sein, welche Fortschritte sich ergeben haben und welche weiteren Maßnahmen in Betracht kommen.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	72
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	72
1 Kreditmarktmittel	72
2 Gewährleistungen	73
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	73
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	74
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009	76
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	80
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	82
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	84
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	85
10 Entwicklung der Staatsquote	86
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	87
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	88
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	89
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	90
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	91
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	92
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	93
18 Einnahmen nach ertragsberechtigten Körperschaften	94
19 Einnahmen nach Hauptsteuerarten und Sozialversicherungsbeiträgen	95
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	98
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008	98
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2008	99
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2008	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	102
2 Preisentwicklung	102
3 Außenwirtschaft	103
4 Einkommensverteilung	103
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	104
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	105
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	106
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	107
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	108
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	109
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	110
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	113

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. August 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. September 2008
	Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen ¹	593 468	0	0	593 468
Bundessobligationen	169 000	7 000	0	176 000
Bundesschatzbriefe ²	9 568	144	297	9 415
Bundesschatzanweisungen	115 000	8 000	15 000	108 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 475	8 810	5 888	38 397
Finanzierungsschätze ³	1 914	176	122	1 968
Tagesanleihe	402	320	21	701
Schuldscheindarlehen	14 266	0	630	13 636
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	961 298			963 791

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. August 2008	Stand: 30. September 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	176 379	176 830
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	309 708	304 682
langfristig (mehr als 4 Jahre)	475 211	482 279
Kreditmarktmittel insgesamt	961 298	963 791

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2008	Belegung	Belegung
		am 30. Spetmber 2008	am 30. September 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	101,6	96,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	25,3	25,1
bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,1	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	95,0	51,3	52,1
Internationale Finanzierungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	–	–

3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
	Mrd. €					
1. Ausgaben	270,4	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 3,6	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,8
2. Einnahmen¹	255,7	271,1	277,5	286,0	294,8	300,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 9,8	+ 6,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	238,0	248,7	255,4	266,3	276,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 12,8	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	– 14,7	– 12,1	– 10,9	– 6,4	– 0,4	– 0,4
in % der Ausgaben	5,4	4,3	3,8	2,2	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (–)	222,1	232,5	225,5	221,3	217,8	221,1
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	– 8,4	2,3	–	–	–	–
6. Tilgungen (+)	216,2	221,0	214,6	214,9	217,4	220,7
7. Nettokreditaufnahme	– 14,3	– 11,9	– 10,5	– 6,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	– 0,4	– 0,2	– 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,4
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,7	25,9	25,9	25,5	25,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 15,4	– 5,9	+ 4,9	+ 0,2	– 1,5	– 0,8
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4, 2. ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2008.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007 Ist	2008 Soll	2009 Entwurf	2010	2011 Finanzplanung	2012
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	26 762	27 796	28 252	28 610	29 079
Aktivitätsbezüge	19 662	20 276	20 964	21 340	21 669	22 100
Ziviler Bereich	8 498	9 199	9 372	9 930	10 415	10 920
Militärischer Bereich	11 164	11 077	11 592	11 409	11 254	11 179
Versorgung	6 376	6 486	6 832	6 912	6 941	6 979
Ziviler Bereich	2 334	2 308	2 392	2 400	2 399	2 394
Militärischer Bereich	4 041	4 178	4 441	4 512	4 542	4 585
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	21 053	21 286	21 311	21 732
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 473	1 451	1 462	1 475	1 453
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 581	10 281	10 526	10 554	10 988
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	9 321	9 298	9 283	9 291
Zinsausgaben	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
an andere Bereiche	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
Sonstige	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	41 774	41 435	43 343	44 647	47 023
an Ausland	3	3	2	2	–	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	171 897	173 720	176 362	177 865
an Verwaltungen	14 003	14 463	14 569	13 951	13 743	13 588
Länder	8 698	8 890	8 378	7 776	7 474	7 298
Gemeinden	38	23	21	19	13	12
Sondervermögen	5 267	5 549	6 170	6 155	6 256	6 277
Zweckverbände	1	1	1	1	0	0
an andere Bereiche	146 349	155 307	157 328	159 770	162 618	164 277
Unternehmen	15 399	23 740	23 800	24 144	24 307	24 473
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	29 123	28 276	27 063	25 723	24 899	24 764
an Sozialversicherung	97 712	98 521	101 269	104 702	108 175	109 786
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	964	1 409	1 415	1 401	1 390
an Ausland	3 240	3 801	3 782	3 785	3 834	3 862
an Sonstige	5	5	5	1	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	258 128	262 225	266 645	270 971	275 740
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	6 903	7 273	7 791	7 596	7 305	7 269
Baumaßnahmen	5 478	5 783	6 201	6 019	5 763	5 772
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	1 057	1 034	1 003	956
Grunderwerb	516	480	533	543	540	542
Vermögensübertragungen	16 947	14 306	14 838	15 111	15 009	14 828
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	13 924	14 442	14 737	14 648	14 468
an Verwaltungen	8 234	5 416	4 971	5 015	4 965	4 960
Länder	6 030	5 342	4 906	4 949	4 888	4 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	68	60	61	72	77
Sondervermögen	2 150	6	5	5	5	5
an andere Bereiche	8 345	8 509	9 471	9 722	9 683	9 508
Sonstige – Inland	6 099	6 082	6 463	6 535	6 476	6 348
Ausland	2 247	2 427	3 008	3 187	3 206	3 160
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	397	374	361	360
an andere Bereiche	367	382	397	374	361	360
Sonstige – Inland	162	164	156	149	141	140
Ausland	205	218	241	225	220	220

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007 Ist	2008 Soll	2009 Entwurf	2010 Finanzplanung	2011 Finanzplanung	2012
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 461	3 638	3 601	3 581	3 592
Darlehensgewährung	2 100	2 717	2 739	2 773	2 853	2 745
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 100	2 716	2 738	2 772	2 852	2 745
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	900	1 308	1 174	1 195	1 199	1 204
Ausland	1 199	1 407	1 564	1 577	1 653	1 540
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	899	828	728	847
Inland	28	26	13	13	1	1
Ausland	604	718	886	815	728	846
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	26 582	25 040	26 266	26 307	25 895	25 690
¹ Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24 658	25 870	25 933	25 534	25 330
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	32	– 91	– 552	– 1 666	– 830
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	288 400	292 400	295 200	300 600

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
0 Allgemeine Dienste	53 285	46 989	25 105	16 676	-	5 208
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 350	5 981	3 883	1 210	-	888
02 Auswärtige Angelegenheiten	8 182	3 466	461	159	-	2 847
03 Verteidigung	30 930	30 613	16 032	13 703	-	877
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 741	3 242	2 088	949	-	205
05 Rechtsschutz	385	351	259	77	-	15
06 Finanzverwaltung	3 696	3 336	2 381	577	-	377
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 342	11 016	477	709	-	9 830
13 Hochschulen	2 648	1 653	10	10	-	1 633
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 962	1 962	-	-	-	1 962
15 Sonstiges Bildungswesen	507	440	9	66	-	364
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 531	6 473	457	629	-	5 386
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	693	488	1	4	-	484
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	140 774	139 952	231	229	-	139 492
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	96 841	96 841	55	-	-	96 786
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 016	6 016	-	-	-	6 016
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 000	2 753	-	47	-	2 706
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 503	33 387	49	116	-	33 222
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	140	140	-	-	-	140
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 273	814	128	65	-	621
3 Gesundheit und Sport	1 216	800	275	264	-	261
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	410	345	146	146	-	53
312 Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	410	345	146	146	-	53
32 Sport	129	108	-	7	-	101
33 Umwelt- und Naturschutz	366	196	85	58	-	53
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	311	151	44	53	-	54
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 713	450	-	12	-	438
41 Wohnungswesen	1 131	441	-	2	-	438
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	-
44 Städtebauförderung	581	8	-	8	-	-
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 025	543	29	136	-	378
52 Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	124	124	-	60	-	63
533 Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	124	124	-	60	-	63
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	225	168	29	74	-	65

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
0 Allgemeine Dienste	1 126	2 477	2 693	6 296	6 251
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	367	2	0	369	369
02 Auswärtige Angelegenheiten	68	2 198	2 450	4 716	4 715
03 Verteidigung	220	97	–	317	273
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	320	178	–	498	498
05 Rechtsschutz	32	2	–	34	34
06 Finanzverwaltung	117	0	243	361	361
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	223	3 093	11	3 327	3 327
13 Hochschulen	1	995	–	996	996
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	67	–	67	67
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	201	1 847	11	2 059	2 059
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	20	184	–	205	205
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	11	811	1	823	471
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	245	1	247	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	111	–	116	7
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	455	–	459	459
3 Gesundheit und Sport	221	196	–	417	417
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	56	10	–	65	65
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	56	10	–	65	65
32 Sport	–	21	–	21	21
33 Umwelt- und Naturschutz	7	163	–	171	171
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	158	2	–	160	160
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 260	3	1 263	1 263
41 Wohnungswesen	–	687	3	690	690
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	–
44 Städtebauförderung	–	573	–	573	573
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15	466	1	483	483
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	425	1	426	426
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	15	41	1	57	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 040	3 401	54	662	-	2 685
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	884	805	-	519	-	286
621 Kernenergie	271	271	-	-	-	271
622 Erneuerbare Energieformen	47	17	-	4	-	13
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	567	517	-	516	-	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 117	2 101	-	4	-	2 097
64 Handel	122	122	-	54	-	68
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	638	14	-	12	-	2
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 279	359	54	73	-	233
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 100	4 143	1 064	1 995	-	1 085
72 Straßen	7 607	960	-	868	-	91
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 728	835	510	260	-	66
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	5	-	-	-	5
75 Luftfahrt	189	189	50	17	-	122
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 239	2 155	504	850	-	801
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 813	11 787	-	17	-	11 770
81 Wirtschaftsunternehmen	10 285	6 261	-	17	-	6 244
832 Eisenbahnen	3 922	87	-	8	-	79
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 363	6 175	-	10	-	6 165
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 527	5 526	-	-	-	5 526
873 Sondervermögen	5 506	5 506	-	-	-	5 506
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	21	20	-	-	-	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 092	43 145	561	354	41 479	751
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	788	750	-	-	-	750
92 Schulden	41 501	41 501	-	22	41 479	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	802	894	561	332	-	1
Summe aller Hauptfunktionen	288 400	262 225	27 796	21 053	41 479	171 897

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	733	904	1 639	1 639
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	79	–	79	79
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	30	–	30	30
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	50	–	50	50
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	17	–	17	17
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	624	–	624	624
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	14	904	919	919
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 192	1 765	–	7 956	7 956
72 Straßen	5 229	1 419	–	6 647	6 647
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	892	–	–	892	892
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	70	14	–	84	84
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	3 999	24	4 025	4 025
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	1	3 999	24	4 024	4 024
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 826	10	3 836	3 836
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	174	14	188	188
873 Sondervermögen	1	–	–	1	1
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 791	14 838	3 638	26 266	25 870

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	- 4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1198,2
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	715,6

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse							Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	283,2	288,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7	1,8
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	271,1	277,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 12,1	- 10,9
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	26,8	27,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8	3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4	9,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,4	14,9	14,9	14,8	40,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	41,8	41,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0	- 0,8
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8	14,4
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,7	25,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7	9,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,9	35,4	34,0	34,2	34,0	40,0	35,8	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	238,0	248,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0	86,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8	89,6
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,9	43,6
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2	3,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3	40,6
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	71,2	955,7	X	X
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1497,1	1502,9	1508 ^{1/2}	1516
darunter: Bund	Mrd.€	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	917,6	937,5	949	959 ^{1/2}

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006 ³	2007 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	604,3	611,3	619,6	615,3	627,7	636,8	647,6
Einnahmen	557,7	554,6	551,7	549,9	575,1	596,7	648,0
Finanzierungssaldo	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,5	- 39,4	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	257,1	260,0	259,1	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	233,5	237,2	248,9	267,3
Finanzierungssaldo	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 22,7	- 10,2	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148,3	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3
Finanzierungssaldo	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	2,8	8,6
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	- 0,7	2,0	1,5	1,7
Einnahmen	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,3	4,6	3,8	8,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	- 1,0	1,1	- 0,3	1,8
Einnahmen	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,1	2,8	2,1
Einnahmen	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	6,0	5,8

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

² Ab 2004 Öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

³ Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006 ³	2007 ³
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7	0,1
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 0,6
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4	0,1
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1	0,4
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,6	- 8,4	- 6,2	0,2
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8	- 5,4
Länder	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 8,7	- 3,9	1,3
Gemeinden	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,5	1,8	5,4
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ⁴	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

² Ab 2004 Öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

³ Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008 ²	561,8	290,9	270,9	51,8	48,2
2009 ²	572,0	296,9	275,1	51,9	48,1

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008.

Stand: November 2008.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,7	20,1	36,7
2006 ³	22,9	40,1	21,0	37,2
2007 ³	23,8	40,3	22,2	37,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2008.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	25,8	21,0
2006 ⁵	45,3	25,2	20,1
2007 ⁵	44,1	24,8	19,3

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte ohne Kassenverstärkungskredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 253 244	1 325 801	1 395 026	1 447 583	1 498 152	1 503 731
Bund	778 607	819 282	860 244	888 019	933 088	939 128
Kernhaushalte	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082
Länder	384 773	414 952	442 922	468 214	480 485	482 752
Kernhaushalte	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628
Kreditmarktmittel iwS	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628
Extrahaushalte	–	–	–	–	996	1 124
Gemeinden	89 864	91 567	91 860	91 350	84 579	81 851
Kernhaushalte	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612
nachrichtlich:						
Länder + Gem.	474 637	506 519	534 782	559 564	565 064	564 603
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 100	1 521 600	1 569 000	1 576 300
nachrichtlich:						
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	–
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	38 650	–	–	–
Kreditabwicklungsfonds	–	–	–	–	–	–
Erblastentilgungsfonds	–	–	–	–	–	–
Bundeseisenbahnvermögen	–	–	–	–	–	–
Ausgleichsfonds „Steinkohle“	–	–	–	–	–	–
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	–	–	–	–	16 478	16 983
	Anteil der Schulden (in %)					
Bund	62,1	61,8	61,7	61,3	62,3	62,5
Kernhaushalte	57,4	57,4	57,6	60,3	60,2	61,3
Extrahaushalte	4,7	4,4	4,1	1,1	2,1	1,1
Länder	30,7	31,3	31,8	32,3	32,1	32,1
Gemeinden	7,2	6,9	6,6	6,3	5,6	5,4
nachrichtlich:						
Länder + Gemeinden	37,9	38,2	38,3	38,7	37,7	37,5
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,5	61,3	63,1	64,5	64,5	62,1
Bund	36,3	37,9	38,9	39,6	40,2	38,8
Kernhaushalte	33,6	35,1	36,3	38,9	38,9	38,1
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7
Länder	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	4,2	4,2	4,2	4,1	3,6	3,4
nachrichtlich:						
Länder + Gemeinden	22,1	23,4	24,2	24,9	24,3	23,3
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
	Schulden insgesamt (in €)					
je Einwohner	15 195	16 067	16 910	17 553	18 188	18 280
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,0	- 2,7
2003	- 87,2	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,9	- 3,1
2004	- 83,5	- 82,3	- 1,2	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 74,1	- 70,0	- 4,1	- 3,3	- 3,1	- 0,2	- 52,5	- 2,3
2006 ⁵	- 35,6	- 40,6	5,0	- 1,5	- 1,7	0,2	- 39,4	- 1,7
2007 ⁵	- 4,0	- 14,4	10,4	- 0,2	- 0,6	0,4	1,5	0,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 3,8	- 3,3	- 1,5	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,5
Belgien	- 9,4	-10,0	- 6,7	- 4,5	0,0	- 0,2	- 2,6	0,3	- 0,3	- 0,5	- 1,4	- 1,8
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 7,5	- 5,1	- 2,8	- 3,5	- 2,5	- 2,2	- 3,0
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,3	1,0	2,0	2,2	- 1,6	- 2,9	- 3,2
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 3,6	- 2,9	- 2,4	- 2,7	- 3,0	- 3,5	- 3,8
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,7	1,4	1,7	3,0	0,2	- 5,5	- 6,8	- 7,2
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 4,3	- 3,4	- 1,6	- 2,5	- 2,6	- 2,1
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 4,1	- 2,4	- 1,2	3,5	1,0	0,7	0,6
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	- 1,2	- 0,1	1,3	3,2	2,7	1,3	0,5
Malta	-	-	-	- 4,2	- 6,2	- 4,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 3,8	- 2,7	- 2,5
Niederlande	- 3,9	- 3,6	- 5,3	- 4,3	1,3	- 1,7	- 0,3	0,6	0,3	1,2	0,5	0,1
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,8	- 2,1	- 4,4	- 1,5	- 1,5	- 0,4	- 0,6	- 1,2	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,0	- 3,2	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 2,6	- 2,2	- 2,8	- 3,3
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,3	- 2,3	- 2,8	- 3,5	- 1,9	- 2,3	- 2,2	- 2,5
Slowenien	-	-	-	- 8,5	- 3,8	- 2,2	- 1,4	- 1,2	0,5	- 0,2	- 0,7	- 0,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,4	2,9	4,1	5,3	5,1	3,6	2,4
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 2,9	- 2,5	- 1,3	- 0,6	- 1,3	- 1,8	- 2,0
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	1,6	1,9	3,0	0,1	3,3	2,9	2,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	2,0	5,2	5,2	4,5	3,1	1,1	0,4
Estland	-	-	-	1,1	- 0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	- 1,4	- 2,2	- 2,8
Lettland	-	-	6,8	- 1,6	- 2,8	- 1,0	- 0,4	- 0,2	0,1	- 2,3	- 5,6	- 6,2
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,5	- 0,5	- 0,4	- 1,2	- 2,7	- 3,6	- 4,0
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,0	- 2,3	- 2,5	- 2,4
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 2,6	- 3,4	- 4,1	- 3,8
Schweden	-	-	-	- 7,4	3,7	0,8	2,4	2,3	3,6	2,6	0,5	- 0,4
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 3,0	- 3,6	- 2,7	- 1,0	- 1,2	- 1,3	- 1,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 6,4	- 7,8	- 9,3	- 5,0	- 3,4	- 3,3	- 3,3
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,4	- 3,4	- 2,7	- 2,8	- 4,2	- 5,6	- 6,5
EU	-	-	-	- 5,1	- 0,6	- 2,9	- 2,4	- 1,4	- 0,9	- 1,6	- 2,3	- 2,6
USA	- 2,3	- 4,9	- 4,0	- 3,1	1,7	- 4,3	- 3,1	- 2,1	- 2,8	- 5,3	- 7,2	- 9,0
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 6,2	- 6,7	- 1,4	- 2,2	- 1,9	- 2,6	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre 2004 bis 2010: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	65,6	67,8	67,6	65,1	64,3	63,2	61,9
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,1	87,8	83,9	86,5	86,1	85,6
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	93,4	92,2	91,9
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	37,5	41,1	44,4
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	64,9	66,4	63,6	63,9	65,4	67,7	69,9
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,3	24,7	24,8	31,6	39,2	46,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	103,8	105,9	106,9	104,1	104,1	104,3	103,8
Zypern	–	–	–	–	58,8	70,2	69,1	64,6	59,5	48,2	44,7	41,3
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,6	7,0	14,1	14,6	14,5
Malta	–	–	–	–	55,9	72,1	69,9	63,9	62,2	63,1	63,2	63,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,7	48,2	47,0	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,5	57,4	57,1	56,9
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,6	64,3	65,2	66,6
Slowakei	–	–	–	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	28,8	29,0	29,3
Slowenien	–	–	–	–	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	21,8	21,1	20,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,1	41,3	39,2	35,1	31,6	30,2	29,8
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,2	69,5	70,0	68,3	66,1	66,6	67,2	67,6
Bulgarien	–	–	–	–	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	13,8	10,6	7,9
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	43,8	36,4	30,5	26,2	21,1	21,1	20,1
Estland	–	–	–	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,2	5,0	6,1
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,9	12,4	10,7	9,5	12,3	17,7	23,0
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	17,5	20,0	23,3
Polen	–	–	–	–	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	43,9	43,6	43,1
Rumänien	–	–	–	–	24,7	18,8	15,8	12,4	12,9	13,4	15,4	17,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	51,2	50,9	45,9	40,4	34,7	33,7	32,2
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	26,6	26,4	26,3
Ungarn	–	–	–	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	65,4	66,0	66,2
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	50,1	55,1	60,3
EU	–	–	–	69,5	63,0	62,2	62,7	61,3	58,7	59,8	60,9	61,8
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	62,3	62,7	62,2	63,1	67,5	77,1	84,8
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	171,9	173,6	177,8	182,5	185,5

Quellen: Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Stand: November 2008.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,7	21,4	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	–	–	–	–	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	32,9	33,5	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	–	–	–	–	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	46,9	45,4	43,9	43,3	43,0
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,7	48,4	48,8	49,0	49,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,4	47,5	47,4
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,6	52,5	52,5
Griechenland	–	–	45,8	46,6	46,6	43,0	42,0	43,1	42,4	42,4
Irland	–	53,2	42,8	41,1	31,6	33,8	34,2	36,4	38,1	38,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,0	48,8	48,5	48,7	48,7
Luxemburg	–	–	37,7	39,7	37,6	41,8	38,6	37,5	38,8	39,4
Malta	–	–	–	39,7	41,0	45,0	43,9	42,5	42,5	41,8
Niederlande	55,8	57,5	54,9	51,6	44,2	45,2	46,1	45,9	45,9	45,7
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,0	51,3	49,6	49,1	48,0	47,7	47,5
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,7	45,9
Slowenien	–	–	–	53,3	47,5	46,0	45,3	43,3	43,3	42,5
Spanien	–	–	–	44,4	39,1	38,5	38,6	38,8	39,7	40,2
Euroraum	–	–	–	–	37,0	43,6	43,6	43,9	43,9	43,8
Bulgarien	–	–	–	–	46,2	47,4	46,8	46,3	46,2	46,2
Dänemark	–	–	–	–	–	39,2	36,4	37,8	37,7	37,7
Estland	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,6	51,0	50,8
Lettland	–	–	–	41,4	36,5	33,5	33,0	33,7	36,1	36,5
Litauen	–	–	31,6	38,9	37,3	35,6	37,9	38,0	38,2	38,5
Polen	–	–	–	35,7	39,1	33,6	33,9	35,6	36,4	36,7
Rumänien	–	–	–	47,7	41,1	43,3	43,8	42,4	42,6	42,3
Schweden	–	–	–	–	48,4	33,5	35,3	36,9	38,5	39,9
Slowakei	–	–	–	65,2	55,6	55,0	54,2	52,5	52,8	52,6
Tschechien	–	–	–	48,4	50,7	38,1	37,2	36,9	36,3	36,1
Ungarn	–	–	–	54,5	41,8	44,9	43,6	42,4	42,2	41,8
Vereinigtes Königreich	–	–	–	–	46,5	49,9	51,9	50,1	49,1	48,4
Zypern	47,2	48,7	41,1	43,9	36,8	44,0	43,8	43,6	44,1	44,3
EU-27	–	–	–	–	–	46,8	46,3	45,8	45,8	45,8
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,7	35,6	36,8	37,9
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	40,6	40,4	37,9	38,2	38,7	40,0

¹ 1980–1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2008.

18 Einnahmen nach ertragsberechtigten Körperschaften

Land	Von den Abgabeneinnahmen entfallen 2006 in % auf			
	Staat, Bund	Länder, Provinzen, Kantone, mittlere Gebietskörper- schaften ^{1,2}	Gemeinden	Sozialver- sicherung
Belgien	31,7	24,0	5,1	38,0
Dänemark	63,9	33,6		2,1
Deutschland	30,8	22,2	8,3	38,4
Finnland	52,9	21,1		25,8
Frankreich	38,3	11,5		50,0
Irland	86,0	2,1		11,4
Italien	54,4	15,4		29,8
Japan	37,9	25,5		36,6
Kanada	44,3	38,7	8,5	8,5
Luxemburg	68,4	4,4		27,0
Niederlande	59,7	3,3		36,1
Norwegen	87,4	12,6		–
Österreich	53,3	8,6	9,5	28,3
Polen	51,5	12,0		36,3
Portugal	60,6	6,2		32,9
Schweden	56,5	31,9		11,2
Schweiz	35,5	24,8	16,4	23,3
Slowakei	48,9	11,3		39,4
Spanien	37,0	21,9		32,0
Tschechien	41,2	14,7		43,7
Ungarn	62,8	6,5		30,4
Vereinigtes Königreich	76,4	4,6		18,5
Vereinigte Staaten	42,6	19,9	13,8	23,8

¹ Gliedstaaten in den Vereinigten Staaten; Regionen und Provinzen in Italien; Provinzen in Kanada; Kreise u.ä.

² Aufteilung z.T. nicht eindeutig möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

19 Einnahmen nach Hauptsteuerarten und Sozialversicherungsbeiträgen

Land	Von den Abgabeneinnahmen entfallen 2006 in % auf				
	Steuern auf Einkommens- bzw. Einkunftsarten ¹	Steuern auf Lohnsumme, Berufsteuern u.ä.	Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr ²	Umsatz-, Verbrauch- und Aufwandsteuern, Zölle ³	Sozialversicherungsbeiträge
Belgien	37,7	0,1	5,1	25,6	30,5
Dänemark	60,1	0,4	3,8	33,2	2,1
Deutschland	30,4	0,0	2,5	28,4	38,4
Finnland	38,1	0,1	2,5	31,1	27,9
Frankreich	24,2	5,9	8,0	24,8	37,0
Irland	39,8	0,7	9,1	36,5	13,5
Italien	33,2	6,0	5,1	25,6	29,8
Luxemburg	34,8	0,1	9,3	27,9	27,7
Niederlande	27,3	0,5	4,7	30,5	36,1
Norwegen	50,1	–	2,7	27,3	19,8
Österreich	28,8	7,4	1,4	27,7	34,5
Polen	20,8	0,8	3,7	38,1	36,3
Portugal	23,8	0,4	3,1	40,6	31,9
Schweden	39,5	5,7	3,0	26,1	25,5
Schweiz	45,7	–	8,0	23,0	23,3
Slowakei	19,4	–	1,5	38,7	39,9
Spanien	31,0	0,5	9,0	27,2	33,3
Tschechien	24,5	0,0	1,2	30,2	43,7
Ungarn	24,6	2,4	2,2	38,4	32,1
Vereinigtes Königreich	39,7	–	12,4	29,0	18,5
Japan	35,4	0,3	9,1	18,6	36,6
Kanada	48,7	2,3	10,1	24,3	14,8
Vereinigte Staaten	48,3	–	11,1	16,8	23,8

¹ Einschließlich etwaiger Veräußerungsgewinn-, Gewerbeeinkommen- und Quellsteuern sowie Sondersteuern auf Einkünfte.

² Einschließlich Grund-, Gewerbekapital-, Erbschaft-, Kapitalverkehrs- und Grunderwerbsteuern u.ä.

³ Für EU-Staaten einschließlich EU-Anteile.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

20 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 ¹				EU-Haushalt 2008 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
Gesamtbetrag	126 383,2	100,0	113 845,8	100,0	129 149,7	100,6	120 346,8	100,0

¹ = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

² = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

20 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	5,7 0,0	15,4 –	3 109,6 0,0	6 734,1 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	7,3 2,0	10,3 –	498,8 4,7	760,0 0,0
5. Verwaltung	4,4	4,4	306,0	306,7
6. Ausgleichszahlungen	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
Gesamtbetrag	2,2	5,7	2 766,5	6 500,9

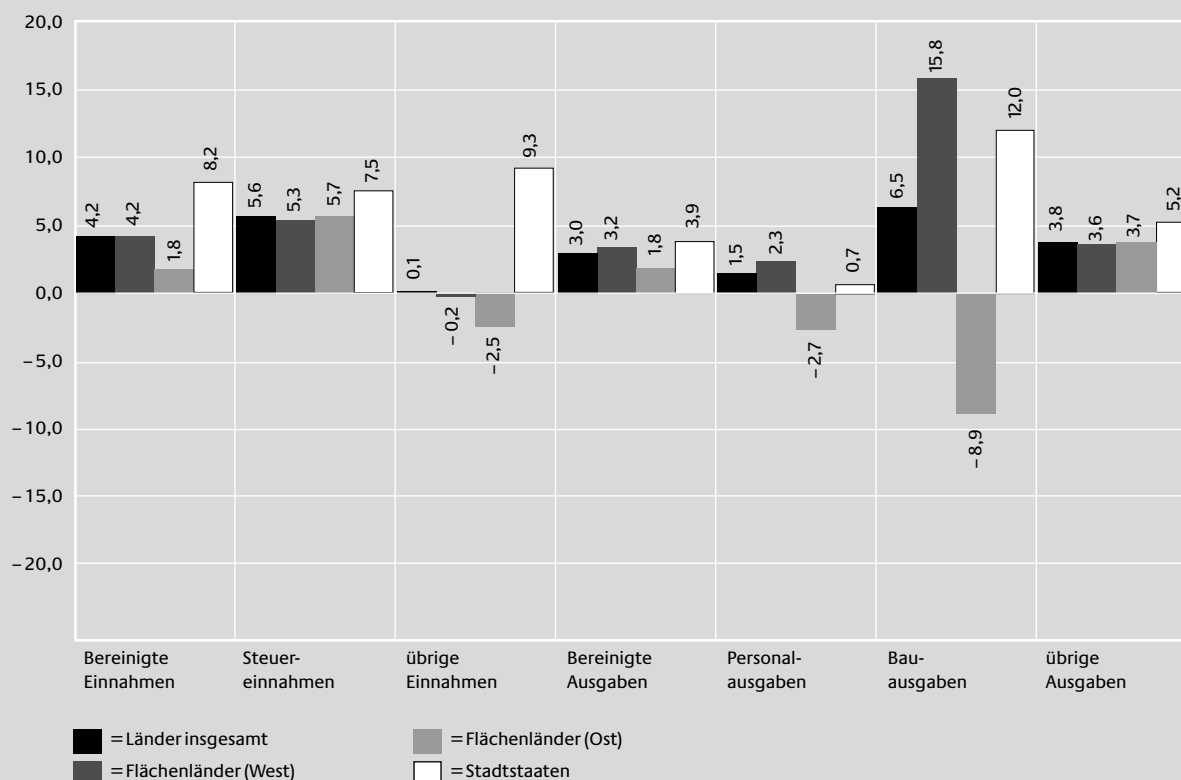
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	185 587	141 697	52 358	40 002	33 903	26 929	265 582	203 483
darunter:								
Steuereinnahmen	152 131	115 884	27 422	21 545	20 722	16 592	200 276	154 020
übrige Einnahmen	33 456	25 813	24 936	18 457	13 181	10 337	65 306	49 462
Bereinigte Ausgaben	190 950	141 256	52 373	36 398	34 873	26 523	271 929	199 032
darunter:								
Personalausgaben	73 830	55 693	12 335	8 777	10 911	8 171	97 075	72 641
Bauausgaben	2 586	1 525	1 644	824	716	335	4 945	2 684
übrige Ausgaben	114 534	84 038	38 395	26 797	23 246	18 018	169 909	123 708
Finanzierungssaldo	- 5 360	441	- 15	3 604	- 964	406	- 6 339	4 451

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	September 2007			August 2008			September 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
					in Mio. €					
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	182 756	195 296⁵	365 409⁵	170 536	175 818	335 350	192 212	203 483	383 648
111	darunter: Steuereinnahmen	163 118	145 894 ⁵	309 012 ⁵	150 416	134 329	284 745	171 088	154 020	325 109
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	166 019 ³	46 417	212 435	150 242 ³	39 017	189 259	167 578 ³	43 139	210 717
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	205 881	193 318	386 555 ⁵	196 651	175 220	360 868 ⁵	216 794	199 032	403 780
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	19 663	71 598	91 261	18 392	64 911	83 303	20 566	72 641	93 207
122	Bauausgaben	3 412	2 521	5 933	3 057	2 315	5 372	3 606	2 684	6 289
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	67	67	–	–39	–39	–	–32	–32
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	173 613	55 701	229 314	148 294	50 941	199 236	166 977	57 636	224 613
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 23 125	1 978⁵	– 21 146⁵	– 26 116	598	– 25 517	– 24 582	4 451	– 20 132
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	– 6 515	– 9 224	– 15 739	2 983	– 11 764	– 8 781	1 645	– 15 216	– 13 572
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	535	535	–	715	715	–	715	715
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	154	154	–	1 903	1 903	–	1 903	1 903
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	8 075	12 286 ⁵	20 361 ⁵	4 311	14 727	19 038	11 539	15 419	26 957
32	Vorschüsse	–	14 677	14 677	–	31 068	31 068	–	34 142	34 142
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	9 631	9 631	–	13 311	13 311	–	14 630	14 630
34	Saldo (31–32+33)	8 075	7 240 ⁵	15 315 ⁵	4 311	– 3 030	1 282	11 539	– 4 094	7 445
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 21 565	684	– 20 881	– 18 822	– 11 577	– 30 399	– 11 399	– 12 242	– 23 641
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	21 565	1 232	22 797	18 822	5 267	24 089	11 399	4 262	15 661
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	1 009	1 009	–	498	498	–	465	465
56	Zusammen	21 565	2 241	23 806	18 822	5 765	24 587	11 399	4 727	16 126
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	2 924	2 924	0	– 5 812	– 5 812	0	– 7 515	– 7 515
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	1 232	1 232	–	1 927	1 927	–	2 143	2 143
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	3 305	3 305	–	3 261	3 261	–	3 434	3 434

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung September 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	26 651,6	29 989,1	7 515,4	14 736,1	5 305,3	16 773,0	37 071,1	9 105,6	2 090,3
111	darunter: Steuereinnahmen	20 995,1	24 905,2	4 138,8	12 408,1	2 781,6	12 886,5	31 272,6	6 869,4	1 708,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	490,4	–	394,7	297,0	115,6	255,3	92,8
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	7 881,1	953,1	1 798,7	462,9	294,2	4 788,3	8 520,4	4 912,8	844,9
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	25 634,5	28 011,0	7 126,6	15 488,8	4 805,0	17 116,9	37 365,6	9 648,5	2 452,3
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	10 505,8	12 134,0	1 574,3	5 351,4	1 102,1	6 584,6 ³	13 848,7 ³	3 810,0	998,4
122	Bausgaben	249,7	637,1	22,8	277,0	119,7	152,1	79,4	27,1	31,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 800,7	2 351,5	–	2 072,8	–	–	–235,6	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	8 405,9	2 515,9	2 099,4	2 516,9	1 213,5	5 788,6	11 541,1	5 757,0	737,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 017,1	1 978,1	388,8	– 752,7	500,3	– 343,9	– 294,6	– 542,9	– 362,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 542,9	– 2 351,8	– 35,8	– 2 215,8	– 894,4	– 973,4	– 3 080,6	– 819,9	128,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	863,3	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 580,1	1 850,8	914,3	1 329,5	252,9	222,4	2 356,1	1 652,9	176,9
32	Vorschüsse	5 929,1	8 796,8	1 507,2	305,2	0,7	704,7	106,1	1 286,8	7,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	719,0	6 456,5	–	895,7	325,0	1 844,6	456,5	2,3	16,1
34	Saldo (31–32+33)	– 1 630,0	– 489,5	– 592,9	1 920,1	577,2	1 362,3	2 706,4	368,5	185,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 84,2	0,0	– 239,9	– 1 048,4	183,1	45,0	– 668,7	– 994,4	– 48,3
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	3,3	435,0	–	–	1 947,0	995,0	146,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	465,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	3,3	900,0	–	–	1 947,0	995,0	146,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	– 84,2	0,0	– 236,6	– 148,4	183,1	45,0	1 278,3	0,6	98,6
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	–	–	–	–	–	1 404,3	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 844,6	408,9	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2008.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	12 835,7	7 294,0	6 156,2	7 051,5	16 212,1	2 672,1	8 418,1	203 482,5
111	darunter: Steuereinnahmen	6 926,8	3 869,7	4 838,8	3 827,6	7 851,3	1 688,1	7 052,3	154 020,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	857,6	485,7	115,5	496,6	2 396,7	396,8	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–397,2	4 440,2	1 759,4	733,6	5 047,9	1 863,7	–765,5	43 138,5
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	10 798,3	7 072,0	6 414,3	6 596,0	15 534,4	3 036,7	8 325,7	199 031,9
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	2 959,4	1 588,8	2 459,7	1 552,5	4 884,6	962,1	2 324,2	72 640,6
122	Baus Ausgaben	453,3	105,9	70,6	122,6	84,0	43,8	206,7	2 683,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	373,8	–31,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 211,7	3 319,3	2 301,3	1 164,7	6 340,3	1 723,7	–	57 636,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	2 037,4	222,0	–258,1	455,5	677,7	–364,6	92,4	4 450,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–2 826,4	1 146,1	–403,1	–432,8	–1 285,2	125,9	–754,2	–1 5216,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	715,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	–	–	–	–	–	–	1 902,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	525,6	2 221,6	0,0	–180,1	–200,6	34,2	682,0	15 418,6
32	Vorschüsse	2 890,3	3 891,1	0,0	9,1	–	–29,6	8 737,5	34 142,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 358,5	55,9	0,0	206,5	436,9	117,4	738,8	14 629,7
34	Saldo (31–32+33)	–6,2	–1 613,6	0,0	17,3	236,3	181,2	–7 316,7	–4 093,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–112,0	–245,5	–661,2	40,0	–371,2	–57,5	–7 978,5	–12 241,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	219,0	–	–	379,0	102,5	34,0	4 261,7
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	465,0
56	Zusammen	–	219,0	–	–	379,0	102,5	34,0	4 726,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–112,0	–26,5	–661,2	40,0	7,8	45,0	–7 944,5	–7 515,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁶	–	–	–	–	–	–	738,8	2 143,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	436,9	4,6	738,8	3 433,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2008.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
			in %	Mio.	in %				Veränderung in % p. a.
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,1	1,3	18,0

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2008.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	- 0,3	1,1	1,4	1,7	- 0,5
2005	1,5	0,7	- 1,4	1,2	1,6	1,5	- 0,8
2006	3,5	0,5	- 1,3	1,0	1,3	1,6	- 1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,0	- 0,3	1,2	1,5	1,6	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen-stunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2008.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,93	106,49	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,55	119,13	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,52	145,58	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	170,97	184,52	46,9	39,9	7,1	7,6
2002/1997	7,8	5,9	35,9	- 4,6	31,6	29,8	1,7	- 0,3
2007/2002	8,2	7,7	119,8	107,7	40,5	35,2	5,3	4,7

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2008.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,7	1,0
2005	1,5	5,9	- 0,6	66,6	68,2	0,3	- 1,2
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	- 1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	- 0,6
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	1,0	67,8	69,2	0,9	- 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2008.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,7	0,0	1,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,4	0,1	0,9
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	3,1	2,5	2,6
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,3	– 0,2	0,5
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,9	0,0	0,8
Irland	3,1	7,6	9,8	9,3	4,7	6,4	5,7	6,0	– 1,6	– 0,9	2,4
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,6	1,8	1,5	0,0	0,0	0,6
Zypern	–	–	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	2,9	3,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	2,5	1,2	2,3
Malta	–	–	6,2	6,4	1,1	3,5	3,1	3,7	2,4	2,0	2,2
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,3	0,4	0,9
Österreich	2,6	4,6	1,4	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,9	0,6	1,3
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,5	0,1	0,7
Slowakei	–	–	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	7,0	4,9	5,5
Slowenien	–	–	4,1	4,1	4,3	4,3	5,9	6,8	4,4	2,9	3,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	3,7	2,8	4,9	4,5	2,4	1,3	2,0
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	1,2	0,1	0,9
Bulgarien	–	–	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,5	4,5	4,7
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,5	3,9	1,7	0,7	0,1	0,9
Estland	–	–	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	– 1,3	– 1,2	2,0
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,3	– 0,8	– 2,7	1,0
Litauen	–	–	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,8	0,0	– 1,1
Polen	–	–	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	5,4	3,8	4,2
Rumänien	–	–	7,1	2,1	8,5	4,2	8,2	6,0	8,5	4,7	5,0
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,1	2,7	1,4	0,0	1,8
Tschechien	–	–	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	4,4	3,6	3,9
Ungarn	–	–	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	1,7	0,7	1,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,9	– 1,0	0,4
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	1,4	0,2	1,1
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,4	2,1	0,4	– 0,4	0,6
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,5	– 0,5	1,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	1,8	1,9	1,8	2,3	3,0	2,1	1,9
Belgien	1,9	2,5	2,3	1,8	4,7	2,5	2,0
Griechenland	3,0	3,5	3,3	3,0	4,4	3,5	3,3
Spanien	3,1	3,4	3,6	2,8	4,2	2,1	2,8
Frankreich	2,3	1,9	1,9	1,6	3,3	1,8	1,7
Irland	2,3	2,2	2,7	2,9	3,3	2,1	1,8
Italien	2,3	2,2	2,2	2,0	3,6	2,0	2,1
Zypern	1,9	2,0	2,2	2,2	4,5	2,9	3,2
Luxemburg	3,2	3,8	3,0	2,7	4,4	2,2	2,7
Malta	2,7	2,5	2,6	0,7	4,4	3,0	2,2
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,6	2,5	3,0	2,3
Österreich	2,0	2,1	1,7	2,2	3,4	2,1	1,9
Portugal	2,5	2,1	3,0	2,4	2,9	2,3	2,1
Slowakei	7,5	2,8	4,3	1,9	4,0	3,5	3,3
Slowenien	3,7	2,5	2,5	3,8	6,2	3,7	3,1
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,6	4,2	2,6	1,8
Euroraum	2,2	2,2	2,2	2,1	3,5	2,2	2,1
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	7,6	12,4	7,9	6,8
Dänemark	0,9	1,7	1,9	1,7	3,8	2,3	2,0
Estland	3,0	4,1	4,4	6,7	10,6	4,9	3,3
Lettland	6,2	6,9	6,6	10,1	15,7	8,2	4,7
Litauen	1,2	2,7	3,8	5,8	11,9	7,1	7,5
Polen	3,6	2,2	1,3	2,6	4,3	3,5	2,6
Rumänien	11,9	9,1	6,6	4,9	7,8	5,7	4,0
Schweden	1,0	0,8	1,5	1,7	3,0	1,7	1,9
Tschechien	2,6	1,6	2,1	3,0	6,6	3,1	2,7
Ungarn	6,8	3,5	4,0	7,9	6,3	3,9	2,9
Vereinigtes Königreich	1,3	2,1	2,3	2,3	3,7	1,9	1,2
EU	2,3	2,3	2,3	2,4	3,9	2,4	2,2
Japan	0,0	- 0,3	0,3	0,0	1,6	0,8	0,7
USA	2,7	3,4	3,2	2,8	4,4	1,5	0,8

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.
Stand: November 2008.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,8	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,4
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,1	8,0	8,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	9,0	9,2	9,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	10,8	13,8	15,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	8,0	9,0	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,1	7,6	7,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,1	7,3
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,9	3,8	3,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,1	4,0	4,3	4,7
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	6,2	6,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	3,0	3,4	3,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,9	4,2	4,5
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	7,9	7,9
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,9	9,8	9,6
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,5	4,8	4,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,3	6,5	6,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	9,0	8,3	7,5	7,6	8,4	8,7
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	6,0	5,8	5,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,1	3,5	4,3
Estland	–	–	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,0	6,7	7,7
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	6,5	9,2	9,6
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	4,9	7,1	8,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,3	7,3	7,8
Rumänien	–	–	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	6,1	6,4	6,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,0	6,8	7,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	5,0	5,0	5,2
Ungarn	–	–	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	8,1	8,6	8,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,7	7,1	6,9
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	7,8	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,1	4,7	4,6
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,7	7,5	8,1

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,2	8,6	7,2	5,7	9,5	9,7	15,6	12,6	7,5	4,4	5,5	3,0
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	7,0	5,5	9,7	9,0	14,0	12,0	9,5	5,9	6,5	3,4
Ukraine	7,3	7,6	6,4	2,5	9,1	12,8	25,3	18,8	-1,5	-3,7	-7,2	-9,2
Asien	9,2	9,3	7,7	7,1	3,8	4,9	7,3	5,8	5,8	6,8	5,2	5,0
darunter												
China	11,6	11,9	9,7	9,3	1,5	4,8	6,4	4,3	9,4	11,3	9,5	9,2
Indien	9,8	9,3	7,9	6,9	6,2	6,4	7,9	6,7	-1,1	-1,4	-2,8	-3,1
Indonesien	5,5	6,3	6,1	5,5	13,1	6,2	9,8	8,8	3,0	2,5	0,1	-0,1
Korea	5,1	5,0	4,1	3,5	2,2	2,5	4,8	4,0	0,6	0,6	-1,3	-0,7
Thailand	5,1	4,8	4,7	4,5	4,6	2,2	5,7	3,2	1,1	6,4	3,1	2,0
Lateinamerika	5,4	5,6	4,6	3,1	5,2	5,3	7,6	7,1	1,8	0,8	-0,5	-1,3
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	6,5	3,6	10,9	8,8	9,1	9,1	2,6	1,7	0,8	-0,6
Brasilien	3,8	5,4	5,2	3,5	4,2	3,6	5,7	5,1	1,3	0,1	-1,8	-2,0
Chile	4,3	5,1	4,5	3,8	3,4	4,4	8,9	6,5	4,7	4,4	-1,1	-0,9
Mexiko	4,9	3,2	2,1	1,8	3,6	4,0	4,9	4,2	-0,2	-0,6	-1,4	-2,2
Sonstige												
Türkei	6,9	4,6	3,5	3,0	9,6	8,8	10,5	8,4	-6,0	-5,7	-6,5	-6,7
Südafrika	5,4	5,1	3,8	3,3	4,7	7,1	11,8	8,0	-6,5	-7,3	-8,0	-8,1

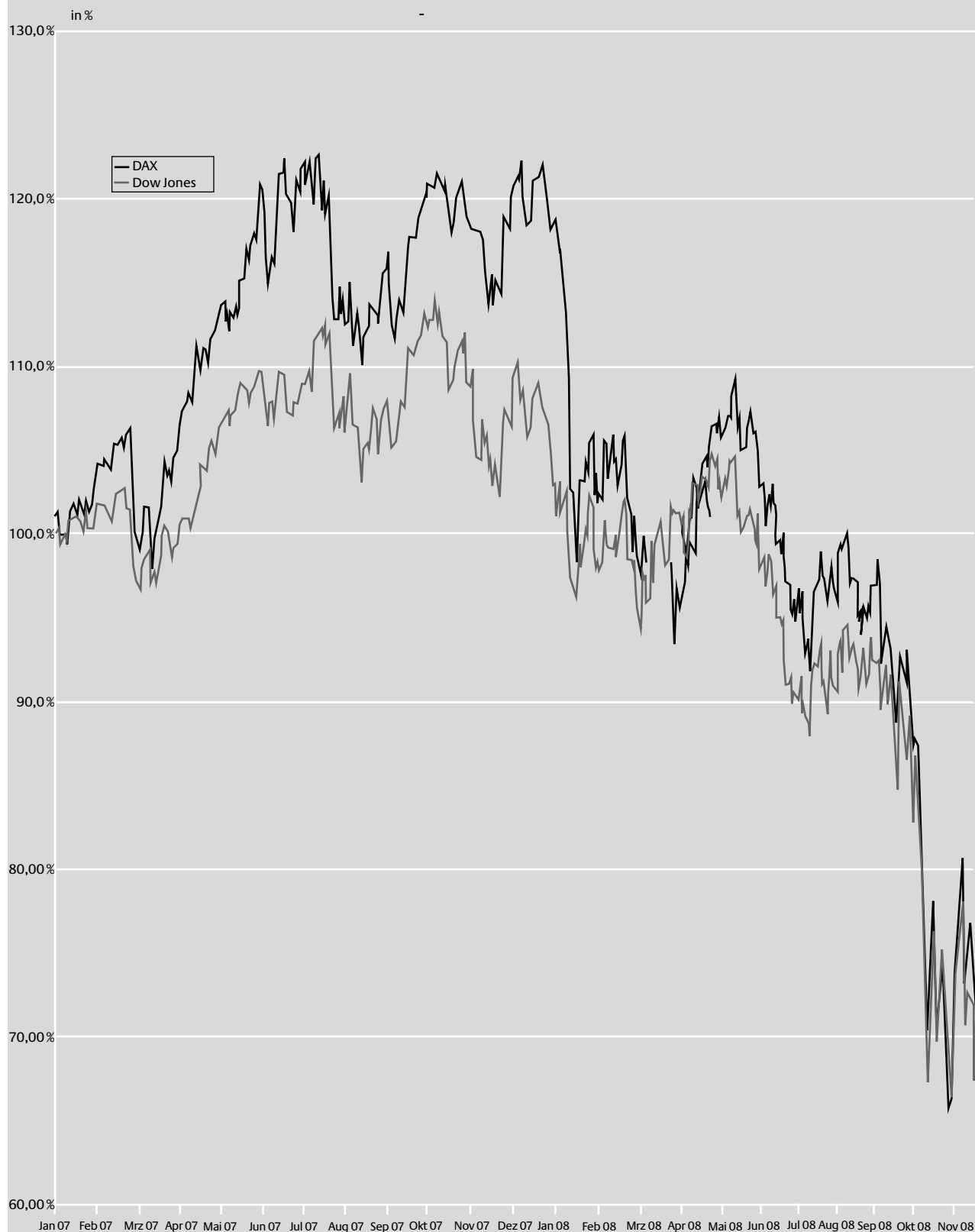
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2008 in veröffentlichter Form.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 14. November 2008)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 14.11.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dow Jones	8 497	13 366	– 36,43	8 176	13 058
Eurostoxx 50	2 456	4 405	– 44,23	2 293	4 339
Dax	4 710	8 067	– 41,61	4 296	7 949
CAC 40	3 269	5 627	– 41,90	3 067	5 550
Nikkei	8 462	15 308	– 44,72	7 163	15 308

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 14.11.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2008	Hoch 2008
			in %		
USA	3,74	4,09	–	3,31	4,26
Bund	4,07	4,36	0,33	3,68	4,67
Japan	1,49	1,50	– 2,25	1,25	1,88
Brasilien	16,70	13,23	12,96	12,37	17,91

Währungen

	Aktuell 14.11.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dollar/Euro	1,27	1,47	– 13,73	1,25	1,60
Yen/Dollar	96,92	112,04	– 13,49	92,90	111,54
Yen/Euro	122,17	164,93	– 25,93	115,75	169,75
Pfund/Euro	0,86	0,73	17,24	0,74	0,86

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	2,5	1,7	0,0	1,0	2,3	3,0	2,1	1,9	8,4	7,3	7,5	7,4
OECD	2,6	1,5	1,1	1,1	2,3	2,9	2,1	2,1	8,3	7,4	7,4	7,4
IWF	2,5	1,8	0,0	0,0	2,3	2,9	1,4	1,4	8,4	7,4	8,0	8,0
USA												
EU-KOM	2,0	1,5	-0,5	1,0	2,8	4,4	1,5	0,8	4,6	5,7	7,5	8,1
OECD	2,2	1,8	1,1	1,1	2,9	3,9	2,2	2,2	4,6	5,4	6,1	6,1
IWF	2,0	1,6	0,1	0,1	2,9	4,2	1,8	1,8	4,6	5,6	6,9	6,9
Japan												
EU-KOM	2,1	0,4	-0,4	0,6	0,0	1,6	0,8	0,7	3,9	4,1	4,7	4,6
OECD	2,1	1,2	1,5	1,5	0,1	0,9	0,4	0,4	3,9	3,8	3,8	3,8
IWF	2,1	0,7	0,5	0,5	-	1,6	0,9	0,9	3,8	4,1	4,5	4,5
Frankreich												
EU-KOM	2,2	0,9	0,0	0,8	1,6	3,3	1,8	1,7	8,3	8,0	9,0	9,3
OECD	2,1	1,0	1,5	1,5	1,6	3,5	2,4	2,4	7,9	7,5	7,6	7,6
IWF	2,2	0,8	0,2	0,2	1,6	3,4	1,6	1,6	8,3	7,7	8,3	8,3
Italien												
EU-KOM	1,5	0,0	0,0	0,6	2,0	3,6	2,0	2,1	6,1	6,8	7,1	7,3
OECD	1,4	0,1	0,9	0,9	2,0	3,6	2,1	2,1	6,1	6,2	6,5	6,5
IWF	1,5	-0,1	-0,2	-0,2	2,0	3,4	1,9	1,9	6,2	6,7	6,6	6,6
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	3,0	0,9	-1,0	0,4	2,3	3,7	1,9	1,2	5,3	5,7	7,1	6,9
OECD	3,0	1,2	1,4	1,4	2,3	3,0	2,5	2,5	5,4	5,5	5,8	5,8
IWF	3,0	1,0	-0,1	-0,1	2,3	3,8	2,9	2,9	5,4	5,4	6,0	6,0
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,8	2,0	2,0	2,1	1,3	1,3	1,3	6,0	6,1	6,3	6,3
IWF	2,7	0,7	1,2	1,2	2,1	2,5	2,1	2,1	6,0	6,2	6,3	6,3
Euroraum												
EU-KOM	2,7	1,2	0,1	0,9	2,1	3,5	2,2	2,1	7,5	7,6	8,4	8,7
OECD	2,6	1,3	1,4	1,4	2,1	3,4	2,4	2,4	7,4	7,2	7,4	7,4
IWF	2,6	1,3	0,2	0,2	2,1	3,5	1,9	1,9	7,4	7,6	8,3	8,3
EZB	2,6	1,4	1,2	1,2	2,1	3,5	2,6	2,6	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	2,9	1,4	0,2	1,1	2,4	3,9	2,4	2,2	7,1	7,0	7,8	8,1
IWF	3,1	1,7	0,6	0,6	2,4	3,9	2,4	2,4	-	-	-	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008 & Interim Assessment, September 2008 (nur BIP 2008 in den G7-Staaten u. d. Euroraums).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro area; Sept. 2008 (Nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: November 2008.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	2,8	1,4	0,1	0,9	1,8	4,7	2,5	2,0	7,5	7,1	8,0	8,7
OECD	2,8	1,7	1,7	1,7	1,8	3,7	2,0	2,0	7,5	7,0	7,2	7,2
IWF	2,8	1,4	0,2	0,2	1,8	4,6	2,8	2,8	7,5	7,1	8,6	8,6
Finnland												
EU-KOM	4,5	2,4	1,3	2,0	1,6	4,2	2,6	1,8	6,9	6,3	6,5	6,4
OECD	4,3	2,8	2,3	2,3	1,6	3,5	2,5	2,5	6,9	6,3	6,0	6,0
IWF	4,5	2,5	1,6	1,6	1,6	3,9	2,5	2,5	6,8	6,2	6,2	6,2
Griechenland												
EU-KOM	4,0	3,1	2,5	2,6	3,0	4,4	3,5	3,3	8,3	9,0	9,2	9,3
OECD	4,0	3,5	3,4	3,4	3,0	4,2	3,2	3,2	8,0	7,7	7,7	7,7
IWF	4,0	3,2	2,0	2,0	3,0	4,4	3,1	3,1	8,3	7,7	8,3	8,3
Irland												
EU-KOM	6,0	-1,6	-0,9	2,4	2,9	3,3	2,1	1,8	4,6	6,1	7,6	7,4
OECD	4,0	1,5	3,3	3,3	2,9	3,4	2,1	2,1	4,5	5,7	6,5	6,5
IWF	6,0	-1,8	-0,6	-0,6	2,9	3,5	2,4	2,4	4,5	5,7	7,0	7,0
Luxemburg												
EU-KOM	5,2	2,5	1,2	2,3	2,7	4,4	2,2	2,7	4,1	4,0	4,3	4,7
OECD	4,6	3,0	4,0	4,0	2,7	4,0	2,1	2,1	4,4	4,5	4,9	4,9
IWF	4,5	2,3	1,8	1,8	2,3	3,7	1,8	1,8	4,4	4,4	4,8	4,8
Malta												
EU-KOM	3,7	2,4	2,0	2,2	0,7	4,4	3,0	2,2	6,4	5,9	6,2	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,7	2,8	2,3	2,3	0,7	3,7	2,2	2,2	6,4	6,5	7,0	7,0
Niederlande												
EU-KOM	3,5	2,3	0,4	0,9	1,6	2,5	3,0	2,3	3,2	3,0	3,4	3,7
OECD	3,5	2,3	1,8	1,8	1,6	2,4	3,0	3,0	3,3	2,6	2,7	2,7
IWF	3,5	2,3	1,0	1,0	1,6	2,9	2,6	2,6	3,2	2,8	2,9	2,9
Österreich												
EU-KOM	3,1	1,9	0,6	1,3	2,2	3,4	2,1	1,9	4,4	3,9	4,2	4,5
OECD	3,3	2,3	1,7	1,7	2,2	3,1	2,2	2,2	5,0	4,8	4,8	4,8
IWF	3,1	2,0	0,8	0,8	2,2	3,5	2,3	2,3	4,4	4,2	4,4	4,4
Portugal												
EU-KOM	1,9	0,5	0,1	0,7	2,4	2,9	2,3	2,1	8,1	7,7	7,9	7,9
OECD	1,9	1,6	1,8	1,8	2,4	3,0	2,2	2,2	8,0	7,9	7,9	7,9
IWF	1,9	0,6	0,1	0,1	2,4	3,2	2,0	2,0	8,0	7,6	7,8	7,8
Slowakei												
EU-KOM	10,4	7,0	4,9	5,5	1,9	4,0	3,5	3,3	11,1	9,9	9,8	9,6
OECD	10,4	7,3	6,1	6,1	2,8	4,0	3,6	3,6	11,0	10,3	9,6	9,6
IWF	10,4	7,4	5,6	5,6	1,9	3,9	3,6	3,6	-	-	-	-
Slowenien												
EU-KOM	6,8	4,4	2,9	3,7	3,8	6,2	3,7	3,1	4,9	4,5	4,8	4,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,1	4,3	3,7	3,7	3,6	5,9	3,3	3,3	4,8	4,8	5,0	5,0
Spanien												
EU-KOM	3,7	1,3	-0,2	0,5	2,8	4,2	2,1	2,8	8,3	10,8	13,8	15,5
OECD	3,8	1,6	1,1	1,1	2,8	4,6	3,0	3,0	8,3	9,7	10,7	10,7
IWF	3,7	1,4	-0,2	-0,2	2,8	4,5	2,6	2,6	8,3	11,2	14,7	14,7
Zypern												
EU-KOM	4,4	3,7	2,9	3,2	2,2	4,5	2,9	3,2	4,0	3,9	3,8	3,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,4	2,8	2,8	2,2	4,6	3,5	3,5	3,9	3,9	3,9	3,9

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,5	4,5	4,7	7,6	12,4	7,9	6,8	6,9	6,0	5,8	5,7
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,2	6,3	4,2	4,2	7,6	12,2	7,0	7,0	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	1,7	0,7	0,1	0,9	1,7	3,8	2,3	2,0	3,8	3,1	3,5	4,3
OECD	1,8	1,2	0,6	0,6	1,7	3,3	2,6	2,6	3,7	3,3	3,7	3,7
IWF	1,7	1,0	0,5	0,5	1,7	3,4	2,8	2,8	2,8	1,8	2,6	2,6
Estland												
EU-KOM	6,3	–1,3	–1,2	2,0	6,7	10,6	4,9	3,3	4,7	5,0	6,7	7,7
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,3	–1,5	0,5	0,5	6,6	10,2	5,1	5,1	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	10,3	–0,8	–2,7	1,0	10,1	15,7	8,2	4,7	6,0	6,5	9,2	9,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,3	–0,9	–2,2	–2,2	10,1	15,9	10,6	10,6	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	8,9	3,8	0,0	–1,1	5,8	11,9	7,1	7,5	4,3	4,9	7,1	8,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	8,9	3,9	0,7	0,7	5,8	11,3	6,2	6,2	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	6,6	5,4	3,8	4,2	2,6	4,3	3,5	2,6	9,6	7,3	7,3	7,8
OECD	6,6	5,9	5,0	5,0	2,5	4,5	5,5	5,5	9,6	7,8	6,9	6,9
IWF	6,6	5,2	3,8	3,8	2,5	4,0	3,3	3,3	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	6,0	8,5	4,7	5,0	4,9	7,8	5,7	4,0	6,4	6,1	6,4	6,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,0	8,6	4,8	4,8	4,8	8,2	6,6	6,6	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	2,7	1,4	0,0	1,8	1,7	3,0	1,7	1,9	6,1	6,0	6,8	7,3
OECD	2,8	2,1	2,1	2,1	2,2	3,2	2,8	2,8	4,6	4,3	4,4	4,4
IWF	2,7	1,2	1,4	1,4	1,7	3,4	2,8	2,8	6,1	6,6	7,1	7,1
Tschechien												
EU-KOM	6,0	4,4	3,6	3,9	3,0	6,6	3,1	2,7	5,3	5,0	5,0	5,2
OECD	6,5	4,5	4,8	4,8	3,0	6,8	2,9	2,9	5,3	4,6	4,4	4,4
IWF	6,6	4,0	3,4	3,4	2,8	6,7	3,4	3,4	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	1,1	1,7	0,7	1,8	7,9	6,3	3,9	2,9	7,4	8,1	8,6	8,5
OECD	1,3	2,0	3,1	3,1	8,0	6,3	3,7	3,7	7,4	7,7	7,6	7,6
IWF	1,3	1,9	2,3	2,3	7,9	6,3	4,1	4,1	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	-0,2	0,0	-0,2	-0,5	65,1	64,3	63,2	61,9	7,6	7,5	7,7	7,9
OECD	0,0	-0,5	-0,2	-0,2	64,9	63,7	62,6	62,6	7,7	7,9	7,7	7,7
IWF	-0,2	-0,3	-0,8	-0,8	63,2	76,4	77,0	77,0	7,6	7,3	6,8	6,8
USA												
EU-KOM	-2,8	-5,3	-7,2	-9,0	63,1	67,5	77,1	84,8	-5,2	-4,6	-3,2	-2,8
OECD	-3,0	-5,5	-5,2	-5,2	62,8	65,8	69,8	69,8	-5,3	-5,0	-4,4	-4,4
IWF	-2,7	-4,1	-4,6	-4,6	60,7	61,5	65,4	65,4	-5,3	-4,6	-3,3	-3,3
Japan												
EU-KOM	-2,2	-1,9	-2,6	-3,5	173,6	177,8	182,5	185,5	4,8	4,0	4,1	4,3
OECD	-2,4	-1,4	-2,2	-2,2	170,3	170,9	170,3	170,3	4,8	4,4	4,4	4,4
IWF	-3,2	-3,4	-3,9	-3,9	195,4	198,6	200,9	200,9	4,8	4,0	3,7	3,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,5	-3,8	63,9	65,4	67,7	69,9	-2,8	-3,5	-3,7	-3,6
OECD	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9	63,9	65,5	67,1	67,1	-1,2	-1,8	-1,6	-1,6
IWF	-2,7	-3,3	-3,9	-3,9	63,9	65,2	67,5	67,5	-1,2	-2,8	-2,7	-2,7
Italien												
EU-KOM	-1,6	-2,5	-2,6	-2,1	104,1	104,1	104,3	103,8	-1,7	-2,1	-1,6	-1,6
OECD	-1,9	-2,5	-2,7	-2,7	104,0	104,2	104,0	104,0	-2,6	-2,4	-2,8	-2,8
IWF	-1,6	-2,6	-2,9	-2,9	104,0	104,3	105,5	105,5	-2,5	-2,8	-2,4	-2,4
Großbritannien												
EU-KOM	-2,8	-4,2	-5,6	-6,5	44,2	50,1	55,1	60,3	-3,8	-2,8	-2,6	-1,8
OECD	-3,0	-3,8	-3,7	-3,7	44,7	47,1	49,5	49,5	-4,2	-3,3	-3,1	-3,1
IWF	-2,7	-3,5	-4,4	-4,4	44,1	43,4	44,3	44,3	-3,8	-3,6	-3,4	-3,4
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,0	-0,2	-0,5	-0,5	64,4	64,4	65,3	65,3	0,9	-0,2	-0,8	-0,8
IWF	1,4	0,7	0,6	0,6	64,2	60,7	58,4	58,4	0,9	0,9	-	-
Euroraum												
EU-KOM	-0,6	-1,3	-1,8	-2,0	66,1	66,6	67,2	67,6	0,2	-0,3	-0,1	0,0
OECD	-0,6	-1,1	-1,2	-1,2	66,5	65,9	65,7	65,7	0,2	0,1	0,0	0,0
IWF	-0,6	-1,5	-2,0	-2,0	66,5	69,9	70,6	70,6	0,2	-0,5	-0,4	-0,4
EU-27												
EU-KOM	-0,9	-1,6	-2,3	-2,6	58,7	59,8	60,9	61,8	-0,7	-1,0	-0,8	-0,6
IWF	-0,9	-1,7	-2,2	-2,2	-	-	-	-	-0,7	-1,2	-1,2	-1,2

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	-0,3	-0,5	-1,4	-1,8	83,9	86,5	86,1	85,6	2,4	0,6	0,3	0,1
OECD	-0,2	-0,3	-0,9	-0,9	84,6	82,5	81,1	81,1	1,4	1,1	0,9	0,9
IWF	-0,1	-0,4	-1,3	-1,3	-	-	-	-	2,1	0,0	-1,1	-1,1
Finnland												
EU-KOM	5,3	5,1	3,6	2,4	35,1	31,6	30,2	29,8	5,3	5,6	5,0	4,9
OECD	5,3	4,4	3,8	3,8	35,4	34,4	33,3	33,3	4,3	3,4	2,4	2,4
IWF	5,2	4,9	3,7	3,7	-	-	-	-	4,6	3,4	2,9	2,9
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-2,5	-2,2	-3,0	94,8	93,4	92,2	91,9	-14,0	-14,3	-15,0	-15,5
OECD	-3,1	-2,1	-2,1	-2,1	94,5	91,8	89,8	89,8	-14,1	-15,3	-15,2	-15,2
IWF	-2,8	-2,8	-2,3	-2,3	-	-	-	-	-14,1	-14,0	-14,1	-14,1
Irland												
EU-KOM	0,2	-5,5	-6,8	-7,2	24,8	31,6	39,2	46,2	-5,4	-5,3	-3,3	-2,9
OECD	0,3	-1,3	-2,6	-2,6	25,6	27,9	30,1	30,1	-5,0	-5,0	-3,8	-3,8
IWF	0,3	-4,0	-4,7	-4,7	-	-	-	-	-5,4	-5,0	-4,4	-4,4
Luxemburg												
EU-KOM	3,2	2,7	1,3	0,5	7,0	14,1	14,6	14,5	9,8	8,3	5,4	5,6
OECD	3,0	1,7	1,3	1,3	6,9	6,0	5,4	5,4	9,9	9,0	9,2	9,2
IWF	3,0	1,7	1,0	1,0	-	-	-	-	9,9	8,6	8,2	8,2
Malta												
EU-KOM	-1,8	-3,8	-2,7	-2,5	62,2	63,1	63,2	63,1	-5,5	-6,6	-7,1	-7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-1,7	-1,0	-1,0	-	-	-	-	-5,4	-7,7	-6,4	-6,4
Niederlande												
EU-KOM	0,3	1,2	0,5	0,1	45,7	48,2	47,0	45,9	9,8	7,1	7,1	6,3
OECD	0,4	1,1	1,4	1,4	45,4	43,3	41,4	41,4	6,5	6,1	5,9	5,9
IWF	0,6	1,1	1,7	1,7	-	-	-	-	6,8	5,6	5,1	5,1
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-0,6	-1,2	-1,4	59,5	57,4	57,1	56,9	3,3	3,1	2,7	2,8
OECD	-0,7	-0,7	-0,8	-0,8	59,1	57,9	57,8	57,8	3,1	3,5	3,2	3,2
IWF	-0,7	-0,7	-1,1	-1,1	-	-	-	-	3,2	2,8	2,4	2,4
Portugal												
EU-KOM	-2,6	-2,2	-2,8	-3,3	63,6	64,3	65,2	66,6	-10,0	-11,6	-10,6	-10,4
OECD	-2,7	-2,2	-2,0	-2,0	63,6	63,9	64,3	64,3	-9,8	-11,6	-11,6	-11,6
IWF	-2,6	-2,2	-2,3	-2,3	-	-	-	-	-9,8	-12,0	-12,7	-12,7
Slowakei												
EU-KOM	-1,9	-2,3	-2,2	-2,5	29,4	28,8	29,0	29,3	-5,1	-5,6	-4,7	-3,5
OECD	-2,2	-2,0	-1,6	-1,6	29,4	30,8	31,8	31,8	-5,3	-4,3	-3,1	-3,1
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	-	-	-	-	-5,4	-5,1	-4,7	-4,7
Slowenien												
EU-KOM	0,5	-0,2	-0,7	-0,5	23,4	21,8	21,1	20,1	-4,0	-6,3	-6,3	-6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,1	0,1	-0,3	-0,3	-	-	-	-	-4,9	-4,7	-4,7	-4,7
Spanien												
EU-KOM	2,2	-1,6	-2,9	-3,2	36,2	37,5	41,1	44,4	-10,1	-9,9	-8,6	-8,2
OECD	2,2	0,7	-0,3	-0,3	36,2	34,4	34,1	34,1	-10,1	-10,1	-9,8	-9,8
IWF	2,2	-1,6	-2,5	-2,5	-	-	-	-	-10,1	-10,1	-7,7	-7,7
Zypern												
EU-KOM	3,5	1,0	0,7	0,6	59,5	48,2	44,7	41,3	-9,7	-10,5	-10,3	-9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,3	0,6	-0,3	-0,3	-	-	-	-	-9,7	-9,7	-7,8	-7,8

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	0,1	3,3	2,9	2,9	18,2	13,8	10,6	7,9	-22,5	-23,8	-22,3	-21,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	4,2	2,7	2,7	-	-	-	-	-21,4	-24,4	-21,5	-21,5
Dänemark												
EU-KOM	4,5	3,1	1,1	0,4	26,2	21,1	21,1	20,1	1,2	1,1	1,1	1,8
OECD	4,5	3,9	3,0	3,0	26,0	21,9	19,2	19,2	1,1	0,6	0,7	0,7
IWF	4,8	3,2	3,0	3,0	-	-	-	-	1,1	1,3	1,8	1,8
Estland												
EU-KOM	2,7	-1,4	-2,2	-2,8	3,5	4,2	5,0	6,1	-18,5	-12,1	-8,1	-6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-1,3	-1,4	-1,4	-	-	-	-	-18,1	-10,8	-8,7	-8,7
Lettland												
EU-KOM	0,1	-2,3	-5,6	-6,2	9,5	12,3	17,7	23,0	-22,9	-14,5	-8,7	-6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,7	-1,4	-2,0	-2,0	-	-	-	-	-22,9	-15,1	-8,3	-8,3
Litauen												
EU-KOM	-1,2	-2,7	-3,6	-4,0	17,0	17,5	20,0	23,3	-15,1	-13,8	-8,7	-8,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,6	-0,7	-0,7	-	-	-	-	-14,6	-14,9	-8,7	-8,7
Polen												
EU-KOM	-2,0	-2,3	-2,5	-2,4	44,9	43,9	43,6	43,1	-4,5	-5,2	-6,1	-6,2
OECD	-2,0	-2,6	-2,7	-2,7	45,2	48,0	48,7	48,7	-3,7	-4,5	-5,6	-5,6
IWF	-1,5	-2,0	-2,3	-2,3	-	-	-	-	-3,8	-4,7	-5,7	-5,7
Rumänien												
EU-KOM	-2,6	-3,4	-4,1	-3,8	12,9	13,4	15,4	17,1	-13,9	-13,5	-13,0	-12,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,3	-2,3	-2,8	-2,8	-	-	-	-	-14,0	-13,8	-13,3	-13,3
Schweden												
EU-KOM	3,6	2,6	0,5	-0,4	40,4	34,7	33,7	32,2	8,4	4,6	4,2	4,6
OECD	3,4	3,1	2,7	2,7	40,6	34,6	30,6	30,6	8,3	8,6	8,4	8,4
IWF	3,4	2,5	1,0	1,0	-	-	-	-	8,5	6,4	5,8	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-1,2	-1,3	-1,4	28,9	26,6	26,4	26,3	-1,5	-1,9	-2,2	-1,2
OECD	-1,6	-1,5	-1,3	-1,3	28,6	27,1	26,3	26,3	-2,5	-2,6	-1,8	-1,8
IWF	-1,6	-1,9	-2,1	-2,1	-	-	-	-	-1,8	-2,2	-2,5	-2,5
Ungarn												
EU-KOM	-5,0	-3,4	-3,3	-3,3	65,8	65,4	66,0	66,2	-6,4	-6,3	-5,1	-5,5
OECD	-5,5	-4,1	-3,5	-3,5	-	-	-	-	-5,0	-4,4	-4,1	-4,1
IWF	-5,5	-3,8	-3,3	-3,3	-	-	-	-	-5,0	-5,5	-6,1	-6,1

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.





HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, NOVEMBER 2008

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

KÖLLEN DRUCK + VERLAG GMBH, BERLIN/BONN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.